

**Aktuelle Modulentwürfe für den fachlichen Teil des Bundestagswahlprogrammes  
(Stand: 21.12.2016)**

Nr.	Leitbildziel	Modultext
1	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass gemessen am Staatshaushalt Deutschland zu den führenden fünf Ländern weltweit zählt. Die umfassende Modernisierung des Bildungssystems würde Länder und Kommunen allein überfordern. Die Finanzierung muss daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Auch ideologisches Gezänk und bürokratische Reibungsverluste passen nicht mehr in eine Zeit, in der nicht mehr Bremen mit Bayern im Wettbewerb steht, sondern Deutschland als Ganzes mit Nordamerika und China. Damit wir mit den führenden Nationen mithalten können, muss den Bildungsausgaben die höchste Priorität eingeräumt werden.
2	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen für die weltbeste Bildung auf einen Qualitätswettbewerb zwischen den Schulen. Wie die PISA-Studie der OECD zeigt, erzielen Kinder an Schulen mit größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen. Denn wer eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal besitzt, übernimmt auch engagiert Verantwortung und kann für beste Ergebnisse sorgen. Daher sollen Schulen selbst über ihren Haushalt, ihr Profil und ihr Personal entscheiden können. Gleichzeitig muss es bundesweit eingehaltene Bildungsstandards geben, die sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt orientieren.
3	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern eine gleichwertige Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Die Schulen in freier Trägerschaft sind oftmals Motor für pädagogische Reformprozesse und führen die Schülerinnen und Schüler zu den gleichen Abschlüssen wie staatliche Schulen. Allerdings erhalten die Schulen für ihre Arbeit weniger Geld pro Schüler als die staatlichen Schulen. Im Rahmen eines fairen Wettbewerbs aller Schulen miteinander fordern wir für die Schulen in freier Trägerschaft die gleiche Anerkennung und finanzielle Unterstützung wie für die staatlichen Schulen. Im Gegenzug sorgt ein Aufnahmegebot für die Schulen für gleiche Zugangschancen aller Kinder.
4a	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen Schulqualität erkennbar und überprüfbar machen. Die Qualität einer Schule ist für Eltern, Kinder und Lehrer überprüfbar, wenn die Ziele und die Qualitätsentwicklung aller Schulen transparent gemacht werden. Damit unsere Schulen auch im internationalen Vergleich nicht abgehängt werden, setzen wir uns für die Fortführung der Beteiligung an nationalen und internationalen Schulleistungsvergleichen sowie die Offenlegung der Ergebnisse ein.

4b	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern Bildungsgutscheine für einen Qualitätswettbewerb der Schulen, Kindergärten und Kitas. Für jedes Kind gewährt der Staat Finanzierungsbeiträge. Damit diese Gelder transparent und bewusst eingesetzt werden können, setzen wir uns für Gutscheine ein. Diese erhalten Eltern pro Kind und geben diese an die von ihnen gewählte Bildungseinrichtung. Nur diese Einrichtung kann den Bildungsgutschein beim Staat einlösen. Staatliche, kommunale und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft erhalten pro Kind den gleichen Betrag, damit die Eltern nicht nur die freie Wahl zwischen verschiedenen öffentlichen Angeboten, sondern auch zwischen öffentlichen und privaten Trägern haben. Der Gegenwert der Gutscheine kann sich nach Lebensalter, zeitlichem Umfang der wöchentlichen Betreuung sowie bei besonderem pädagogischem Betreuungsbedarf unterscheiden.
5	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern bessere Anreize, Auswahl und Ausbildung von Lehrern. Denn weltbeste Bildung braucht weltbeste Lehrer. Nur mit den richtigen Anreizen wählen engagierte und motivierte junge Menschen den Lehrerberuf. Das heißt, die besten Lehrer sollen auch die besten Rahmenbedingungen vorfinden und unsere Wertschätzung genießen. Dazu gehört auch, bessere Lehrer besser zu bezahlen. In der Ausbildung setzen wir auf Fachlichkeit, Praxisnähe und eine Stärkung der Diagnosefähigkeit. Durch eine frühe Praxisphase sollen Studierende rechtzeitig erkennen, ob der Beruf das Richtige für sie ist und was sie im Alltag vor der Klasse wirklich brauchen. Wir fordern eine bewertete Praxisphase mit Beratung über Perspektiven zum Berufswechsel, wenn erkennbar ist, dass jemand nicht für den Lehrerberuf geeignet ist. In der Ausbildung sollen die angehenden Lehrer auf die fortschreitende Digitalisierung und Internationalisierung vorbereitet werden. Ferner wollen wir die Rahmenbedingungen für einen Quereinstieg in den Lehrerberuf verbessern. Hierzu fordern wir berufsbegleitende Aufbaustudiengänge und Ressourcen zur Betreuung der Quereinsteiger in den Schulen durch erfahrene Lehrkräfte. Den Schulleitungen vor Ort wollen wir mehr Entscheidungsfreiheiten über die Einstellung von Quereinsteigern geben.
6	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern eine Unterrichtsgarantie für unsere Schülerinnen und Schüler. Überall in Deutschland fallen täglich hunderte Schulstunden aus. Aber nur dann, wenn der Unterricht auch stattfindet, können unsere Schülerinnen und Schüler weltbeste Bildung erhalten. Daher setzen wir uns für eine Unterrichtsgarantie ein, die sicherstellt, dass bei besonderen Engpässen das notwendige Personal vorhanden ist, um fachgerechten Unterricht zu gewährleisten. Damit sich das Lehrpersonal auch auf den Unterricht konzentrieren kann, muss außerdem die überbordende Bürokratie an Schulen eingeschränkt werden.
9	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern staatliche Unterstützung beim Bildungssparen für ein lebenslanges Lernen. Damit jeder seinen Talenten folgen und seine Träume verwirklichen kann, wollen wir jedem Bürger ein Leben lang die Chance zum Aufstieg geben. Bildung ist der Schlüssel zum Aufstieg, aber die gibt es kaum zum Nulltarif. Daher setzen wir uns für ein Bildungssparen ein: das heißt für jeden Euro, der für Bildung zur Seite gelegt wird, gibt es einen staatlichen Zuschuss. So können Eltern den Bildungsweg ihrer Kinder von klein auf absichern.

10a	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine elternunabhängige Ausbildungsförderung für volljährige Schüler, Auszubildende und Studierende ein. Junge Menschen sind eigenständige Persönlichkeiten, die sich selbst für ihren Ausbildungsweg entscheiden wollen. Die Wahl der Ausbildung stellt für sie die Weichen für die Zukunft. Schüler, Auszubildende und Studierende sollen ihren Talenten folgen und müssen ihre Wahl frei und ohne Geldsorgen treffen können. Deshalb darf die Finanzierung auch für niemanden an den Vorstellungen der Eltern oder deren Einkommen scheitern.
10b	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten streben eine leistungsorientierte Förderung von mindestens 15 Prozent der Studierenden mit Stipendien an. Derzeit werden in Deutschland nur etwa fünf Prozent aller Studierenden mit einem Stipendium unterstützt. Wenn wir dem Fachkräftemangel in Deutschland entgegentreten wollen, müssen unsere Studierenden zu qualifizierten Spezialisten werden. Wer sich auf sein Studium konzentrieren kann, schließt besser ab. Wir Freie Demokraten möchten Studierende entlasten und Talente und besondere Anstrengung stärken, indem wir hierbei unter anderem private Initiativen unterstützen und das Deutschlandstipendium ausbauen.
11	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass Hochschulen nachgelagerte Studienbeiträge erheben können sollen. Mit Studienbeiträgen können Hochschulen schneller modernisiert und die Studienbedingungen verbessert werden. Studierende selbst haben aber wenig Geld und sollten daher nicht während des Studiums finanziell belastet werden. Nach dem Studium verdienen sie allerdings meistens mehr und finden schneller Arbeit als Menschen ohne Hochschulzeugnis. Studienbeiträge sind für uns daher gerecht, solange sie erst nach dem Abschluss erhoben werden und Generationen von Studierenden über einen umgekehrten Generationenvertrag zur Verbesserung der Studienbedingungen beitragen. Studienbeiträge dürfen daher weder direkt noch indirekt (etwa als Kürzungen im Hochschulbereich) in den allgemeinen Etat der Bundesländer fließen. Sie müssen als zusätzliche Finanzierungsmittel für die Lehre an den Hochschulen verbleiben.
12	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns länderübergreifend für eine Absicherung des finanziellen Grundbedarfs der Hochschulen ein. Die Qualität des Studiums darf nicht von der Finanzkraft der Länder bestimmt werden. Um für gute Studienbedingungen zu sorgen, wollen wir einen bundesweiten Fond errichten. In diesen Fond zahlt jedes Land nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel ein. Das heißt, der Beitrag eines Landes errechnet sich anteilig aus dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl. Für jeden eingeschriebenen Studierenden erhält die Hochschule einen Beitrag aus dem Fond. Das Geld folgt also den Studierenden und nicht anders herum. So erreichen wir einen Qualitätswettbewerb um Studierende in ganz Deutschland.

13	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen in den nächsten fünf Jahren pro Schüler zusätzlich insgesamt 1.000 Euro für Technik und Modernisierung investieren. Neue Technologien und Methoden bieten Raum für Kreativität und Neugier und werden immer wichtiger für spätere Berufe. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen Kinder Anleitung in den Schulen. Die technische Aufrüstung unserer Schulen erfordert eine finanzielle Kraftanstrengung. Deshalb streben wir Freie Demokraten einen Staatsvertrag zwischen Bund und Ländern an: hier soll der Ausbau der digitalen Infrastruktur geregelt werden. Die Länder werden dafür in die Pflicht genommen, die digitale Bildung als festen Bestandteil in der Lehreraus- und Weiterbildung zu verankern und die Lehrer fit zu machen im Umgang mit und beim Einsatz von den neuen digitalen Medien.
14	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Erforschung sinnvoller Einsatzmöglichkeiten von digitalen Lerninhalten ein. Um digitale Medien in den Schulen gewinnbringend einsetzen zu können, müssen wir erforschen, welche Inhalte sinnvoll digitalisiert werden können. Gleichzeitig müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, wie etwa Zertifizierungen und zentrale Bildungsplattformen wie beispielsweise eine Bildungscloud, die einen Überblick über das Angebot gewähren. So kann Transparenz und fortlaufend beste Qualität sichergestellt werden, damit der Unterricht sinnvoll und zukunftsweisend gestaltet werden kann.
15	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für die digitale Vernetzung der Schulen ein. Die digitale Vernetzung über die ganze Welt bietet die Möglichkeit, zeit- und ortsungebunden auf Wissen von Experten oder besonders gute Erklärungen von Pädagogen zurückzugreifen. Damit diese Möglichkeiten auch für den Unterricht ausgeschöpft werden können, fordern wir die Entwicklung von digitalen Lernnetzwerken in der Schule und zwischen den Schulen. So können Schülerinnen und Schüler zusammen mit den Lehrkräften Wissen austauschen, Inhalte können gesichtet und deren Qualität kontrolliert werden.
16	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für ein lebenslanges Lernen ein. Gerade kombiniertes Lernen bietet hierfür viele Möglichkeiten durch die Kombination aus Präsenzunterricht, Online-Selbstlerneinheiten und Praxisphasen. Jeder Mensch spricht auf andere Methoden an und zieht erst aus der Vielfalt von Angeboten das beste Ergebnis für sich. Die Kombination verschiedener Unterrichtsformen vermittelt und nutzt den Umgang mit verschiedenen Methoden und Lernkanälen. Die Bildung in Deutschland wird so zukunftsweisend gestaltet, indem mit digitalen Medien und über digitale Medien gelernt wird.
18	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kinder schon in jungen Jahren für technische und mathematische Fächer zu begeistern. In Deutschland haben wir jetzt schon einen Fachkräftemangel, den der demografische Wandel noch verstärken wird. Besonders wichtig für die Wissensgesellschaft sind Mathematiker, Naturwissenschaftler, Informatiker und Techniker. Für eine spätere Berufswahl sind ein frühes Interesse und eine anschauliche Erklärung ausschlaggebend. Für die Schulen ist eine sehr gute fachliche Ausbildung der Lehrkräfte sowie Unterricht in den verschiedenen naturwissenschaftlichen Fächern durch Fachpersonal wichtig. Die Kooperation mit außerschulischen Partnern wollen wir ausdrücklich fördern und unterstützen.

20a	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern einen Fokus auf Medienkompetenz in den Bildungsstandards. Dank der digitalen Revolution hat man ganze Bibliotheken jederzeit zur Hand. Doch Informationen werden nicht durch Google zu Wissen und die vielen digitalen Kanäle können auch schnell zu Überforderung führen. Im digitalen Zeitalter sind Nachrichten immer, überall und sofort verfügbar. Menschen müssen lernen, sich daraus eine sachkundige eigene Meinung zu bilden. Hierzu müssen sie in der Lage sein, aufgrund von fundiertem Fachwissen aus der Informationsflut die Spreu vom Weizen zu trennen und Quellen kritisch zu hinterfragen. Dazu gehört von klein auf die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz. Dementsprechend sollen auch in Prüfungen künftig moderne Konzepte wie „Open Book Tests“ oder internetfähige Geräte zum Einsatz kommen dürfen.
20b	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für ein stärkeres Verständnis von technologischen Zusammenhängen und der Kooperation unterschiedlicher Disziplinen in der Forschung ein. Kreative Entwicklung und neue Ideen hat nur wer den Blick über den Tellerrand wagt. Daher müssen wir schon von Kindesbeinen an ein Verständnis für technologische Zusammenhänge schaffen. Doch diese Verbundenheit darf nicht in der Schule enden: auch in Wissenschaft und Forschung wollen wir die eigenverantwortlichen Hochschulen ermutigen, fächerübergreifende Themenverbünde zu stärken und setzen uns für eine Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen ein.
21	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Entwicklung neuer Studien- und Ausbildungsgänge für die digitale Wirtschaft ein. Ausbildung und Studium schaffen die Experten von morgen und müssen deshalb auch die Bedürfnisse von morgen im Blick haben. Mit der Errichtung spezialisierter Lehrstühle wie zum Beispiel E-Entrepreneurship erschließen wir Chancen und treiben selbst eine zukunftsweisende Entwicklung voran. Die duale Ausbildung kann dabei durch Modernisierung ihrer bestehenden Ausbildungsgänge dringend benötigtes Fachpersonal und zuverlässige Partner garantieren. Praxisnähe und Mut zur Innovation werden die Eckpfeiler der digitalen Wirtschaft sein.
22	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern den freien Online-Zugang aller Materialien von Lehrveranstaltungen an öffentlichen Hochschulen. Die digitale Revolution ermöglicht auch eine Revolution in der Lehre und Forschung. Vorlesungsaufzeichnungen, Livestreams oder Online-Zugänge zu Forschung erlauben es Studierenden, flexibel und selbstbestimmt Inhalte zu erarbeiten. Alle sollen diese Möglichkeiten überall und jederzeit wahrnehmen können. Sofern keine Rechte Dritter verletzt werden, fordern wir daher den freien Online-Zugang von Lehrmaterialien öffentlicher Hochschulen.
23	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr digitale Bildung in der dualen Ausbildung ein. Die vielfältigen Angebote lassen sich genau auf das Können der Auszubildenden und die Bedürfnisse der Betriebe zuschneiden. Auszubildende können so Techniken und Fachwissen von internationalen Spezialisten lernen, ohne den Arbeitsort zu verlassen. Das sorgt für besser ausgebildetes Personal.

24	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Aufwertung und Ausweitung der dualen Ausbildung in Deutschland ein. Das duale Ausbildungssystem in Deutschland ist Vorbild für politische Entscheidungsträger auf der ganzen Welt. Dennoch halten viele ein Hochschulstudium für den einzig richtigen Bildungsweg. Zahlreiche Studien belegen dagegen, dass die Verbindung aus praktischem Arbeiten und theoretischem Lernen für die Auszubildenden effektiv ist und für die Unternehmen genau der richtige Mix aus Wissen und Können. Diese Verbindung und individuelle Förderung trägt weiter zu einer höheren Durchlässigkeit unseres Bildungssystems bei. Wir Freie Demokraten wollen daher unser erfolgreiches duales Ausbildungssystem stärken.
25	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen das Thema Selbstständigkeit und Unternehmertum in den Lehrplänen verankern. Gründer und Gründerinnen gestalten mit ihren Ideen unsere Zukunft und sorgen für neue Arbeitsplätze. Damit dieses Erfolgsmodell weiter bestehen kann, müssen wir Hindernisse zur Selbstständigkeit abbauen und die Gründerkultur von klein auf zugänglich machen. Deshalb wollen wir schon unsere Kinder zum Beispiel mit Projekten und Planspielen in den Schulen an das Thema heranführen. Dazu sollen Schulen mit Unternehmen und Selbstständigen zusammenarbeiten. Bei Projekten wie „Unternehmer im Klassenzimmer“ oder „Schüler im Chefsessel“ können Schülerinnen und Schüler den Arbeitsalltag von Selbstständigen hautnah erleben, sodass Selbstständigkeit für alle eine Option werden kann.
27	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern die Unterstützung von Gründungen an Hochschulen. Studierende haben oft gute Ideen und die nötige Energie, um ein eigenes Unternehmen zu gründen. Jedoch mangelt es teilweise an der Unterstützung von Seiten der Hochschule. Damit unsere Studierenden nicht ausgebremst werden, fordern wir Hilfe bei studentischen Gründungen: beispielsweise sollen Studierende die Möglichkeit haben für Gründungen Urlaubssemestern zu nehmen und sie sollten fächerübergreifend über die Möglichkeit zur Existenzgründung an Lehrstühlen für Entrepreneurship lernen können.
29	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für den Ausbau europäischer Austauschprogramme wie "ERASMUS plus" ein. Nicht nur Studierende sollen in den Genuss des europäischen Austauschs kommen. Auch die Teilnahme von Auszubildenden und jungen Berufstätigen an europäischen Austauschprogrammen muss gefördert werden. Dazu bedarf es schon in den berufsbildenden Schulen einer verstärkten Aufklärung über vorhandene Programme. Denn neben der Verbreiterung des fachlichen Wissens trägt auch die Begegnung mit vielen Menschen aus den unterschiedlichen Staaten Europas zum gegenseitigen Vertrauen und einem europäischen Bewusstsein bei. So lernen wir aus unserer Vielfalt die Kraft für eine gemeinsame Zukunft in Frieden und Wohlstand zu schöpfen. Die Geschichte lehrt uns, dass wir dies nicht als Selbstverständlichkeit hinnehmen dürfen.

31	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern den öffentlichen Zugang zu Forschungsergebnissen, die ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Deutschland hat starke Köpfe in der Forschung. Die Ergebnisse ihrer Spitzenforschung verschwinden aber oft in Fachzeitschriften, die häufig nur Experten zugänglich sind. Wir halten das für eine Verschwendung der Arbeit unserer klügsten Köpfe. Damit auch die Allgemeinheit von den Ergebnissen profitieren kann, setzen wir uns für eine Open Access Politik ein: Ergebnisse und Publikationen, die ausschließlich mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, sollen unter Berücksichtigung eines Erstverwertungsrechts auch für die Öffentlichkeit zugänglich sein.
33	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere Bezahlung und Ausbildung des Kita Personals ein. Kitas sollen unsere Kinder fördern und nicht nur aufbewahren und betreuen - das Motto „sicher, sauber, satt“ ist zu anspruchslos. Dabei sollen auch Sport- und Musikangebote sowie Ergotherapie in den Kitabetrieb integriert werden. Dafür sind Fachkräfte nötig, die zur Anregung und Entwicklung von Kindern ausgebildet sind und Probleme erkennen und Talente fördern. Für diese wichtige Aufgabe müssen Erzieherinnen und Erzieher entsprechend qualifiziert sein und sollten dafür auch angemessen bezahlt werden.
34	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende Sprachförderung der Kinder vor der Einschulung. Sprache ist das zentrale Mittel, um sich am sozialen Leben und am Unterricht beteiligen zu können. Alle Kinder mit Sprachdefiziten müssen noch vor der Einschulung die Möglichkeit zum Erlernen der deutschen Sprache erhalten. Nur so ist ein erfolgreicher und gleichberechtigter Start ins Schulleben möglich.
37	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Realisierung eines inklusiven Bildungssystems unabhängig von Bildungsort, Schulform und Bildungs- oder Ausbildungsgang ein. Dies ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur die Schulen in der Verantwortung der Länder betrifft. Allerdings müssen das Kindeswohl und das Wohl der Jugendlichen im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen. Deshalb gehören zu einem inklusiven Schulsystem unabdingbar auch gut ausgestattete Förderschulen, um Wahlfreiheit zu gewährleisten. Dabei setzen wir uns auch für verbindliche Qualitätsstandards für den inklusiven Unterricht ein. Einheitliche Standards schaffen Sicherheit für alle Beteiligten. Die Schulen wissen, dass sie nicht allein gelassen werden, sondern sich auf den Staat verlassen können.
41	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern eine Erhebung des Bildungsstands von Flüchtlingen schon in der Erstaufnahme. Sowohl für die Integration in die Gesellschaft als auch für berufliche Perspektiven ist Bildung eine Grundvoraussetzung. Damit keine Zeit verloren geht, muss bereits in den Erstaufnahmestellen der vorhandene Bildungsstand erhoben werden. Wenn Flüchtlinge bereits eine Ausbildung abgeschlossen haben, kann diese direkt anerkannt werden. Wenn nicht, können Informationen zu Ausbildungen und Qualifizierungsmöglichkeiten verteilt werden. So können wir Flüchtlingen schneller eine Perspektive geben und unsere Behörden mit realistischeren Daten der zu bewältigenden Aufgaben versorgen.

42	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern die Einrichtung von Beratungsstellen zum Bildungssystem in allen größeren Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge. Denn am leichtesten können Flüchtlinge an unserer Gesellschaft teilhaben, wenn sie Arbeit finden. Die besten Chancen dazu hat man mit einer guten Ausbildung. Ein Teil der Menschen, die zu uns kommen, haben schon eine Ausbildung oder sind ausbildungsfähig und -willig. Sie finden sich aber im Bürokratie-Chaos und den vielen Möglichkeiten in Deutschland nicht zurecht. Deshalb fordern wir, in den größeren Betreuungseinrichtungen Beratungsstellen zu unserem Bildungssystem.
45	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht von Flüchtlingen. In manchen Bundesländern beginnt mit dem Aufenthalt auch die Schulpflicht. In anderen Ländern haben Flüchtlingskinder dagegen erst beim Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtungen ein Recht auf Unterrichtsbesuch. Dabei ist Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht in ganz Deutschland, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.
300	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen die besten Lehrerinnen und Lehrer für unsere Kinder. Ob bei neuen Technologien, Internationalität oder Praxiserfahrung – wir wollen den Horizont der Lehrkräfte verbreitern. Dabei dürfen Lehrkräfte vor allem keine digitalen Amateure sein, sondern müssen den Kindern Lust an Fortschritt und Technik vermitteln können.
303	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten wollen die Finanzierung der Bundeszentrale für politische Bildung ebenso sichern wie Programme des Bundes gegen Extremismus, Rassismus oder Homo- oder Transphobie. Auch in der beruflichen Bildung sind Demokratie und Diversity Management zu thematisieren. Denn beste Bildung umfasst neben der Wissens- und Methodenvermittlung auch Erziehung zu den Werten, die unsere Gesellschaft zusammen halten: Freiheit, Demokratie und Mitmenschlichkeit, Toleranz gegenüber Minderheiten und Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft. Nur so kann in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft Konflikten und Gewalt entgegengewirkt werden. Nur so schaffen wir ein Lern- und später Arbeitsumfeld, in dem jeder seine Talente frei entwickeln und sein Leben selbstbestimmt gestalten kann.
310	Weltbeste Bildung für jeden	Wir Freie Demokraten fordern die Vermittlung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen in den Grundschulen. Wir haben den Anspruch an die weltbeste Bildung, dass jedes Kind Lesen, Schreiben und Rechnen kann. Dazu gehört ein verstärktes Kopfrechnen ebenso wie die Abschaffung des Konzepts "Schreiben wie man spricht". Wir fordern eine korrekte Rechtschreibung bereits zu Beginn des Lernprozesses und das Erlernen einer klar lesbaren Schreibschrift.



322	Weltbeste Bildung für jeden	<p>Wir Freie Demokraten wollen einen starken Standort Deutschland für die Luft- und Raumfahrt. Denn wir nutzen täglich Medien, Informationen, Dienstleistungen und wissenschaftliche Erkenntnisse, die ohne diese Schlüsselindustrie nicht denkbar wären: beispielsweise weil sie von Satelliten gewonnen und übertragen werden. Aber auch viele andere Entdeckungen, die unser Leben heute vielfach erleichtern, sind das Resultat der Grundlagenforschung in Luft- und Raumfahrt. Der Luft- und insbesondere der Raumfahrtindustrie kommt zudem bei der Gestaltung von Industrie 4.0 eine Schlüsselrolle zu. Denn Raumfahrt- und Satellitentechnologien ermöglichen maßgeblich die digitale Vernetzung. Gezielte Zukunftsinvestitionen in diesen Bereich sind daher eine nachhaltige Stärkung des Wirtschafts- und Hightech-Standorts Deutschland. Deshalb wollen wir das Luftfahrtforschungsprogramm fortführen und durch eine steuerliche Forschungsförderung mehr Anreize für Forschung und Entwicklung setzen. Zudem wollen wir die Schaffung eines europäischen Luftverkehrsraumes, unter anderem durch ein gemeinsames Flugverkehrsmanagement (Single European Sky). Die Zusammenarbeit mit der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) in Köln, die maßgeblich zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit beiträgt, wollen wir verbessern, damit der Luftfahrtstandort Deutschland stärker von ihr profitiert. Das Gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit der Deutschen Flugsicherung in Frankfurt, dem Kontrollzentrum der Europäische Weltraumorganisation (ESA) sowie der Europäischen Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) in Darmstadt.</p>
47	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen eine Kultur des Gründergeistes und der Risikobereitschaft fördern. Dafür wollen wir wirtschaftliches Grundwissen schon in der Schule stärken, Bürokratie abbauen, die Finanzierung von Unternehmensgründungen erleichtern und dafür sorgen, dass auch im Scheitern immer die Chance für etwas Neues liegt. Wir wollen Bürokratie abbauen, damit sich junge Unternehmen auf ihr Geschäft konzentrieren können, statt auf Formulare. Neben der Herstellung einer schnellen Geschäftsfähigkeit von Gründungen wollen wir deshalb zum Beispiel ein bürokratiefreies Jahr für Start-ups schaffen. Zudem wollen wir auch nebenberufliche Gründungen oder Gründungen aus der Elternschaft heraus erleichtern, die etwa ein Fünftel aller Gründungen ausmachen. Wir wollen regulatorische Erleichterungen für zeitgemäße Finanzierungskonzepte wie beispielsweise Crowdfunding und wir wollen ein Venture-Capital-Gesetz. Wir wollen nicht, dass Gründerinnen und Gründer schon Steuern zahlen, bevor die ersten Umsätze oder Gewinne überhaupt anfallen. Bei der Gewerbesteuer kann durch die sogenannten Hinzurechnungsbestimmungen eine Steuerlast auch dann entstehen, wenn keine Gewinne erwirtschaftet sind. Wir wollen deshalb in den ersten drei Jahren nach Gründung den Freibetrag bei der Gewerbesteuer verdoppeln. Denn Gründerinnen und Gründer schaffen Zukunft. Sie schaffen Arbeitsplätze für sich selbst und andere. Sie schaffen Innovation und sorgen damit für Dynamik in der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft.</p>

50	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen, dass verbindliche Auskünfte im Steuerrecht durch die Finanzverwaltung zukünftig wirklich Rechtssicherheit schaffen. Im Vordergrund muss stehen, dass der Bürger oder Unternehmer durch die verbindliche Auskunft die steuerlichen Folgen einer geplanten wirtschaftlichen Entscheidung mit möglichst wenig Aufwand, innerhalb einer angemessenen Zeit und sicher im Vorherein absichern kann.
51	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Regeln bei den Sozialversicherungspflichten vereinfachen. Deshalb wollen wir die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge. Denn momentan müssen Arbeitgeber den voraussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Monat schätzen und diesen vor der Fälligkeit der Lohnzahlung abführen. Im Folgemonat müssen die Erklärungen dann entsprechend den tatsächlichen Entgelten korrigiert werden. Das führt dazu, dass faktisch nicht mehr zwölf, sondern 24 Monatsabrechnungen im Jahr erstellt werden müssen. Gerade für junge Unternehmen eine gewaltige Belastung. Wenn die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge hingegen wieder mit den Lohnzahlungen zusammenfällt, kann die bürokratische Belastung an dieser Stelle halbiert werden.
52	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen den rechtlichen Rahmen für Crowdfunding bei der Unternehmensfinanzierung vereinfachen. Denn junge Unternehmen benötigen am Anfang viel Geld, um ihr Geschäftsmodell aufzubauen und Voraussetzungen für Wachstum zu finanzieren. Neben Eigenkapital und dem klassischen Bankkredit verbreiten sich innovative Finanzierungsmodelle wie das Crowdfunding immer stärker. Dabei stellen viele Investoren kleinere Beträge zur Verfügung, die zusammen jedoch eine ordentliche Finanzierung ergeben. Deshalb wollen wir die Vorschriften für diese Investitionen beispielsweise bei Prospektpflicht oder Selbstauskunft so anpassen, dass diese Investitionen unkomplizierter und attraktiver werden.
53	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir wollen durch ein Venture-Capital-Gesetz die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland verbessern. Denn die jungen Unternehmen in Deutschland stehen alle vor der gleichen Herausforderung: Spätestens nach dem Markteintritt fehlt es an Kapital. Wachsen, Nachfolgeprodukte entwickeln und sich internationalisieren können die Unternehmen nur mit entsprechender Finanzspritze. Eine klassische Bankfinanzierung aber kommt für Start-ups häufig nicht in Frage. Diese Lücke schließt Wagniskapital. Internationale Erfahrungen zeigen, dass Wagniskapitalgeber ihre Investitionsentscheidungen nach einer regionalen Bezogenheit treffen: Sie investieren am liebsten dort, wo sie ihren Sitz haben. Deshalb wollen wir ein Venture-Capital-Gesetz, das umfassend und ganzheitlich beste Bedingungen für Wagniskapital in Deutschland schafft und zwar auch und gerade im Steuerrecht. Als entscheidende Punkte im steuerrechtlichen Bereich in diesem Venture-Capital-Gesetz sehen wir den Abbau der Substanzbesteuerung - wie etwa bei den Hinzurechnungsvorschriften in der Gewerbesteuer oder die Berücksichtigung des Verlustabzugs beim Anteilseigner Wechsel, eine transparente Besteuerung für Venture Capital-Gesellschaften und eine faire Besteuerung von Investoren, die sich von ihrer Beteiligung trennen.

56	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen in Deutschland den Grundsatz der IST-Besteuerung bei der Umsatzsteuer durchsetzen. In der Regel gilt für Unternehmen in Deutschland die sogenannte SOLL-Besteuerung. Unternehmen müssen dabei die Umsatzsteuer für einen Auftrag an den Staat zahlen, egal ob der Kunde bereits bezahlt hat. Daher kann ein Unternehmen momentan beantragen, die Umsatzsteuer erst dann zu zahlen, wenn der Kunde gezahlt hat – die sogenannte IST-Besteuerung, die wir zum Grundsatz machen wollen. Voraussetzung für den Antrag auf IST-Besteuerung ist momentan, dass der Umsatz des Unternehmens im Vorjahr nicht höher war als 500.000 Euro. Mit Blick auf Start-Ups ist diese Schwelle jedoch zu niedrig. Durch Digitalisierung und Dynamik von neuen Produkten können Umsätze schnell über diese Schwelle steigen. Daher wollen wir, solange noch nicht der Grundsatz der IST-Besteuerung gilt, diese Schwelle deutlich erhöhen.
57	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen, dass für politische Entscheidungen das Innovationsprinzip ergänzend zum Vorsorgeprinzip gilt. Das bedeutet, dass bei der Folgenabschätzung nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme geschaut wird. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen verloren gehen, wenn man die Maßnahme unterlässt.
58	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten setzen auf „intelligentes Wachstums“ (smart growth), weil Ökologie und Wachstum sich eben nicht ausschließen. Wir wollen Klima und Umwelt durch smart growth schützen – also durch neue Technologie und innovative Produktionsprozesse. Statt Verzicht zu predigen, wollen wir Produktivität erhöhen, damit wir bei weniger Ressourcenverbrauch den Wohlstand heben können. Auf diesen Weg können uns auch die Schwellenländer folgen.
59	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen überall in Deutschland schnelles Internet durch ein flächendeckendes Glasfasernetz. Denn Glasfaser überträgt bereits heute Daten deutlich schneller als die weit verbreiteten Kupferkabel. Selbst wenn Kupferkabel mittels des sogenannten Vectoring nachgerüstet werden, erreichen sie nicht annähernd die Übertragungsgeschwindigkeit von Glasfaser. Zudem hat die Nachrüstung durch Vectoring den Nachteil, dass an jedem Schaltpunkt im Netz nur ein Anbieter seine Technik anbauen kann. Alle anderen Anbieter werden verdrängt. Wettbewerb findet nicht mehr statt. Dabei bringt der Wettbewerb nicht nur für den Endkunden große Vorteile. Auch für den Ausbau eines zukunftsfesten Glasfasernetzes ist er entscheidend. Dieser soll in Regions-Clustern ausgeschrieben werden, sodass ein Ausbau auch im ländlichen Raum attraktiv ist. Alle Provider müssen Kapazitäten auf neuen Glasfaserleitungen mieten können. Dies ermöglicht echten Wettbewerb bis an die Grundstücke bei gleichzeitiger Refinanzierung über die kommenden Jahrzehnte. So schaffen wir Datenautobahnen durch Glasfaser statt Schotterpisten.
60	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen einheitliche internationale Standards für Kommunikationsschnittstellen fördern. Das ermöglicht software-, branchen- und unternehmensübergreifenden Datenaustausch. Wertschöpfungsketten verlaufen zunehmend über nationale Grenzen hinweg. Damit Systeme und Maschinen in diesen Ketten miteinander kommunizieren können, ist ein Mindestmaß an Standards nötig. Das verhindert, dass je nach Land oder Unternehmen so unterschiedliche Systeme genutzt werden, dass diese am Ende nicht oder nur schwer kompatibel sind.

61	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten fordern eine Open-Data und Open-Government-Strategie für Deutschland. Open-Data und Open-Government bedeuten, dass nicht-unternehmensbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung in maschinenlesbarer Form veröffentlicht und frei zugänglich gemacht werden. Eine solche Offenlegung zu mehr Transparenz sowie einer größeren Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe. Denn nur wenn Bürger informiert sind, können sie auch an der öffentlichen Diskussion teilnehmen. Für Unternehmen können öffentlich zugängliche Daten wertvolle Informationen zu Absatzmärkten und Standortentscheidungen bringen. Laut Studien kann dieser Wert bis zu 43 Milliarden Euro an Wertschöpfung und 20.000 neue Arbeitsplätze generieren. Diese Chance müssen wir nutzen.
62	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Netzneutralität bewahren ohne Innovationen zu verhindern. Netzneutralität bedeutet, dass alle Datenpakete im Internet gleichberechtigt sind. So ist sichergestellt, dass alle Meinungen diskriminierungsfrei bleiben und neue Unternehmungen Marktzugang erhalten. Diese Chancengleichheit wollen wir schützen und zugleich neue qualitätsgesicherte Dienste und eine angemessene Wertschöpfung der Netzbetreiber ermöglichen. Denn sogenannte Spezialdienste sind darauf angewiesen, dass hohe Qualitätsansprüche bei der Datenübertragung erfüllt werden. Dies gilt zum Beispiel für Gesundheitsdienste, wie Operationen aus der Ferne.
63	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen das Wettbewerbsrecht fit für die Digitalisierung machen. In rasant wachsenden digitalen Märkten muss auch die zu erwartende wirtschaftliche Macht des fusionierten Unternehmens berücksichtigt werden. Ein Indikator dafür ist der Transaktionswert, der die Umsatz- und Gewinnerwartungen für die Zukunft widerspiegelt - etwa wenn umsatzmäßig noch kleine Unternehmen für Milliarden-Beträge gekauft werden, da sie Zugang zu Daten und Kommunikationskanälen eröffnen. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Fusionskontrolle der nationalen und europäischen Kartellbehörden nicht nur bei Überschreiten bestimmter Umsatzschwellen greift, sondern zusätzlich auch bei Überschreiten festgelegter Transaktionswerte beim Kauf eines Unternehmens. Dazu ein Beispiel: Der Anbieter der App „WhatsApp“ hatte etwa 50 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und verzeichnete bei einem Jahresumsatz von rund 10 Millionen US-Dollar sogar Verluste. Trotzdem hat Facebook ihn 2014 für 22 Milliarden US-Dollar erworben, weil er damals bereits Zugang zu rund 450 Millionen Nutzerinnen und Nutzern und ihren Daten besaß.
64	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Denn laut Schätzung der Europäischen Kommission könnten dadurch jährlich 415 Milliarden Euro erwirtschaftet werden und hunderttausende neue Arbeitsplätze in Europa entstehen. Allerdings gibt es anders als wir es in Europa bei Waren, Dienstleistungen und Kapital gewohnt sind, im digitalen Bereich Hindernisse beim Grenzübertritt. Die Länder haben alle ihren eigenen digitalen Markt mit unterschiedlichen Regulierungen. Das wollen wir ändern, indem wir regulierungsbedingte Barrieren abbauen. Ein Beispiel hierfür ist ein gemeinsames europäisches Kaufrecht im Bereich des Online-Handels, das die Parteien alternativ zu ihrem jeweiligen nationalen Kaufrecht anwenden können. Das kann den Online-Handel durch ein einheitliches Regelwerk für

		grenzüberschreitende Verträge erleichtern.
65	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen einen zeitgemäßen Rechtsrahmen für traditionelle und neue Geschäftsmodelle wie die sogenannte Share Economy. Die Share Economy bietet mit ihren neuen Geschäftsmodellen den Bürgerinnen und Bürgern zusätzliche Wahlmöglichkeiten zu traditionellen Produkten und Dienstleistungen. Um das Innovationspotential der Share Economy zu nutzen, brauchen wir einen passenden Rahmen, der ihnen die Freiheit zur Entwicklung lässt. Deshalb wollen wir bestehende Regelungen etwa zur Personenbeförderung (inklusive Taximarkt) oder zur Nutzung von Wohnraum zeitgemäß gestalten. Gleichzeitig brauchen die traditionellen Unternehmen mehr Spielraum, um wettbewerbsfähig zu sein. Wir wollen deshalb faire Regeln für alle: Klare Regeln für die Newcomer und weniger Bürokratie für die Etablierten. So entscheiden am Ende die Kunden, also wir alle, den fairen Wettbewerb um das beste Produkt.
66	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen ein wirksames Urheberrecht, das die Interessen von Urhebern, Investoren und Nutzern einbezieht. Digitale Geschäftsmodelle basieren häufig auf geistigem Eigentum. Wesentliches Betriebskapital ist keine Maschine, sondern eine Idee, ein Prozess oder eine Gestaltung. Diese geistigen Leistungen sind leicht angreifbar – durch Live-Piraterie oder sonstige Weiterverwendung eigentlich kostenpflichtiger oder geschützter Inhalte. Viele Urheber verdienen mit der Verwertung ihrer Werke ihren Lebensunterhalt. Deshalb ist der Schutz ihrer Werke und der Rechte daran Eigentumsschutz. Gleichzeitig sind Urheber aber darauf angewiesen, dass andere ihre Werke überhaupt erst zugänglich machen. Wir wollen deshalb ein Urheberrecht, das die Urheber an der Verwertung ihrer Werke unbürokratisch und transparent beteiligt, den Unternehmen aus der dynamisch wachsenden Start-up-Szene aber auch die Möglichkeit lässt, mit ihren Investitionen mit der Verbreitung geistiger Leistungen Geld verdienen zu können. Wir setzen dabei auch auf technische Fortentwicklungen, die es besser als heute ermöglichen, die Entscheidung der Urheber über „Ob“ und „Wie“ einer erlaubten Nutzung zu automatisieren und Urheber an der Verwertung ihrer kreativen Schöpfungen zu beteiligen.
68	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen eine Subventionsbremse für den Bundeshaushalt einführen und alle staatlichen Subventionen überprüfen. Dazu sollen künftig alle Subventionen vom Bundeshaushalt getrennt festgelegt und stufenweise abgeschmolzen werden. Dabei gilt der Grundsatz: Was nicht der Förderung von Innovationen dient oder zwingend erforderlich ist, wollen wir streichen. Denn der Staat greift viel

		zu häufig in wirtschaftliche Prozesse ein, indem er Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern für ein bestimmtes Verhalten Geld zahlt oder Steuervergünstigungen gewährt. Solche Subventionen nützen meist nur wenigen und schaden dem Gemeinwohl. So zum Beispiel die Kaufprämie für Elektroautos. Davon profitieren nur große Automobilkonzerne. Bezahlen müssen es die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.
70a	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Wohnungsnot in deutschen Großstädten bekämpfen. Mangel kann man aber nicht verwalten. Es muss schlicht mehr Wohnraum her. Dazu wollen wir den Neubau von Wohnungen attraktiver machen und zum Beispiel die jährliche Abschreibungsrate für Gebäude von zwei auf drei Prozent erhöhen. Dies setzt Anreize zum Bauen, weil Investitionen schneller steuerlich geltend gemacht werden können.
70b	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die sogenannte Mietpreisbremse abschaffen. Denn sie ist tatsächlich eine Wohnraumbremse, weil sie Investitionen in mehr Wohnraum verhindert. Gerade Privatpersonen überlegen sich im Moment genau, ob sich Investitionen noch lohnen. Dabei stellen sie laut der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 etwa zwei Drittel der Mietwohnungen bereit und wollen gewöhnlich auch keine horrenden Renditen erwirtschaften. Wenn sich die Vermietenden aus dem Markt zurückziehen, verknappt das Wohnungsangebot weiter. Die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum werden dadurch nicht besser.
72	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Netzsparte der Deutsche Bahn AG innerhalb des Konzerns unabhängiger machen und langfristig Netz und Betrieb im Schienenverkehr trennen. Denn nur ein unverfälschter Wettbewerb auf dem Schienennetz führt dazu, dass es effizient genutzt wird und die Kundinnen und Kunden die besten Angebote erhalten. Momentan kann die Deutsche Bahn aber andere Wettbewerber benachteiligen. Denn sie betreibt fast das gesamte deutsche Schienennetz. Somit besteht der Anreiz, Mitbewerbern den Zugang zum Schienennetz zugunsten der eigenen Transportunternehmen zu erschweren. Das stellte die Monopolkommission in ihren Sondergutachten mehrmals fest. Genau das wollen wir ändern.
73	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Gleichberechtigung aller Verkehrsträger ein. Denn für uns ist Mobilität Ausdruck der individuellen Freiheit jedes Menschen. Deshalb soll auch jeder frei entscheiden können, wie er von einem Ort zum anderen kommt: ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto, per Bus, per Bahn oder per Flugzeug – oder einer Kombination. Diese Wahlfreiheit wollen wir nicht durch einseitige Förderungen und Wettbewerbsbeschränkungen beschneiden. Stattdessen sehen wir in einer fairen und ideologiefreien Verteilung von Investitionsmitteln die Grundlage für ein zukunftssicheres Verkehrssystem. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern. Ein Tempolimit auf Autobahnen sowie die weitere Absenkung allgemeiner Höchstgeschwindigkeiten (wie beispielsweise innerorts auf 30 km/h) lehnen wir ab.

73b	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen mehr Wettbewerb auf der Schiene, damit die Nutzerinnen und Nutzer ein besseres Angebot bekommen. Dazu werden wir Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn auch eigentumsrechtlich trennen. Im Anschluss sollen die Betreibergesellschaften an die Börse gebracht werden, während die Infrastruktur- und Netzgesellschaften im Eigentum des Bundes verbleibt.
74a	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur erhöhen und damit die jahrelange Unterfinanzierung dort beenden. Denn heute verlieren wir viel zu viel Lebens- und Arbeitszeit, weil Straßen, Brücken oder Schienen nicht saniert oder ausgebaut werden: Laut ADAC standen 2015 die Autofahrer in Deutschland 341.000 Stunden im Stau. Der Staat nimmt jedes Jahr über 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr ein. Aber nur etwa ein Fünftel davon fließt in Verkehrsinvestitionen. Angesichts bröckelnder Straßen und Brücken ist das zu wenig. Der Bund muss deutlich mehr Mittel für Verkehrswege bereitstellen. Und das nicht nur für Bundesautobahnen oder -fernstraßen. Wir wollen zudem, dass der Bund in den nächsten 20 Jahren jeweils zwei Milliarden Euro in einen Fonds zur Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einzahlt. Denn Kommunen und Länder können den Sanierungstau bei ihren Verkehrswegen nicht allein beheben.
74b	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen Public-Private-Partnership bei Verkehrsprojekten stärker nutzen. Public-Private-Partnership (PPP) bedeutet, dass Staat und Unternehmen zur Erledigung einer staatlichen Aufgabe kooperieren, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von der Effizienz privatwirtschaftlicher Unternehmen profitieren. Bei PPP im Fernstraßenbau verpflichtet sich der private Partner beispielsweise dazu, einen Autobahnabschnitt zu bauen, über 20 bis 30 Jahre zu betreiben und zu erhalten. Die Kosten dafür muss er je nach Modell voll oder anteilig übernehmen. Dafür erhält er über die Laufzeit eine Vergütung vom Staat beziehungsweise den Nutzerinnen und Nutzern. Die Vorteile: Bau- oder Sanierungsvorhaben werden schneller und effizienter durchgeführt. Die Qualität ist in der Regel überdurchschnittlich. Denn Unternehmen können bereits bei der Planung und den einzelnen Projektphasen ihr Fachwissen einbringen und tragen gewisse Risiken bei Kostenüberschreitungen oder Qualitätsmängeln. Das motiviert zu sorgfältiger Arbeit. Zudem wird privates Kapital für die seit Jahren unterfinanzierte Verkehrsinfrastruktur verfügbar. Über Projektanleihen können auch Versicherungen und Versorgungswerke in Infrastrukturprojekte investieren und somit sinnvolle Anlagemöglichkeiten in der Niedrigzinsphase finden. Deshalb wollen wir PPP-Modelle öfter einsetzen, sofern sie im Einzelfall wirtschaftlich sinnvoll sind und Bund, Länder und Kommunen dadurch nicht die sogenannte Schuldenbremse umgehen.

75	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen die betriebliche Altersvorsorge stärken. Die Reform der derzeitigen Bundesregierung ist zu kurz gesprungen. Sie beschränkt sich auf Unternehmen, die in einen Tarifvertrag einbezogen sind. Damit wird es vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerade in kleinen und neu gegründeten Unternehmen weiter erschwert, eine betriebliche Altersvorsorge aufzubauen. Die Vorteile der Reform, etwa die liberalisierten Anlagevorschriften und die Zuschüsse für Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen, sollen auf alle Beschäftigte aller Unternehmen ausgeweitet werden.</p> <p>Die Auszahlung von Vorsorgeverträgen darf in der Kranken- und Pflegeversicherung nicht beitragspflichtig sein. Die Bundesregierung hebt die Doppelverbeitragung nur für Riester-geförderte Altersvorsorge auf, wir wollen dies auf alle Vorsorgeverträge ausweiten.</p> <p>Dem Arbeitnehmer soll es ermöglicht werden, dass bei einem Wechsel des Arbeitgebers der neue Arbeitgeber in den bestehenden Vorsorgevertrag ggf. in neuer Höhe einzuzahlen hat. Angesichts des inzwischen häufigeren Wechsels von Beschäftigungsverhältnissen sollten Wartezeiten auf zwei Jahre beschränkt werden.</p> <p>Betriebe, die dem Arbeitnehmer noch garantierte Direktzusagen geben, sollten für die bestehenden Pensionsverpflichtungen entlastet werden. Dazu wollen wir den Berechnungszeitraum für den handelsrechtlichen Abzinsungssatz von zehn auf zwölf Jahre verlängern und die Bewertung der Pensionsrückstellungen in der Handels- und Steuerbilanz vereinheitlichen. Denn die geltenden Regelungen führen angesichts der niedrigen Zinsen zu hohen Belastungen und einer ungerechten Besteuerung der Unternehmen, was es ihnen erschwert, weiter Direktzusagen zur betrieblichen Altersvorsorge zu geben.</p> <p>Verschärfend kommt hinzu, dass Pensionsrückstellungen steuerlich nur bis zu der Höhe berücksichtigt werden, wie sie mit einem Marktzins von sechs Prozent zu bilden wären. Somit können Unternehmen einen Teil ihrer handelsrechtlichen Pensionsrückstellungen steuerlich nicht geltend machen. Der Staat bedient sich also auf Kosten der Unternehmen, indem er Scheingewinne besteuert. Um dies künftig zu verhindern, wollen wir die steuer- und handelsrechtliche Bewertung von Pensionsrückstellungen angleichen.</p>
----	-----------------------------------	---



76	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Regulierungen bei der Zeitarbeit abbauen. Denn Deutschland braucht auch in Zukunft einen flexiblen Arbeitsmarkt. Die Weltwirtschaft verändert sich schnell. Durch die Digitalisierung nehmen Projektaufträge zu. Darauf müssen Unternehmen flexibel reagieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Zeitarbeit ist hierfür ein wichtiges Instrument. Die Unternehmen können damit Auftragsspitzen abfangen oder kurzfristig spezialisierte Fachkräfte finden. Zugleich profitieren die Beschäftigten von der Zeitarbeit. So erhalten viele Menschen dadurch eine Einstiegschance am Arbeitsmarkt. Das zeigen die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit ganz klar: Rund zwei Drittel aller Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer übten vorher keine Beschäftigung aus. Jeder Vierte hat keinen Berufsabschluss. Für gut Ausgebildete kann die Zeitarbeit in der digitalen Welt zudem neue Wege eröffnen – zwischen Selbstständigkeit und der jahrelangen Arbeit für nur ein Unternehmen. Missbrauch ist in den vergangenen Jahren erfolgreich unterbunden worden: Die Tarifpartner haben bereits Lösungen gefunden, damit der Lohn der Zeitarbeitenden bei längeren Einsätzen an den der Stammbesellschaft angeglichen wird (Equal Pay). Trotzdem hat die Große Koalition hier bürokratisiert. Die unnötigen gesetzlichen Vorschriften zur Überlassungsdauer und Entlohnung führen zu Unsicherheiten und Aufwand. Dies wollen wir ändern.
77	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung des ländlichen Raumes ein, überall in Deutschland sind exzellente Schulen, moderne Verkehrswege und schnelle digitale Netze erforderlich. Nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land. Denn mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung lebt im ländlichen Raum. Neben landwirtschaftlichen Betrieben sind sehr viele kleine und mittlere Unternehmen in Dörfern und Kleinstädten angesiedelt. Um die Vielfalt der Regionen und die Stärke des Mittelstandes zu erhalten, muss auch jenseits der städtischen Ballungszentren in die Zukunft investiert werden.
78	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen eine Mittelstandsklausel auf Bundesebene einführen. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden. Denn der Mittelstand ist das Rückgrat und die Zukunft der deutschen Wirtschaft. Mehr als 99 Prozent aller Unternehmen in Deutschland sind kleine und mittlere Unternehmen. Rund 60 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeiten dort. Auch die meisten Auszubildenden lernen in kleinen und mittleren Unternehmen. Deshalb müssen neue Gesetze und Verordnungen dieser besonderen Bedeutung des Mittelstandes in Deutschland gerecht werden. Die Mittelstandsklausel soll dabei helfen, dass der Staat keine vermeidbaren Belastungen für diese Unternehmen schafft.

79	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen im Rahmen eines Einwanderungsgesetzes ein klares Punktesystem schaffen. Wer in Deutschland arbeiten möchte und nicht im Rahmen der EU-Freizügigkeit dazu berechtigt ist, soll sich ergänzend zur heutigen Blue Card über ein Punktesystem um einen Aufenthaltsstatus bewerben können. Punkte gibt es für Kriterien wie zum Beispiel Bildungsgrad, Alter, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung und Beruf – orientiert am aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt. Dadurch lässt sich die Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt flexibel steuern. Dies ist auch dringend notwendig. Denn einerseits braucht Deutschland wegen des demografischen Wandels hochqualifizierte ausländische Fachkräfte. Wenn Deutschland diese Fachkräfte im globalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe anziehen will, muss es eine klare Perspektive für den Einzelnen schaffen. Andererseits hat die Flüchtlingskrise gezeigt, dass klare Regeln fehlen. Ein Einwanderungsgesetz vermeidet es, dass Menschen, die aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit zu uns kommen wollen, versuchen, über das Asylrecht nach Deutschland einzuwandern. Ein Einwanderungsgesetz mit Punktesystem schafft hier Klarheit und Transparenz. Es kann auch qualifizierten Flüchtlingen unabhängig vom Ausgang ihres Asylverfahrens eine Bleibeperspektive bieten, indem Menschen aus dem Asylverfahren oder bei vorübergehendem humanitärem Schutz Zugang zum Einwanderungsverfahren erhalten. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Andere Länder wie Kanada oder Australien haben mit solchen Punktesystemen bereits Erfolge erzielt. Sie senden damit klare Signale: Wir sind offen für qualifizierte Einwanderer, geben die Kontrolle des Systems aber nie aus der Hand.</p>
80	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Wer als Flüchtling in Deutschland anerkannt ist oder über die gesteuerte Fachkräfte-Einwanderung nach Deutschland kommen möchte, soll daher schnell erfahren, was sein Abschluss hierzulande zählt. Bei der Anerkennung vergeht aber immer noch zu viel Zeit, weil es sehr viele Einzelvorschriften und unterschiedliche Zuständigkeiten von Bund und Ländern gibt. Das wollen wir ändern, indem wir unter anderem durch mehr Personal die Verwaltungspraxis beschleunigen und die bundesweite Vergleichbarkeit von ausländischen Abschlüssen sicherstellen. Zudem sollen Eingewanderte einen Rechtsanspruch auf vorherige Beratung erhalten, sodass ihnen der Weg zur Anerkennung ihres Abschlusses konkret aufgezeigt wird.</p>

81	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten fordern, dass ausländische Staatsangehörige schon nach vier statt bisher acht Jahren die Einbürgerung beantragen können. Natürlich müssen dabei anspruchsvolle Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu zählen unter anderem ein unbefristetes Aufenthaltsrecht, gute Deutschkenntnisse, keine Abhängigkeit von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld, ein klares Bekenntnis zum Grundgesetz sowie fehlende Straffälligkeit. Wir finden, dass die Aussicht auf die deutsche Staatsbürgerschaft Anreize schafft, sich schnell in die Gesellschaft zu integrieren. Sie kann außerdem dazu beitragen, Deutschland als Einwanderungsland für qualifizierte Fachkräfte attraktiver zu machen. Sofern die Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sind, sollte der Staat daher die Einbürgerung nicht unnötig verzögern.
83	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen Englisch als ergänzende Verkehrs- und Arbeitssprache in der öffentlichen Verwaltung erproben, zumindest in den für Einwanderung relevanten Bereichen. Denn der Kontakt mit Behörden ist für viele Ausländerinnen und Ausländer ein regelmäßiger Kraftakt. Bis die deutsche Sprache sicher genug beherrscht wird, um sich allein durch den deutschen Bürokratie-Dschungel schlagen zu können, braucht es Zeit. Wir möchten nicht, dass sich ausländische Fachkräfte und Unternehmensgründer und -gründerinnen durch anfängliche Sprachbarrieren abschrecken lassen. Mit Englisch als Zweitsprache in der Verwaltung wollen wir es Einwandernden deshalb leichter machen, ihre Verwaltungsangelegenheiten zu regeln und sich über ihre Chancen und Pflichten in Deutschland zu informieren.
84	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen das Arbeitsverbot für Asylsuchende abschaffen und eine zeitlich begrenzte Ausnahme vom Mindestlohn einführen. Denn wir wollen, dass Flüchtlinge schnell die Möglichkeit erhalten, ihren Lebensunterhalt zumindest teilweise selbst zu bestreiten. Das entspricht auch den Vorstellungen vieler Flüchtlinge und entlastet unsere Sozialsysteme. Zudem sind für uns die Kollegen und Kolleginnen am Arbeitsplatz die besten Integrationshelfer und -helferinnen. Noch gibt es hier unnötige Barrieren: Zum einen dürfen Asylsuchende in den ersten drei Monaten nach ihrer Registrierung nicht arbeiten. Zum anderen ist der Mindestlohn für Flüchtlinge oft ein Einstellungshindernis. Denn viele Flüchtlinge sind für den deutschen Arbeitsmarkt nicht ausreichend qualifiziert und besitzen geringe Deutsch- und oft auch wenig Englischkenntnisse. Diese Hürden wollen wir beseitigen. Deshalb wollen wir das Arbeitsverbot für Asylsuchende abschaffen. Vom Mindestlohn wollen wir Flüchtlinge wie Langzeitarbeitslose ausnehmen – und zwar für zwölf statt sechs Monate.
85	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir wollen die bessere Erforschung der Erfolgsfaktoren für soziale Aufwärtsmobilität. Denn das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft ist, dass jeder die Chance hat, aus eigener Kraft erfolgreich zu sein. Um das Versprechen tatsächlich zu gewährleisten, müssen Politik und Gesellschaft besser verstehen, was die tatsächlichen Erfolgsfaktoren für sozialen Aufstieg sind. Hier hat man es sich in der Vergangenheit aber mit Einkommensstatistiken zu einfach gemacht. Andere Faktoren als das Einkommen, die sich positiv auf Motivation und Ehrgeiz auswirken, hat man zu wenig beleuchtet. Hier gilt es zu untersuchen, wie mehr Menschen befähigt werden können, das Leben selbst in die Hand zu nehmen und aus eigener Kraft erfolgreich zu sein. Diese Erkenntnisse ermöglichen erst eine Politik für konsequente Aufstiegschancen für alle.

86	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir wollen ein Ranking der sozialen Aufwärtsmobilität nach Bundesländern in Deutschland einführen. Aus diesem Ranking lässt sich schwarz auf weiß ablesen, in welchen Bundesländern die Menschen ihre Lebensumstände aus eigener Kraft verbessern können und wo Nachholbedarf besteht. Zudem können die Bundesländer voneinander lernen und prüfen, ob Maßnahmen des einen nicht auch auf andere Bundesländer übertragen werden können. So kommen wir schneller zu echter Chancengerechtigkeit in Deutschland. Dann können mehr Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und aus eigener Kraft erfolgreich sein.
87	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung des liberalen Bürgergelds ein. Dabei werden steuerfinanzierte Sozialleistungen wie die Regelleistung und die Unterkunftskosten des Arbeitslosengelds II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, der Kinderzuschlag und das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammengefasst. Das liberale Bürgergeld ist daher nicht bedingungslos. Es macht es für alle Menschen, die auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sind, einfacher und lässt sie nicht länger von Amt zu Amt rennen. Auch die Arbeitsaufnahme lohnt sich mehr, als das heute der Fall ist. Denn aktuell gibt es viele verschiedene Sozialleistungen mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese Leistungen sind oft nicht ausreichend aufeinander und mit dem Steuersystem abgestimmt. Wem welche Leistungen zustehen, ist für die Betroffenen und auch für die Verwaltung oft nicht klar. Das System ist für die Betroffenen schwer durchschaubar und bestraft sogar teilweise die Arbeitsaufnahme. Beispielweise wenn durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit weniger Geld übrigbleibt. Das ist beim Bürgergeld anders. Einkommen wird zudem nur teilweise und damit geringer angerechnet, als beim heutigen System. Ziel ist, dass es sich lohnt, Schritt für Schritt voranzukommen und irgendwann finanziell ganz auf eigenen Beinen zu stehen. Deshalb setzen wir Freie Demokraten auf das liberale Bürgergeld, weil sich damit die eigene Anstrengung immer lohnt.

88	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip organisieren. Denn das Praktische an Bausteinen ist, dass man sie immer wieder neu und vielseitig kombinieren kann. So kann sich jeder flexibel die Altersvorsorge zusammenstellen, die zu seinem Lebensweg passt. Es muss ganz selbstverständlich werden, dass eine individuelle Kombination verschiedener Elemente das spätere Alterseinkommen ausmacht. Es ist unumgänglich, das Rentenniveau in der gesetzlichen Rente daran anzupassen, dass die Menschen in Deutschland immer älter und zugleich weniger werden. Als einzige Alternative zu drastisch steigenden Beitragssätzen ist die ergänzende Vorsorge unverzichtbar. Betriebliche und private Altersvorsorge müssen daher attraktiver werden. Zum Beispiel durch mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Produkte. Zudem sollte ergänzende Altersvorsorge auf eine breitere Basis gestellt werden. Dazu sollte in allen Bereichen geförderter Altersvorsorge die Möglichkeit ausgeweitet werden, auch in Aktien, Infrastruktur und Start-ups zu investieren. So könnte die Mitte der Gesellschaft auch stärker an den Chancen von Globalisierung und Digitalisierung teilhaben lassen. Unser Berufsleben wird zudem immer bunter. Gerade in der digitalen Arbeitswelt warten viele neue Tätigkeitsfelder und Geschäftsideen. Daher wird sich auch die berufliche Situation vieler Menschen häufiger verändern. Sie können öfter zwischen Anstellung und Selbstständigkeit, Voll- und Teilzeit sowie In- und Ausland wechseln. All das muss ohne Nachteile für die eigene Alterssicherung möglich sein. Wer etwa aus der Anstellung in die Selbstständigkeit wechseln will, darf nicht benachteiligt werden, sondern muss zum Beispiel seine Riester-Förderung im „Rentenbaukasten“ behalten können. Diese soll daher künftig ganz einfach allen zur Verfügung stehen.</p>
89	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Versorgungswerken ermöglichen, vermehrt und einfacher in Start-ups, Aktien oder Infrastrukturprojekte zu investieren. Denn eine freiwillige private Altersvorsorge ist künftig unverzichtbar, um den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Die anhaltende Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank verringert jedoch deutlich die Renditen, da Versicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke immer noch in ihren Anlagemöglichkeiten beschränkt sind und daher einen Großteil ihres verwaltenden Kapitals in festverzinslichen Wertpapieren anlegen. Für Sparer und Sparerinnen wird die private Altersvorsorge dadurch unattraktiv. Dabei könnten gerade bei langen Anlagezeiträumen, wie bei der Altersvorsorge, Aktien und alternative Anlageformen Chancen auf eine höhere Rendite bieten. Der langfristige Planungshorizont erlaubt es, temporäre Marktschwankungen auszuhalten. Lebensversicherer, Pensionskassen und Versorgungswerke sollen deshalb verstärkt in Aktien, Infrastrukturprojekte und Unternehmensbeteiligungen investieren können. Dies bietet zugleich die Chance, Kapital für neue Geschäftsideen oder für Deutschlands unterfinanzierte Infrastruktur zu mobilisieren.</p>

90a	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten halten es für richtig, die Einkünfte aus privater und betrieblicher Altersvorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anzurechnen. Auch über die vorgesehenen Begrenzungen soll Vorsorge nur prozentual die Leistungen aus der Grundsicherung mindern. Denn freiwillige Altersvorsorge muss sich für jeden immer auszahlen. Das betrifft zum Beispiel viele Menschen, die lange arbeitslos waren, Teilzeit gearbeitet oder wenig verdient haben.</p> <p>Es kann nicht sein, dass Einnahmen aus der freiwilligen Vorsorge vollständig auf die Grundsicherung angerechnet – also voll abgezogen werden. Wir finden: Der Anreiz zur zusätzlichen Altersvorsorge gegen Altersarmut muss erhalten bleiben. Wer sich anstrengt und vorsorgt, muss ein Alterseinkommen über Grundsicherungsniveau haben. Und er muss mehr haben als derjenige, der nicht vorgesorgt hat.</p>
90b	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen Beantragung und Auszahlung der ergänzenden Grundsicherung im Alter unter einem Dach mit der gesetzlichen Rentenversicherung zusammenführen. Rentnerinnen und Rentner mit unzureichendem Einkommen erhalten so beide Leistungen aus einer Hand. Denn diese sollen ihre Ansprüche auf ergänzende Leistungen auch wahrnehmen. Momentan scheuen allerdings viele Betroffene den Gang zum Sozialamt. Daher beziehen einige Rentnerinnen und Rentner keine Grundsicherung, obwohl sie ihnen zustehen würde. Dieser verdeckten Altersarmut wollen wir entgegenwirken.</p>

91	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen allen Älteren einen flexiblen Übergang in den Ruhestand ermöglichen. Dazu wollen wir ein politisch festgelegtes Renteneintrittsalter und die Hinzuverdienstgrenzen abschaffen. Ob 63, 67 oder sogar 70 – starre Altersgrenzen für den Renteneintritt werden den verschiedenen Lebensentwürfen längst nicht mehr gerecht. Denn viele Ältere sind heute länger fit und aktiv. Sie wollen ihre Erfahrungen weitergeben oder sogar nochmal etwas Neues ausprobieren. Andere wiederum können oder wollen im Alter nicht mehr arbeiten. Daher soll künftig die einfache Regel gelten: Ab 60 entscheidet jeder selbst, wann er in Rente geht. Wer früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine entsprechend höhere Rente. Voraussetzung ist nur, dass das Einkommen aus gesetzlicher Rente und sonstiger Altersvorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegt – also das Existenzminimum abgesichert ist. Die Höhe der Rente berechnet sich anhand der durchschnittlichen Lebenserwartung der jeweiligen Generation und kann sich über die Jahre verändern. Dieser jahrgangsindividuelle Faktor sorgt für eine solide Finanzierung und einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen. Damit trägt jede Generation ihre eigenen Kosten und bürdet sie nicht den nachfolgenden Generationen auf. Zudem setzen wir uns für eine Stärkung der Erwerbsminderungsrenten ein. Wer sich nicht gleich voll zur Ruhe setzen, sondern noch Teilzeit arbeiten möchte, soll es auch einfacher haben als heute. Momentan müssen noch viele Menschen Rentenkürzungen hinnehmen, wenn sie Teilrente und Teilzeitarbeit kombinieren oder nach dem vollen Renteneintritt doch noch einmal wieder arbeiten wollen. Das macht das Arbeiten im Alter für viele unattraktiv. Deshalb wollen wir alle Hinzuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug abschaffen.</p> <p>So kann jeder den Übergang in den Ruhestand so flexibel gestalten, wie er möchte. Und auch die ständigen Diskussionen über die Anhebung des fixen Renteneintrittsalters erübrigen sich.</p>
92	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen allen Bürgerinnen und Bürgern ein persönliches Vorsorgekonto anbieten. Es soll übersichtlich zusammenfassen, wie viel Rente man später aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge insgesamt erhält. Wer möchte, kann sich dieses Konto ganz einfach online auf einem sicheren Bürgerportal einrichten. Natürlich muss jeder dabei die Kontrolle über seine Daten behalten und sich auf höchste Schutzstandards verlassen können. Wir meinen, dass ein solches Vorsorgekonto zu einer besseren und umfassenderen Altersvorsorge führt. Denn wer ausreichend vorsorgen möchte, benötigt einen Überblick über alle Ansprüche, die er schon gesammelt hat. Das standardisierte Vorsorgekonto macht das einfach: Mit ein paar Klicks kann so jeder schnell ermitteln, wie hoch sein Alterseinkommen aus allen Elementen seines „Rentenbalkens“ ist. Dadurch schafft das Konto jederzeit Transparenz und deckt mögliche Vorsorgelücken auf.</p>

285	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten wollen kundenorientierte und innovative soziale Dienstleistungen fördern. Das betrifft die Kinderbetreuung und Jugendhilfe ebenso wie Pflege, Behindertenhilfe oder Gesundheitsversorgung. Dabei setzen wir auf mündige Kunden und einen fairen Wettbewerb der Anbieter im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft. Weil die Menschen am besten wissen, was gut für sie ist, wollen wir sie vom Leistungsempfänger zum Kunden machen. Deshalb wollen wir die Subventionsfinanzierung von Einrichtungen, wo immer möglich und sinnvoll durch Gutscheinformfinanzierung oder Geldleistungen an die zu Unterstützenden ablösen. Wo dies nicht möglich ist, sind Ausschreibungslösungen zu prüfen.</p> <p>Da der Staat auch im sozialen Bereich ein schlechter Produzent ist – sei es als alleiniger Anbieter oder als unfairer Konkurrent auf dem Markt, setzen wir im Sozialmarkt auf den Wettbewerb von Privatunternehmen, Sozialunternehmern und gemeinnützigen Organisationen.</p> <p>Wir wollen faire Wettbewerbsbedingungen für kleine, innovative und private Anbieter gegenüber den etablierten großen Marktteilnehmern und staatlichen Einrichtungen. Denn so werden innovative Lösungen und kundenorientierte Dienstleistungen geschaffen. Neue Formen des Social Entrepreneurship und Start-ups im Sozialbereich verdienen ebenso die Unterstützung der Politik wie Gründerinnen und Gründer im High-Tech-Sektor.</p>
286a	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten erwarten von Unternehmern und Managern, dass sie nach dem Vorbild ehrbarer Kaufleute langfristige Verantwortung für den Unternehmenswert und das Wohl von Mitarbeitern und Vertragspartnern übernehmen. Die Sorge um die Belange der Belegschaft sollte für Unternehmer ebenso selbstverständlich sein wie die Erwirtschaftung angemessener Gewinne. Denn die Soziale Marktwirtschaft lebt gleichermaßen von Unternehmerngeist und Arbeitnehmern, die sich in ihr Unternehmen einbringen. Eine solche Verantwortungsethik ist überdurchschnittlich oft bei Familienunternehmen anzutreffen. Bei ihnen geht es um die Sicherung des Unternehmens über Generationen und nicht um die Maximierung des kurzfristigen Gewinns in Drei-Monats-Zyklen. Auch in großen Aktiengesellschaften müssen Anreize verstärkt werden, damit das Management langfristig denkt.</p>
286b	Vorankommen durch eigene Leistung	<p>Wir Freie Demokraten ermutigen Unternehmen, im Sinne einer wirksamen Corporate Social Responsibility (CSR) sich selbst einen Verhaltenskodex zu geben und zu veröffentlichen – auch wenn sie nicht von der EU-weiten CSR-Berichtspflicht für große Unternehmen betroffen sind. Denn die Beachtung von ethischen Standards, wie zum Beispiel dem Ausschluss von Kinderarbeit in der Produktionskette, sind für uns ein unverzichtbarer Beitrag zu verantwortlichem unternehmerischem Handeln.</p>



287	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen jedem Menschen eine „zweite Chance“ ermöglichen, wenn er wirtschaftlich oder persönlich gescheitert ist. Ein Scheitern oder das Drohen desselben kann viele Gründe haben: die Entwertung von Qualifikationen im Strukturwandel, unternehmerischer Misserfolg, das Scheitern privater Lebensentwürfe, Krankheit oder längerfristige Arbeitslosigkeit. Wir wollen jeden befähigen, immer wieder „einzusteigen“. „Lebenslanges Lernen“ muss daher zum Beispiel auch auf dem Arbeitsmarkt gezielt unterstützt werden, etwa durch Bildungssparen und der Förderung von Weiterbildung in den Unternehmen. Und wer erwerbsfähig ist und die Teilhabe an Arbeit verloren hat, sollte nicht dauerhaft alimentiert werden, sondern Hilfe zu einer erneuten Chance auf Teilhabe erhalten. Dies ist eine zentrale Frage von Fairness. Denn nur wer den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erstmals oder wieder geschafft hat, kann durch fortlaufende Qualifikation auch aufsteigen und vorankommen. Deshalb verteidigen wir einen flexiblen Arbeitsmarkt. Wir wollen zudem erreichen, dass sich eigene Anstrengungen für jeden auch finanziell lohnen. Freibeträge und Anrechnungssätze für eigenes Einkommen sollten im Arbeitslosengeld II neu gestaltet werden. Es muss motivierend sein, die Bedürftigkeit Schritt für Schritt zu verlassen und finanziell wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Gesamtkonzept zum „Empowerment“ für Erwachsene ein. Elemente dieses Gesamtkonzepts sind die Möglichkeit zur Um- und Neuqualifizierung und zur Nachholung von Bildungsabschlüssen, Hilfen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine effektive Schuldnerberatung und erforderlichenfalls psychosoziale Betreuung (zum Beispiel bei Suchterkrankungen).
290	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten sehen die duale Ausbildung als Baustein des wirtschaftlichen Erfolges dieses Landes an. Hier gelingt es, jungen Menschen eine hochqualifizierte berufliche Perspektive auch mit praktischen Tätigkeiten zu geben. Wir werden uns daher auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Form der Ausbildung weiterbesteht, durch Zusatzqualifikationen verbessert wird und dass der Wert der Meisterqualifikation weiter erhalten bleibt.
291	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen Deutschland als wirtschaftsstarkes, mittelständisch geprägtes Land, in dem viele Inhaber und Familien persönlich Verantwortung für ein Unternehmen und seine Beschäftigten tragen, stärken. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und Freiberufler stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung und verdienen unsere Unterstützung. Daher stehen wir für ein Umdenken. Die Flexibilität muss geschützt werden, weitere Verschärfungen der Mindestlohn-Bürokratie lehnen wir ab, die Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge müssen auch für kleinere Anbieter geöffnet werden und die Vorfälligkeit der Sozialversicherungen muss durch ein erleichtertes Beitragsverfahren revidiert werden. Wir denken aus Sicht der praktischen Dienstleistungen.
293	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern und das Ziel steigender Recycling-Quoten voranbringen. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Produktverantwortung, bei dem der Hersteller eines Produkts die Verantwortung für dessen spätere Entsorgung trägt, muss weiter gestärkt werden. Im Gegensatz zum allgemeinen Trend, wieder nach einer stärkeren Rolle der Kreise und Kommunen zu rufen, vertrauen wir weiterhin auf die Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der privaten

		Entsorgungsunternehmen.
312	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten fordern einen flexiblen Arbeitsmarkt, der Männern wie Frauen faire Chancen bietet. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass das größte Hindernis für Frauen im Chefsessel Pausen im Arbeitsleben oder phasenweise Teilzeit darstellen. Um diese Hürden zu überwinden, setzen wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle und digitale Arbeitsplätze ein. Diese sollen es Müttern und Vätern ermöglichen, Familie und Job unter einen Hut zu bekommen.
313	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen mehr Frauen in Führungsverantwortung, sowohl in der Wirtschaft als auch im Öffentlichen Dienst. Frauen sind in der Leitung von Unternehmen sehr erfolgreich und gemischte Teams arbeiten produktiver und erfolgreicher. Wir erwarten daher von Unternehmen in Deutschland eine deutliche Verbesserung des Frauenanteils in Führungspositionen und werden uns dafür auch im Öffentlichen Dienst einsetzen. Eine gesetzliche Quote lehnen wir jedoch ab: So werden Frauen zu Platzhaltern degradiert und nicht entsprechend ihrer Leistungen gewürdigt. Wir setzen vielmehr auf Anreize für die Unternehmen, verbindliche Berichtspflichten und transparente Selbstverpflichtungen.
337	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freien Demokraten setzen uns für eine Digitalisierungsoffensive im Verkehrswesen ein. Damit wollen wir den Verkehr hierzulande mit mehr Digitalisierung wieder auf die Überholspur bringen. Ob auf der Straße, Schiene, über Wasser oder in der Luft - überall bieten sich durch intelligente Verkehrssysteme und Mobilität 4.0 mit vollautomatisiertem und autonomem Fahren große Chancen: Sie sorgen für mehr Sicherheit und mehr Effizienz hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Zeit, Umweltschutz und Infrastrukturnutzung. Dabei möchten wir die einzelnen Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander sinnvoll vernetzen. Deshalb wollen wir Freiräume für die unbürokratische Entwicklung von kreativen und innovativen Angeboten schaffen, ohne dabei den Datenschutz und die Privatsphäre zu gefährden. Dafür wollen wir die Kommunikationsinfrastruktur ausbauen, insbesondere mit der Mobilfunktechnologie 5G. Der nationale und internationale Güterverkehr wird durch Digitalisierung und Vernetzung im kombinierten Verkehr über Straße, Schiene und Wasser an Effizienz und Effektivität gewinnen. Neuartige Transportmittel wie der digitalisierte Lang-LKW, e-Autos, e-bikes, e-Rikschas und Drohnen werden darüber hinaus die individuelle Mobilität, den ÖPNV und den Warenverkehr revolutionieren und langfristig Lagerhallen überflüssig machen. Allerdings sollte die Politik technologieneutral bleiben und keine der Antriebsarten bevorzugen oder benachteiligen. Auch die Wahl der Fortbewegungsweise soll weiterhin in der freien Entscheidung der Bürger bleiben.
357	Vorankommen durch eigene Leistung	Wir Freie Demokraten wollen den Spitzensport in Deutschland fördern. Denn Spitzensportlerinnen und -sportler begeistern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben. Daher muss es für die Sportlerinnen und Sportler attraktiv sein, für unser Land Spitzensport zu betreiben. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund, der Bundeswehr, der Polizei, dem Zoll, der Sporthilfe und den Spitzenverbänden den Hochleistungssport so fördern, dass die Athletinnen und Athleten sich freiheitlich entfalten können. Besonders in

		Ausbildung und Beruf dürfen ihnen keine Nachteile entstehen. Deshalb brauchen wir eine Profilquote bei der Hochschulzulassung. Zudem wollen wir die Unternehmen auch in diesem Bereich für die Unterstützung des Spitzensports sensibilisieren.
32a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Forschung auf dem Gebiet der digitalen Gesundheitsdienstleistungen ein. Solche Dienstleistungen können zum Beispiel die gesundheitliche Aufklärung verbessern oder die Bürokratie im Bereich der Dokumentation verringern. Patienten können leichter an Informationen gelangen und Ärzte sich auf ihre wichtigste Aufgabe – das Erkennen und Heilen von Krankheiten – konzentrieren. Dafür brauchen wir aber eine angemessene Infrastruktur und wir müssen klären, wie wir den Datenschutz gestalten können. Jeder Patient muss über seine Daten selbst bestimmen können. Hierzu wollen wir entsprechende Forschung fördern.
32b	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten streben eine verstärkte Forschung im Gebiet der Mobilität an. Neue Formen der Mobilität wie autonomes Fahren, E-Mobilität und die sinkende Ortsbindung von Arbeit und Freizeit bieten viele Chancen für den Einzelnen und die Gesellschaft. So wird es in Zukunft möglich sein, während dem Autofahren Zeitung zu lesen oder den Arbeitstag vorzubereiten. Der Ansturm auf die großen Ballungsräume könnte sinken, womit auch der Anstieg der Mietpreise gebremst werden kann. Daher wollen wir die entsprechenden Technologien und die nötige Infrastruktur weiter erforschen um Deutschland fit für die mobile Zukunft zu machen.
94	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Verfügungsgewalt über ihre personenbezogenen Daten haben – so ähnlich wie über ihr Eigentum. Niemand soll sie gegen deren Willen nutzen können. Dazu braucht es Transparenz: Jeder muss wissen, wer, wann und warum auf seine Daten zugreift. Wer entschieden hat, staatlichen oder privaten Stellen Zugriff auf sie zu geben, muss auch weiterhin die Kontrolle behalten. Es muss überprüfbar sein, ob sich die Nutzer an die rechtlichen Rahmenbedingungen halten. Die digitale Infrastruktur effektiv zu schützen, ist deshalb staatliche Aufgabe ersten Ranges. In enger Zusammenarbeit mit den hier aktiven Unternehmen müssen Verschlüsselungstechnologien weiterentwickelt werden, ebenso wie die Sicherheit von Speichern und Zugriffssystemen. Sensible Daten sollen nur dann außerhalb der Reichweite deutscher Behörden und Gerichte auf Servern im Ausland gespeichert werden dürfen, wenn das Datenschutzniveau dort dem deutschen im Wesentlichen entspricht.

95	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Für uns Freie Demokraten muss jeder am digitalisierten Leben teilhaben können – sicher und unkompliziert. Unser Vorschlag: eine digital nachweisbare Identität auf Basis eines neuen Personalausweises. Ob gegenüber Behörden, im Gesundheitswesen, im Austausch mit Banken, Unternehmen oder der Nutzer untereinander - überall soll die digital nachweisbare Identität zum Einsatz kommen. Sie soll alle anderen Berechtigungskarten und Identitätsnachweise ersetzen. Für die Sicherheit sorgen neueste Signaturtechnik und zusätzliche Schutzmechanismen, wie zum Beispiel besondere Verschlüsselungsmethoden („Perfect Forward Secrecy“). Geht der Ausweis verloren, kann er unkompliziert deaktiviert werden. Dass all das möglich ist, zeigt das Beispiel Estlands. Dort besitzen bereits jetzt fast alle Bürgerinnen und Bürger eine computerlesbare Identitätskarte, die ihnen einen geschützten Zugang zu den Angeboten des Internets erlaubt. Auf den dort gemachten Erfahrungen wollen wir aufbauen.
95a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass Datenschutz auch in einer modernen digitalen Verwaltung Priorität hat. Die informationelle Gewaltenteilung sichert das Recht auf informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen gegenüber Behörden und staatlichen Stellen. Daten, die bei einer Behörde erhoben werden, dürfen dann nicht an andere Behörden weitergegeben werden oder mit Daten anderer Behörden zusammengeführt werden, wenn der Bürger oder das Unternehmen dies nicht wollen. Das muss auch in Zeiten von Big Data in der Verwaltung so bleiben. Wir sichern dieses Recht ab, indem Bürger ein umfassendes und jederzeitiges Auskunftsrecht darüber erhalten, welche ihrer Daten wo, von wem, wie lange und zu welchem Zweck erfasst und verarbeitet werden.
96	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass es der freien Entscheidung jedes Einzelnen überlassen bleibt, ob er neue technische Möglichkeiten auch nutzen möchte. Problematisch ist etwa der verordnete Einbau des automatischen Notrufsystems „eCall“ in Kraftfahrzeugen.
96a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die ab 2018 geltende EU-Datenschutzgrundverordnung und das deutsche Bundesdatenschutzgesetz aufeinander abstimmen. Damit für Nutzer bester Datenschutz und Rechtssicherheit besteht, müssen wir die Abstimmung möglichst schnell und mit so wenigen Ausnahmen wie möglich vollziehen. So können auch Unternehmen besser planen.
96b	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass die Möglichkeiten im Internet der Dinge genutzt werden können. Internet der Dinge bedeutet, dass Daten in Zukunft bei der Benutzung von Gebrauchsgegenständen des Alltags anfallen. Fitnessarmbänder, selbstfahrende Autos oder Sensoren in Wohnungen von Senioren, die anzeigen, ob sich die Person bewegt – die Möglichkeiten sind fast unbegrenzt. Wir wollen ein modernes Datenrecht, das einerseits die Menschen vor Missbrauch schützt, andererseits aber auch das Recht jedes Einzelnen auf Nutzung seiner Daten ermöglicht. Unser Ziel ist es, dass Innovation möglich bleibt, ohne ungewollt Privatsphäre zu opfern.

96c	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass datenbezogene Geschäftsmodelle und Selbstbestimmtheit im Internet der Dinge sich nicht ausschließen. Dort, wo nicht-personenbezogene Daten in oder durch Maschinen erfasst und gespeichert werden, sollen nicht nur die Hersteller der Geräte und Dienstleister der Services ein Recht an der Nutzung der Daten haben, sondern auch die Nutzer der Maschinen selbst. Wir wollen ein eigentumsähnliches Recht an diesen Daten schaffen, das alle Akteure in die Lage versetzt, die gewonnenen Daten für sich zu nutzen. Damit wollen wir gesellschaftlichen Fortschritt mit Verbraucherschutz und Datensouveränität in Einklang bringen.
96d	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen im modernen Straßenverkehr erhalten. Denn die Veränderung unserer Mobilität durch autonomes Fahren oder teilassistierte Systeme bringt nicht nur mehr individuelle Freiheit, sondern es entsteht auch ein Mehr an Daten, die Begehrlichkeiten wecken. Daher ist sicherzustellen, dass auch die beim Fahren anfallenden personenbezogenen Daten nicht ohne explizite Einwilligung des Betroffenen für Profilbildungen bei Herstellern, Versicherungen oder Behörden verwendet werden.
97a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten kämpfen gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten – sei es aufgrund von Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenerhebung oder automatischer Kennzeichenerfassung mit dauerhafter Datenspeicherung. Denn mehr Daten schaffen nicht mehr Sicherheit. Je größer der Heuhaufen, desto schwieriger wird es, die Stecknadel zu finden. Offensichtlich sind auch nicht fehlende Daten das Problem, sondern fehlendes Personal, um die Spuren zu verfolgen: Von den 15 Terroristen, die in den vergangenen Jahren in Europa Mordanschläge verübten, waren 14 den Behörden bekannt – und dennoch konnten sie ihre verbrecherischen Taten ausführen. Um das zu verhindern, müssen nicht noch mehr Daten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger ohne konkreten Anlass gesammelt werden. Sinnvoller ist es, Gefährder gezielt zu identifizieren und lückenlos zu überwachen.
97b	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen bereits vorhandene Verkehrsdaten im konkreten Verdachtsfall für die Strafverfolgung sichern („Quick Freeze“). Das ist unser Alternativvorschlag zur Vorratsdatenspeicherung. Quick Freeze sichert anlassbezogene Daten, die bei den Telekommunikationsunternehmen ohnehin bereits gespeichert sind. Nimmt eine Strafverfolgungsbehörde bei dringendem Tatverdacht an, diese Daten zur Aufklärung von Straftaten zu benötigen, kann sie anordnen, dass diese vorübergehend „eingefroren“ werden. Ob dem Ermittler die Daten tatsächlich zur Verfügung gestellt („aufgetaut“) werden, entscheidet ein unabhängiges Gericht.

98	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen keine lückenlose Überwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wollen wir sowohl die Möglichkeiten zur Funkzellenabfrage als auch der Bestandsdatenauskunft deutlich einschränken. Beides soll grundsätzlich nur noch möglich sein, wenn ein Gericht es erlaubt. Denn beides greift tief in die Grundrechte ein: Mit der Funkzellenabfrage können Strafverfolgungsbehörden die Verkehrsdaten aller Mobilfunkteilnehmer erheben, die sich in einem bestimmten Zeitraum in einem festgelegten Gebiet aufgehalten haben. Durch die Bestandsdatenauskunft können Behörden zur Strafverfolgung und zur Gefahrenabwehr ermitteln, wem zum Beispiel eine Telefonnummer gehört oder wem zu einem bestimmten Zeitpunkt eine IP-Adresse zugeordnet war. Zusammen mit der neugefassten Vorratsdatenspeicherung können daraus exakte Bewegungsprofile erstellt werden. Das ist für uns ein unangemessener Eingriff in die Grundrechte vieler Menschen. Auch die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität rechtfertigt nicht die lückenlose Überwachung unbescholtener Bürgerinnen und Bürger.
99a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Denn zurzeit sind zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig: das Bundesamt für den Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, die Landesämter für Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Militärischer Abschirmdienst, das Zoll-Kriminalamt und andere mehr. Diese Strukturen wollen wir straffen und stärken. Klare Kompetenzabgrenzung ohne Doppelzuständigkeiten sind das Ziel. Gleichzeitig müssen die Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten und Informationen leichter austauschen können, wenn angemessene rechtliche Voraussetzungen wie etwa ein Anfangsverdacht auf eine Straftat vorliegen. Das ist zum Schutz der Bevölkerung notwendig. Wir Freie Demokraten wissen: Gerade auch ein demokratischer Staat muss sich schützen. Das macht geheimdienstliche Arbeit unerlässlich.
99b	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Die Sicherheitsbehörden brauchen eine effizientere Kontrolle. Denn auch für sie darf es keine rechtsfreien Räume geben. Deshalb wollen wir das parlamentarische Kontrollgremium und die sogenannte G 10-Kommission stärken. Dem Kontrollgremium wird ein Parlamentarischer Geheimdienstbeauftragter zur Seite gestellt, den der Deutsche Bundestag wählt und der die Ermittlungsarbeit übernimmt. Beide – Kontrollgremium und Beauftragter – erhalten ausreichend Sach- und Personalmittel, um ihre Kontrollfunktion professionell zu erfüllen. Ihnen ist jederzeit ohne Anmeldung ungehinderter Zugang zu den Geheimdiensten sowie freie Akteneinsicht vor Ort zu gewähren. Zudem soll das Kontrollgremium auf Antrag von mindestens einem Viertel seiner Mitglieder Geheimdienstmitarbeiter vorladen können. Ihm dürfen künftig keine Auskünfte mehr verweigert werden. Dazu gehört auch die vollständige Information über die Zusammenarbeit des Bundesnachrichtendienstes mit ausländischen Diensten. Dem Kontrollgremium sollen zudem nicht nur Innenpolitiker, sondern auch Mitglieder des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses angehören. Die Zuständigkeit der G 10-Kommission wollen wir auf die gesamte Überwachung der Telekommunikation – auch außerhalb Deutschlands – ausweiten. Diese Maßnahmen richten sich nicht gegen die Geheimdienste, sondern stärken die Legitimation für ihre Arbeit. Denn

		die Privatsphäre unbescholtener Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebsgeheimnisse rechtstreuer Unternehmen müssen vor Ausspähung sicher sein.
102	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern Haushaltspriorität für Polizei und Justiz. Für diese beiden klassischen Hoheitsaufgaben des Staates muss deutlich mehr Geld zur Verfügung stehen. Zusammen mit Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur müssen sie Vorrang vor ideologischen und teuren Prestigeprojekten haben, die viel Geld kosten, aber für die Menschen nichts bewirken. Denn ein Staat, der sich in Kleinigkeiten verzettelt, aber seine Kernaufgaben vernachlässigt, verliert seine Handlungsfähigkeit. Das hat auch Folgen für den Rechtsstaat: Ermittlungen werden wegen Arbeitsüberlastung eingestellt und die Verfahrensdauer steigt. Es ist höchste Zeit für ein Umdenken bei Bund und Ländern. Wir Freie Demokraten sind überzeugt: Eine vernünftige Personal- und Sachausstattung von Polizei und Justiz ist die effektivste Waffe im Kampf gegen Verbrecher.
103	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Für Polizei und Justiz wollen wir Freie Demokraten eine Ausrüstung auf dem neuesten Stand der Technik. Bei der Digitalisierung von Polizei und Justiz braucht es also mehr Tempo. So lassen sich Verfahren beschleunigen und überflüssige Bürokratie abbauen: Online-Klagen und elektronische Aktenführung (E-Justice) sparen Zeit und Geld und erleichtern den Informationsaustausch, zum Beispiel zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Gerichten. Eine mit Smartphones oder Tablets ausgestattete Polizei kann direkt im Außeneinsatz Personalien überprüfen oder Anzeigen aufnehmen. Der Rechtsstaat muss besser organisiert sein als seine Feinde. Das erfordert modernste Technik. Die Straftäter haben diese nämlich auch.
104	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die Sicherheitsbehörden von Nebensächlichkeiten entlasten. Ihre Tätigkeit unterziehen wir einer umfassenden Aufgabenkritik. So muss insbesondere die Polizei den nötigen Freiraum für ihre zentralen Aufgaben bekommen – den Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. An vielen Stellen der Polizeiarbeit ist Entlastung möglich: Man könnte den Bluttest bei unfallfreien Fahrten unter Alkoholeinfluss abschaffen, Cannabis freigeben oder bei Ruhestörungen, Verkehrsunfällen ohne Verletzten, der Begleitung von Schwertransporten und dem Objektschutz die Zuständigkeit auf andere Behörden verlagern. Alle diese Wege wollen wir prüfen. Gleiches gilt für die sogenannten „Victimless Crimes“, also Straftaten ohne Geschädigten. Hier ist zu klären, ob eine Strafverfolgung überhaupt notwendig ist. Zudem werden wir das ständig wachsende Verwaltungs- und Wirtschaftsstrafrecht in den Blick nehmen. Dieser Trend ist zu stoppen und möglichst umzukehren.

105	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten lehnen ein Unternehmensstrafrecht für Deutschland ab. Nach unserer Überzeugung ist jeder Einzelne für sein Tun verantwortlich – auch für seine Entscheidungen als Unternehmer, Geschäftsführer oder Manager. Nach unserem Menschenbild machen sich nicht Unternehmen strafbar, sondern die für sie handelnden Personen. So ist auch das deutsche Strafrecht angelegt; es ist schuldorientiert, knüpft also an menschliches Handeln an. Ein Unternehmensstrafrecht passt also nicht zu unserem Rechtssystem. Es ist aber vor allem unnötig: Was in anderen Ländern Gegenstand des Unternehmensstrafrechts ist, fällt in Deutschland zum Beispiel unter das Wirtschaftsverwaltungsrecht. Auf dieser Grundlage können schon heute erteilte Genehmigungen widerrufen, bestimmte Tätigkeiten untersagt, Unternehmen geschlossen oder gar zwangsweise aufgelöst werden.
106	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern wirksame Maßnahmen gegen den radikalen Salafismus, einer ultra-konservativen Glaubensrichtung innerhalb des Islams. Dabei setzen wir auch auf die Kooperation mit all jenen Musliminnen und Muslimen und entsprechenden Verbänden, die Intoleranz, Gewalt und religiösen Extremismus bekämpfen wollen. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Vorgehen, das Repression und Prävention vereint. Voraussetzung ist eine intensivere Beobachtung gewaltbereiter salafistischer Extremisten durch den Verfassungsschutz. Auf Grundlage der erzielten Erkenntnisse muss alles rechtlich Mögliche unternommen werden, um salafistische Bestrebungen effektiv zu unterbinden: Versammlungs- und Vereinsverbote, konsequente Strafverfolgung, Aus- und Wiedereinreisebeschränkungen für Gefährder sowie deren gezielte Überwachung. Um der Radikalisierung junger Menschen entgegenzuwirken, darf salafistischer Propaganda kein Raum bleiben. Deshalb braucht es eine umfassende Prävention in Schulen, Moscheen, Jugendzentren, aber auch in Internetforen und sozialen Netzwerken. Dabei ist auch pragmatisches und kreatives Vorgehen gefragt. Ein Beispiel wäre, geläuterte Rückkehrer in die Aufklärungsarbeit einzubeziehen, damit sie authentisch von ihren Erlebnissen in Syrien oder dem Irak berichten. Schließlich muss mit mehr Bildungschancen und stärkerer Wertevermittlung dem Salafismus der Nährboden entzogen werden. Die Freiheit zu verteidigen heißt nicht, die Augen vor der wachsenden radikal-islamistischen Bewegung zu verschließen. Bestrebungen, die unsere Demokratie beseitigen wollen, werden wir mit aller Härte spüren lassen, dass diese wehrhaft ist.



107	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten lehnen es entschieden ab, das geltende Waffenrecht weiter zu verschärfen. Dies gilt insbesondere für die Forderung, Waffen und Munition zentral zu lagern. Denn solche Lager ließen sich kaum ausreichend vor Einbruch schützen. Wie die Kriminalstatistik zeigt, spielen legale Waffen nur bei einem kleinen Bruchteil aller Straftaten überhaupt eine Rolle. Die Gefahr für die öffentliche Sicherheit geht dagegen vom illegalen Waffenbesitz aus. Diesen wollen wir konsequent verfolgen. Dazu muss der Handel mit illegalen Waffen erschwert werden – insbesondere durch engere Zusammenarbeit von Zoll, Bundes- und Landespolizei sowie des Verfassungsschutzes. Auch nach den jüngsten Terroranschlägen in Europa bleibt es falsch, menschenverachtende Verbrechen und das Verhalten unbescholtener Bürgerinnen und Bürger zu verquicken. Das deutsche Waffenrecht ist bereits jetzt viel zu kompliziert und muss deshalb unter wissenschaftlicher Begleitung überprüft werden. Sofern verdachtsunabhängige Kontrollen von Waffenbesitzern ohne Beanstandung bleiben, dürfen dafür keine Gebühren anfallen. Die Einführung von Waffensteuern lehnen wir ebenso ab wie den Druck auf Vereine, auf das „Sportliche Bewegungsschießen“ (IPSC) zu verzichten.</p>
108	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten fordern betriebsunabhängige Langzeitkonten für Arbeitszeit, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen. Sowohl die Arbeitswelt als auch unsere privaten Lebensentwürfe haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Die wenigsten von uns fangen direkt nach der Ausbildung einen Job an, in dem sie bis zum Renteneintritt bleiben. Heute wechseln die meisten nach einigen Jahren den Arbeitsort oder den Arbeitgeber und suchen neue Herausforderungen im Beruf oder auch im Privaten. Damit jeder seinen individuellen Lebensweg beschreiten kann, brauchen wir mehr Freiräume und hierfür flexiblere Instrumente. Ein entscheidendes Element hierfür kann ein Langzeitkonto sein – zum Beispiel für mehr Luft in der „Rush-Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, ein Postgraduiertenstudium oder wenn man mit einem Sabbatical einmal aussetzen will. Ein Langzeitkonto (auch Wertguthaben- oder Zeitwertkonto genannt) funktioniert so: In einer arbeitsintensiven Phase sammeln Arbeitnehmer Überstunden, Boni, Resturlaub und Sonderzahlungen an. Diese werden in ein Wertguthaben auf dem Langzeitkonto umgewandelt. Auch über eine steuerfreie Entgeltumwandlung von Teilen des Gehaltes und Zuschüsse des Arbeitgebers kann man Geld ansparen. All das ist bereits jetzt nach dem Flexi II-Gesetz möglich, allerdings ist die Verbreitung insbesondere in mittelständischen Unternehmen noch sehr gering. Wir Freie Demokraten fordern einen Rechtsanspruch auf ein solches Langzeitkonto. Dieses soll unabhängig vom Arbeitgeber sein, also auch einfacher als heute übertragbar sein. Das Guthaben soll für alle Formen der Freistellungen genutzt werden können, bestehende Einschränkungen etwa in der Kombination mit Elterngeld sollen beseitigt werden. Seitens der Unternehmen brauchen wir Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten und der Entstehung von Urlaubsansprüchen während der Auszeiten. Zudem sollte es mehr Freiheiten bei der Kapitalanlage geben. Damit schaffen wir einen großen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umsetzung individueller Vorstellungen in der Lebensführung.</p>

109	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen. Die digitale Arbeitswelt eröffnet mehr Spielraum für die moderne Arbeitswelt - also wann und wo gearbeitet werden kann. Gleichzeitig findet ein Umdenken statt: Weg von der Stechuhr, hin zum projektorientierten Arbeiten. Arbeitsformen wie die Vertrauensarbeitszeit stellen die Aufgaben in den Vordergrund, nicht die Stunden, die man am Arbeitsplatz absitzt. Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren und die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht bzw. zehn Stunden, sowie die elf stündige Ruhezeit aufheben. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vorgegeben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Gesetzliche Regelungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung halten wir nicht für sinnvoll. Den Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze müssen wir entbürokratisieren. Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Recht auf Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange dagegen stehen. Auch die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss gewahrt bleiben. Projektorientiertes Arbeiten stellt bisherige Regelungen des Arbeitsrechtes in Frage und hochqualifizierte, mobile Menschen wünschen immer häufiger freie Formen der Arbeitsgestaltung. Die Politik muss diesen Trends folgen und darf nicht mit immer mehr einschränkenden Vorgaben in die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und -nehmer eingreifen. Auch alte Regulierungen der Industriegesellschaft passen nicht mehr auf die neue Wirklichkeit und müssen auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Für eine zukunftssichere Arbeitswelt müssen diese und ähnliche Verordnungen im Gestern verbleiben.</p>
111	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen, dass die Doppelte Staatsangehörigkeit bzw. die Mehrstaatlichkeit grundsätzlich möglich ist. Einwanderer müssen zu deutschen Staatsbürgern werden können, ohne ihre kulturellen Wurzeln aufzugeben. Für eine Einbürgerung gibt es aber klare Vorgaben, zum Beispiel gute Sprachkenntnisse, eine bestimmte Aufenthaltsdauer und nicht zuletzt die Akzeptanz unseres Grundgesetzes. Wer das erfüllt, muss Deutscher werden können – ohne den Zwang, seine alte Staatsbürgerschaft abzulegen. Damit ist für uns Freie Demokraten klar: Eine Einbürgerung kann zwar die Integration fördern; aber sie setzt auch voraus, dass der Einbürgerungswillige auf dem Integrationsweg bereits vorangekommen ist. Ohne ein Band der Zugehörigkeit und ein klares Bekenntnis zu unserem Staat ist eine Einbürgerung für uns undenkbar.</p>
112	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten fordern mehr gesellschaftliche Wertschätzung und Würdigung der Pflege. Die Vergütung der Arbeit in der Pflege muss die fachliche Qualifikation widerspiegeln. Damit fördern wir die Attraktivität des Berufes. Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre. Eine generalisierte Einheitsausbildung lehnen wir ab. So erhalten wir eine kompetente Kinder-, Kranken- und Altenpflege. Zudem wollen wir familienfreundliche Arbeitszeitmodelle fördern.</p>

113	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern den Vorrang ambulanter vor stationärer Pflege. Der Grundsatz der Entscheidungsfreiheit muss auch in der Pflege erhalten bleiben. Die Pflege durch Angehörige soll genauso finanziert werden wie die Pflege durch ambulante Pflegedienste.
116	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen mit den Angeboten von Palliativmedizin und Hospizen Leid am Lebensende mindern. Menschenwürdig leben bis zuletzt – das ist unser Ziel, wenn es um das Lebensende geht. Deshalb treten wir für den weiteren Ausbau von Palliativmedizin auch in Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie Hospizen und Hospizdiensten ein. Dabei sind besonders auch ambulante Dienste von Bedeutung, denn viele sterbende Menschen möchten ihre letzten Tage zu Hause in vertrauter Umgebung verbringen. Mit dem Rechtsanspruch auf spezialisierte ambulante Palliativmedizin (SAPV) sind die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen worden. Dies muss weiter in der Versorgungsrealität umgesetzt werden. Die SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und einem Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.
117	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern Rechtssicherheit für Ärzte in der Sterbebegleitung. Über sein eigenes Leben entscheidet immer der einzelne Mensch in Selbstbestimmung. Freiheit und Selbstbestimmung ist der Kern der Menschenwürde. Artikel 1 des Grundgesetzes schreibt fest, dass die Menschenwürde ausnahmslos immer gilt, so auch im Angesicht des Todes. Der Entschluss, sein Leben zu beenden, ist deswegen nicht strafbar. Deshalb darf auch die Beihilfe zum Suizid nicht kriminalisiert werden. Die erfolgte Verschärfung der Rechtslage wollen wir rückgängig machen. Das ärztliche Standesrecht unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland teilweise stark. Daher fordern wir eine bundeseinheitliche Regelung unter welchen Umständen die ärztliche Assistenz bei der Selbsttötung sanktionsfrei ist. Dies eröffnet Ärzten die benötigte Sicherheit und betroffenen Patienten qualifizierte Begleitung in ihren letzten Stunden.
118	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern mehr Barrierefreiheit. Die Möglichkeit, an allen Facetten des Lebens teilzunehmen, ist Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Damit ältere Menschen und Menschen mit Einschränkungen ungehindert am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, müssen wir Barrieren abbauen. Bei begrenzten Ressourcen können wir gerade mit Blick auf ältere Menschen mit dem Ansatz der Barrierearmut gegebenenfalls noch mehr erreichen als mit dem Ansatz der Barrierefreiheit – dies muss im Einzelfall geprüft und abgewogen werden.
119	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Von allen, die in Deutschland leben wollen, fordern wir Freie Demokraten Respekt vor den Grundrechten, dem Rechtsstaat und seinen Gesetzen ein. In Sachen innerer Liberalität und Toleranz kann es für niemanden Rabatt geben. Die Werte unseres Grundgesetzes sind nicht verhandelbar. Sie garantieren die Gleichberechtigung der Geschlechter, den Schutz von Minderheiten, die sexuelle Identität und die Religionsfreiheit – auch in der Form, ganz frei von Religion zu leben oder sich satirisch mit Religionen auseinanderzusetzen. Toleranz gegenüber der Intoleranz darf es nicht geben. Wer das nicht respektiert, ist falsch bei uns. Der Staat des Grundgesetzes ist jedoch offen für alle, die seine Werte teilen – unabhängig von Religion und Weltanschauung.

120	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten stellen Extremisten und Ressentiments Weltoffenheit entgegen. Terror- und Gewaltakte in Europa und auf der ganzen Welt verunsichern viele Menschen. In blindem Aktionismus werden nach den grausamen Taten hektisch geschnürte Gesetzespakete diskutiert, die keine Sicherheit bringen, sondern Überwachung und Ausgrenzung von Minderheiten bedeuten. Wir Freie Demokraten stellen uns dem Populismus entgegen und treten für die Verteidigung unserer Freiheit und die Vielfalt in unserer Gesellschaft ein. Dazu gehören für uns kurzfristig wirksame Maßnahmen gegen Extremisten, wie Vereinsverbote und konsequente Strafverfolgung, aber auch ein langfristiges Konzept, welches mit besseren Bildungschancen und Wertevermittlungen Extremismus den Nährboden entzieht.
121a	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern die Öffnung der Ehe für alle. In der halben EU, den USA, Kanada, Südafrika und selbst in Teilen Mittel- und Südamerikas wurde die gleichgeschlechtliche Ehe anerkannt. In Deutschland dagegen stellt man sich immer noch gegen ein Stück Fortschritt, der für viele gar nichts, aber für manche alles ändert. Wir Freie Demokraten wollen das Prinzip „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ für alle Paare umsetzen.
121b	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeit zur Adoption vereinfachen. Weiterhin treten wir für das volle Adoptionsrecht durch eingetragene Lebenspartner ein. Denn Studien belegen: Gleichgeschlechtliche Eltern stehen heterosexuellen Eltern in nichts nach. Wir wollen zudem, dass bei Stiefkindadoptionen das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten bleibt, sofern dies von Mutter, Vater und adoptionswilligem Stiefelternteil einvernehmlich gewünscht wird und es dem Kindeswohl nicht widerspricht. Schließlich soll im Regelfall auch ein Altersunterschied von über 50 Jahren zwischen dem Kind und den Eltern keinen Zweifel an der Erziehungsfähigkeit begründen.
122	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einführung der Verantwortungsgemeinschaft als Rechtsinstitut ein. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung – jenseits von Verwandtschaft oder Liebesbeziehungen. Deshalb wollen wir im Bürgerlichen Gesetzbuch neben der Ehe das Rechtsinstitut der Verantwortungsgemeinschaft mit flexiblen Bausteinen der Verantwortungsübernahme zwischen zwei oder mehreren Personen einführen. Um Rechtsklarheit gegenüber anderen Verpflichtungen zu wahren, dürfen diese Personen weder verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie miteinander verwandt sein. Begünstigungen durch den Staat im Steuer- und Sozialrecht, aber auch im Erbrecht, sind nur gerechtfertigt, wenn die Partner volle Unterhalts- und Instandspflichten wie Ehegatten übernehmen.

123	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern einen offenen Umgang mit den Möglichkeiten der modernen Reproduktionsmedizin. Das Kindeswohl hängt von der Liebe der Eltern ab, nicht von der Art der Zeugung. Liebe und Kinderwunsch sind die persönlichsten Entscheidungen im Leben von Menschen. Der Staat sollte freie Entscheidungen ermöglichen. Er hat dabei die Aufgabe, die ethischen Grenzen zu definieren. Homosexuellen Paaren muss ebenso wie Nichtverheirateten ein einfacher Zugang zur künstlichen Befruchtung ermöglicht werden. Aufgrund neuerer Urteile zur Kenntnis der Abstammung ist das System der Samenspende in der Reproduktionsmedizin in Gefahr. Samenspender müssen daher, soweit es sich um eine "anonyme" Samenspende handelt, von Unterhalts- und Erbansprüchen des Kindes freigestellt werden. Zugleich muss gewährleistet sein, dass das Kind seinen Rechtsanspruch auf Kenntnis seiner Abstammung durchsetzen kann. Leihmutterchaft und Eizellenspenden sind in vielen Staaten der EU bereits legal. Dies soll auch in Deutschland unter engen Voraussetzungen erlaubt werden, um Paaren mit unerfülltem Kinderwunsch die Entscheidung zu ersparen, auf die eigene Familie zu verzichten oder kostspielige und teils riskante Möglichkeiten im Ausland wahrzunehmen.
124	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten halten nichts von „Nudging“. Das sogenannte „Nudging“ bezeichnet Methoden, die auf unterbewusste Verhaltensmuster von Menschen abzielen, um diese unerkannt zu lenken. Dieses Politik-Instrument verstößt unserer Ansicht nach gegen die Gebote der Transparenz und öffentlichen Darlegung. Wenn die Politik die Bürger lenken möchte, dann soll sie es offen tun und klar sagen, was sie will. Denn nur so kann die Politik auch Gegenstand einer öffentlichen und demokratischen Debatte sein.
125	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten sind für die Selbstbestimmung von Verbrauchern. Denn wir vertrauen auf die mündigen Bürger und überlassen ihnen die Verantwortung für ihre Konsumententscheidungen. Eine notwendige Bedingung für souveräne Konsumententscheidungen sind bessere Informationen und Transparenz über Produkte, Dienstleistungen und Datennutzung. Das hilft den Menschen mehr, als immer neue Vorschriften. Denn jede und jeder weiß selbst am besten, was gut für ihn ist.
126	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser eingesetzt wären. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern erst recht den Einstieg zu härteren Drogen. Wir setzen uns dafür ein, den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Denn nur mit einem kontrollierten Verkauf in lizenzierten Geschäften, kann die Qualität kontrolliert und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert sowie der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis dabei ähnlich wie Zigaretten besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro zusätzlich eingenommen werden. Dieses zusätzliche Geld soll für Prävention, Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden.

128	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist für uns ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns, zum Beispiel ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen und erfüllt eine wertvolle Aufgabe bei der Erziehung unserer Kinder. Denn der Umgang mit Geld lernt sich am besten mit Scheinen und Münzen. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten. Wir Freie Demokraten fordern daher den Erhalt des Bargelds – wenn nötig mit einer Garantie im Grundgesetz.
129	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Alternativformulierungen</p> <p>Variante A: Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern sowohl im gesellschaftlichen Bewusstsein als auch in der Rechtsprechung implementieren. Denn Kinder haben ein Recht auf beide Elternteile, auch nach einer Trennung und Scheidung. Das BGB setzt derzeit jedoch an verschiedenen Stellen voraus, dass minderjährige Kinder nach Trennung und Scheidung ihrer Eltern bei einem der beiden Elternteile leben, und der andere Elternteil seinen Unterhaltspflichten durch Barzahlungen nachkommt (Residenzmodell). In den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten haben sich die Lebenswirklichkeiten der Familien und die Betreuungsmodelle aber geändert. Nach Trennung und Scheidung praktizieren Eltern häufiger Betreuungsmodelle, bei denen entweder beide Elternteile die Kinder im gleichen Umfang betreuen (paritätisches Wechselmodell) oder der zeitliche Umfang der Betreuung über die im Residenzmodell üblichen Umgangskontakte hinausgeht (asymmetrisches Wechselmodell). Die gesellschaftliche Entwicklung vom starren Residenzmodell hin zu individuellen Lösungen für das Kind kann in der momentanen Rechtsprechung jedoch nicht abgebildet werden. Es geht deshalb nun darum, dass die Abgrenzung von Residenz- und Wechselmodell in ihrer jeweiligen Ausprägung mehr und mehr verschwindet und zugunsten passgenauer individueller Lösungen überwunden wird. Gesetzgebung und Rechtsprechung, die Beratungspraxis der Behörden, insbesondere der Jugendämter, haben dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Ziel der gesetzgeberischen Entwicklungen muss es sein, im Rahmen des Kindeswohles dem Recht von Kindern auf beide Elternteile Rechnung zu tragen. Alle Betreuungsmöglichkeiten bzw. Aufteilungen sollen zukünftig gleichberechtigt nebeneinander stehen, es wird kein bestimmtes Modell präferiert. Das Gesetz muss die „modelloffene“ Wahrnehmung der gesamten elterlichen Verantwortung unter Maßgabe des Kindeswohles vorsehen. Auch das Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht sind zu überprüfen und gegebenenfalls dahingehend anzupassen, dass sie individuellen Lösungen von elterlicher Verantwortung und Kindesaufenthalt angemessen Rechnung tragen.</p> <p>Variante B: Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ als Modell zur Regelung der Betreuung minderjähriger Kinder nach</p>

		<p>Trennung und Scheidung der Eltern zum Regelfall machen. Dies bedeutet eine gemeinsame Betreuung der Kinder mit zeitlicher Verteilung zwischen ein Drittel/zwei Drittel bis hin zur hälftigen Teilung. Falls die Eltern sich bei einer Trennung nicht über den gewöhnlichen Aufenthalt ihrer Kinder einigen können, so entscheidet ein Familiengericht. Wir sind der Ansicht, dass das Wechselmodell dem Kindeswohl besser Rechnung trägt und wollen daher, dass die Gerichte dieses künftig als Regelmodell anwenden. Deshalb fordern wir im Einklang mit der Wissenschaft, internationalen Rechtsnormen und den Empfehlungen des Ausschusses für Antidiskriminierung und Gleichstellung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine neue Rechtsgrundlage: Zukünftig ist im Streitfall durch die Familiengerichte grundsätzlich anzunehmen, dass die gemeinsame elterliche Betreuung von Trennungskindern in der Regel dem Kindeswohl am besten entspricht (Vorrang des Prinzips der Doppelresidenz, analog zur elterlichen Sorge). Im Einzelfall kann diese Annahme Gegenstand der gerichtlichen Überprüfung sein. Andere Gestaltungen zum Wohle des Kindes können notwendig sein. Entsprechend wollen wir auch das Unterhaltsrecht, das Recht der rechtlichen Vertretung des Kindes, das Sozialrecht, das Steuerrecht und das Rentenrecht überprüfen und dort anpassen, wo individuelle Lösungen von elterlicher Betreuung und Kindesaufenthalt dies erfordern.</p>
142	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für besseren Schutz von Daten ein, die in die USA übermittelt werden. Die USA bleiben ein zentraler Akteur in der digitalen Welt. Unzählige Internetunternehmen, darunter die größten der Welt, haben hier ihren Sitz. Allerdings sind personenbezogene Daten bei Verbindungen in die USA deutlich schlechter geschützt, als es innerhalb von Europa der Fall ist. Mit dem vereinbarten „Privacy Shield“ als Nachfolger der „Safe-Harbor Regelung“ gibt es nur unzulänglichen Schutz. Daher fordern wir, einen wirksamen Datenschutz in Freihandelsabkommen wie TTIP mit aufzunehmen. Freihandelsabkommen sind eine Chance für die Öffnung des Weltmarktes und die internationale Zusammenarbeit. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, die Durchsetzbarkeit von Daten- und Verbraucherrecht international zu stärken.</p>
220	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Selbstständige und Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft besseren Zugang zu Kapital erhalten. Dafür wollen wir die Förderung der Kreativwirtschaft stärker als bisher bei der Ausrichtung der Innovationspolitik berücksichtigen und staatliche Förderprogramme daraufhin überprüfen, inwieweit sie für die Kreativwirtschaft geeignet sind und entsprechend geöffnet werden können. Denn die Kultur- und Kreativwirtschaft ist eine starke Wirtschaftsbranche in Deutschland. Die Produkte und Dienstleistungen der Kultur- und Kreativwirtschaft bestimmen und bereichern unseren Alltag. Die Kreativwirtschaft ist Impulsgeber und Innovationsmotor für Wirtschaft und Gesellschaft zugleich. Die Kultur- und Kreativwirtschaft gehört daher stärker in das Zentrum der Wirtschaftspolitik gerückt.</p>

222	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen Kinderarmut bekämpfen und deshalb Kinder in den Mittelpunkt der familienpolitischen Förderung rücken. Dazu wollen wir die bisher den Eltern zustehenden, kindesbezogenen Leistungen zu einem „Kindergeld 2.0“ zusammenfassen und damit einen eigenständigen Anspruch des Kindes schaffen. Denn Chancengerechtigkeit und Bildungszugang ist die Grundlage für das persönliche Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Heute haben Kinder in Deutschland aber noch ungleiche Startchancen im Leben. Ein Grund dafür ist, dass bei familienbezogenen Leistungen wegen der zahlreichen Bedingungen, Berechtigungen, Anrechenbarkeiten und Auszahlungsstellen kompliziert geregelt sind und Kinderarmut nicht ausreichend entgegenwirken. So werden zum Beispiel familienbezogene Leistungen wie Kindergeld, Betreuungsgeld oder Unterhaltsvorschuss auf Leistungen nach dem SGB II angerechnet. Das wollen wir ändern und den Strauß der bisherigen kindesbezogenen Leistungen zu einem Leistungspaket bündeln, das von einer zentralen Stelle ausbezahlt wird.</p> <p>Dieses „Kindergeld 2.0“ besteht aus folgenden Komponenten: Erstens dem einkommensunabhängigen Grundbetrag, zweitens dem einkommensabhängigen Kinder-Bürgergeld (Flexibetrag), das die wirtschaftliche Situation der Eltern berücksichtigt, und drittens den Gutscheinen für Leistungen für Bildung und Teilhabe. Darüber soll zum Beispiel die Mitgliedschaft im Sportverein oder das Erlernen eines Musikinstrumentes in einer Musikschule unbürokratisch möglich sein. Diese Neuregelung des Kindergeldes soll sicherstellen, dass die Leistungen auch bei den Kindern ankommen. Falls Erziehungsberechtigte hier Geld zweckentfremden, ermöglicht der eigenständige Anspruch des Kindes, das Geld anderweitig verwalten zu lassen, zum Beispiel von Verwandten oder dem Jugendamt. Zudem fallen durch die Bündelung der Leistungen unnötige bürokratische Hemmnisse weg.</p>
226	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für Religionsfreiheit und die Gleichbehandlung von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein. Denn zur Freiheit des Einzelnen gehört die Suche nach dem Sinn und den Werten des eigenen Lebens, die viele Menschen in ihrer persönlichen Glaubensüberzeugung und Weltanschauung finden. Daher soll jeder seine Religion ausüben oder seiner atheistischen oder agnostischen Überzeugung folgen können. Zentral ist für uns bei jeder Religionsausübung die Orientierung am Grundgesetz. Wo das Grundgesetz als objektive Werteordnung unserer Gesellschaft missachtet und Gesetze verletzt werden, enden Toleranz und Respekt. Verständnis für religiösen oder ideologischen Fundamentalismus darf es nicht geben. In diesem Zusammenhang lehnen wir auch die Einflussnahme aus dem Ausland durch die Finanzierung religiöser Vereine und Einrichtungen ab, wie zum Beispiel durch die Türkei und Saudi-Arabien in Bezug auf bestimmte Moscheengemeinden.</p>



228	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die berufsständischen Versorgungswerke dauerhaft erhalten und für alle Berufsgruppen verbindlich regeln, wann sich jemand von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung zugunsten einer Mitgliedschaft in einem berufsständischen Versorgungswerk befreien lassen kann. Denn Freiberufler erfüllen ihre Vorsorgepflicht bereits heute durch die Mitgliedschaft in berufsständischen Versorgungswerken. Diese Einrichtungen verwalten sich selbst und kommen ohne staatliche Zuschüsse aus. Das wollen wir fördern und dabei Doppelbelastungen durch eine Mitgliedschaft in beiden Systemen vermeiden.
230	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die Verwaltungskosten der gesetzlichen Rentenversicherung senken. Denn die Beiträge der Versicherten sollen nicht für unnötige Verwaltungsausgaben verschwendet werden. Zum Beispiel werden hierbei parallele Softwaresysteme eingesetzt und dafür mehrere Rechenzentren unterhalten. Deshalb wollen wir die elektronische Datenverarbeitung effizienter gestalten. Zudem gibt es historisch bedingt innerhalb der Deutschen Rentenversicherung Doppelstrukturen, die hohe Kosten verursachen. Deshalb brauchen wir eine straffere Organisation, die Bundes- und Regionalträger zugunsten eines schlanken Trägers zusammenführt.
231	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen Selbstständige zur Altersvorsorge verpflichten und ihnen zugleich ein umfassendes Wahl- und Gestaltungsrecht bei der Vorsorgeform einräumen. Denn zahlreiche Selbstständige haben heute im Alter kein ausreichendes Einkommen. Sie sind auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen müssen. Um dieser Gefahr vorzubeugen, sollen Selbstständige künftig für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Sie soll zu einer Rente führen, die oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegt. Alle Selbstständigen, die nicht Pflichtmitglied in einem berufsspezifischen Alterssicherungssystem sind, sollen dabei die Freiheit haben, ihre Vorsorgeform selbst zu wählen. So können sie entscheiden, ob sie privat etwa im Rahmen einer steuerlich geförderten Basisrente oder freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Alter vorsorgen. Die Pflichtversicherung einzelner Selbstständiger in der gesetzlichen Rentenversicherung wollen wir abschaffen. Neben Rentenversicherungsverträgen sollen auch Fonds, Immobilien und Rückstellungen aus dem Betriebsvermögen anerkannt werden. Zusätzlich zu dieser Wahlfreiheit wollen wir weitreichende Übergangsvorschriften und Karenzzeiten für Gründer schaffen, um größtmögliche Eigenständigkeit, Flexibilität und Freiheit der Selbstständigen zu gewährleisten.

232	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen ein einheitliches Rentenrecht für ganz Deutschland schaffen, mit einheitlichem Rentenwert, einheitlichen Entgeltpunkten und einheitlicher Beitragsbemessungsgrenze. Denn heute werden Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost und West ungleich behandelt. Das ist über 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr gerechtfertigt. Die Angleichung des Rentenrechts ist für uns daher ein Gebot der Fairness.
264	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern, dass die Bundesländer ihrer finanziellen Verantwortung für die Investitionen wieder nachkommen und die Gelder der Versicherten für die medizinische Versorgung ausgegeben werden. Denn Großgeräte und Gebäude der Krankenhäuser werden seit Jahren von den verantwortlichen Ländern nicht ausreichend finanziert. Deshalb werden Krankenhäuser häufig gezwungen, Gelder zu zweckentfremden, die für medizinische und pflegerische Leistungen am Patienten vorgesehen und notwendig sind. Wir Freie Demokraten setzen dazu auf ein Anreizsystem, wonach diejenigen Länder, die ihren Investitionsverpflichtungen nachkommen, vom Bund einen Zuschuss erhalten. Neben der Ausweitung der Investitionsbudgets ist es aber auch erforderlich, zu einer sinnvollen Profil- und Zentrenbildung bei den Krankenhäusern zu kommen. Nicht jedes Krankenhaus einer Region muss alle Leistungen eines Maximalversorgers anbieten. Darüber hinaus führen höhere Fallzahlen in spezialisierten Zentren erfahrungsgemäß zu einer höheren Ergebnisqualität für die Patienten.
266	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass ökonomische Fehlanreize bei der Patientenversorgung beseitigt werden. Denn im Fallpauschalen-Katalog für das Krankenhaus bestehen ökonomische Fehlanreize durch sehr breite Misch-Fallpauschalen. Insbesondere innovative Methoden mit bisher kleinen Fallzahlen erleiden hier Nachteile gegenüber überbezahlten Standardmethoden - denn Qualität und Innovation werden innerhalb der Fallpauschalen nicht honoriert. Daher sollte das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus beauftragt werden, das Fallpauschalensystem auf entsprechende Fehlanreize zu überprüfen und den Split von Fallpauschalen nicht nur bei statistischer Kostenvarianz, sondern auch unter Qualitätsaspekten vorzunehmen.

267	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass gesetzliche Krankenkassen über die Leistungen, die sie anbieten, stärker miteinander in den Wettbewerb treten können. Denn ein solcher Wettbewerb trägt dazu bei, dass Patientinnen und Patienten gut versorgt werden und schneller von medizinischen Fortschritten profitieren. Dazu wollen wir den gesetzlichen Spielraum für Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern ausweiten, um innovative Versorgungsformen zu stärken. Verträge für Krankenhaus-Leistungen müssen über die integrierte Versorgung hinaus möglich sein. Wir wollen dazu das Instrument der Qualitätsverträge dauerhaft einführen und die bisherigen Beschränkungen auf wenige Indikationen aufheben. Denn durch diese Verträge können Krankenkassen mit Krankenhausträgern gegen zusätzliche Anreize höherwertige Qualitätsanforderungen vereinbaren und dadurch die qualitativ hochwertige Versorgung der Patientinnen und Patienten fördern. Außerdem sollte bei integrierten und bei rein ambulanten Verträgen der besonderen Versorgung auf den Nachweis der Wirtschaftlichkeit verzichtet werden, wenn eine besondere Qualität der Versorgung erreicht wird.
268	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Innovationen in der Medizin die Patientinnen und Patienten in Deutschland schneller erreichen können. Deshalb sollen die Anforderungen an die Bewertung von Nutzen und Risiken neuer Methoden transparent und überprüfbar sein, vor allem bei seltenen Erkrankungen (orphan diseases). Sofern der Patientenschutz gesichert ist, sollen sie jedoch nicht ständig verschärft werden. Zudem sollte die Bewertung rasch erfolgen und Unterschiede zwischen Arzneimitteln und Methoden mit Medizinprodukten müssen bei den Bewertungsverfahren berücksichtigt werden.
272	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass bei Heil- und Pflegeberufen die Patientinnen und Patienten im Vordergrund stehen und nicht die Bürokratie. Daher wollen wir den Aufwand für Bürokratie und Dokumentation vermindern, damit mehr Zeit für Zuwendung zu pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung steht. Ein Lösungsansatz ist unter anderem die verstärkte Nutzung von IT- und Assistenzsystemen. So stellen wir eine menschenwürdige Begleitung sicher.
273	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen ein starkes System ambulanter Versorgung. Stationäre und ambulante Versorgung leisten herausragende und unverzichtbare Beiträge zu einer medizinischen Versorgung, die zu den Wünschen und zur Lebenssituation der Patienten passt. Eine Reihe von Behandlungsmethoden könnte aus dem Krankenhaus in den (kostengünstigeren) ambulanten Sektor überführt werden. Die dafür notwendigen Verfahren im Bewertungsausschuss und im gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) müssen beschleunigt werden. Es sollte gesetzlich klargestellt werden, dass für die Dauer der Entscheidungsverfahren die stationäre Vergütung erhalten bleibt. Wir wollen ein eigenständiges Vergütungssystem für ambulantes Operieren. Wir werden Hemmnisse der Zusammenarbeit beseitigen und uns dafür stark machen, dass diese sektorenübergreifende Arbeit auch fair honoriert wird. Dazu gehört auch, die Fehlentwicklungen der morbiditätsorientierten Geldverteilung zu korrigieren. Einfach ausgedrückt: Wer nur noch Krankheit bezahlt, wird am Ende keine Gesundheit bekommen.

274	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Budgetierung im Gesundheitswesen abschaffen. Sie hat zu einer Unterfinanzierung der medizinischen Versorgung sowie zu einem Ausbluten in den ländlichen Regionen und sozialen Brennpunkten geführt.</p> <p>Derzeit leisten die Bürgerinnen und Bürger Zusatzbeiträge, ohne damit direkt Einfluss auf Art und Qualität der Behandlung nehmen zu können. Gleichzeitig werden ihnen Untersuchungen und Therapien durch Budgetierung und versteckte Zwangsrationierung vorenthalten. Das schafft bei Patientinnen und Patienten Unzufriedenheit und Unsicherheit und ist eine drastische Form von Ungerechtigkeit. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger über ihre Behandlung mitentscheiden können und Leistungen sowie Kosten transparent werden. Nur so werden die Patientinnen und Patienten die erbrachten Leistungen auf ihre Notwendigkeit hin kontrollieren können. Dazu sollen sie die freie Wahl zwischen verschiedenen Tarifen und Selbstbeteiligungen haben. Wir wollen, dass die Menschen durch Informationsangebote zum besseren Selbstmanagement befähigt werden. Dabei sind klare Härtefall- und Überforderungsregelungen aufzustellen, damit die Kosten für Gesundheit niemanden überfordern.</p>
275	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Selbstverwaltung als Element von Freiberuflichkeit und Selbstorganisation wieder von staatlichen Fesseln befreit wird. Denn ein Großteil der Berufe im Gesundheitswesen sind freie Berufe. Sie sollen in der Behandlung nur ihrem Wissen und Gewissen, ihrer Ausbildung und Erfahrung und vor allem ihren Patientinnen und Patienten verpflichtet sein. Dafür brauchen sie Freiheit von staatlichen und wirtschaftlichen Zwängen. Das Selbstverwaltungsstärkungsgesetz hat die Entscheidungshoheit der Heilberufler eingeschränkt und ihnen weitere Bürokratiehürden auferlegt. Daher lehnen wir es ab.</p>
276	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen die ambulante Patientenversorgung flächendeckend, wohnortnah und auf hohem Qualitätsniveau sicherstellen. Das gilt insbesondere im ländlichen Raum, wo die Attraktivität des niedergelassenen Arztberufes zu steigern ist. Dazu dient unter anderem die weitere Schaffung von Lehrstühlen für Allgemeinmedizin, die bessere Vernetzung von Lehrpraxen mit medizinischen Fakultäten und die Förderung von Weiterbildungsverbänden zwischen Praxen und Krankenhäusern.</p> <p>Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass der Wiedereinstieg in den ärztlichen Beruf zum Beispiel nach Eltern- oder Pflegezeit gefördert wird. Ärztliche Kooperationen wie Netze, Medizinische Versorgungszentren (MVZ) oder Berufsausübungsgemeinschaften sind inzwischen ein wichtiges Element der Versorgung. Das Rückgrat der ambulanten Versorgung sollte aber nach wie vor aus den freiberuflich, in eigener Praxis tätigen Niedergelassenen bestehen. Insbesondere bei der Einrichtung von MVZ werden wir alles dafür tun, dass keine „Industrialisierung“ der Medizin stattfindet.</p>

277	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern mehr Wahlfreiheit im Gesundheitssystem. Deutschland besitzt ein bewährtes System aus privaten Versicherungen und gesetzlichen Krankenkassen. Wir wollen beide Säulen des Finanzierungssystems in Deutschland stärken. Gesetzliche wie private Krankenversicherung müssen zukunftsfest weiterentwickelt werden. Einer als „Bürgerversicherung“ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage. Staatlich organisierte und rationierte Zuteilungsmedizin führt langfristig zu einer drastischen Verschlechterung der Versorgung der Bevölkerung und verschärft die demografischen Probleme der Gesetzlichen Krankenversicherung.
278	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen, dass eine gesetzliche Verpflichtung zum Abschluss einer Krankenversicherung bestehen bleibt. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei und unabhängig vom Einkommen wählen können, ob sie oder er sich für den Versicherungsschutz bei der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung (PKV) entscheidet. Hierbei wollen wir die Angebote beider Systeme erhalten und so sicherstellen, dass jeder Mensch die Möglichkeit hat, das für sich und seine Lebensform am besten geeignete Modell zu wählen. In beiden Systemen gibt es Reformbedarf. Im Fall der Öffnung des Marktes muss die PKV verpflichtet werden, jeden Antragsteller im Basistarif zu versichern. Zugleich muss die Möglichkeit für jeden Versicherten verbessert werden, Altersrückstellungen bei einem Versichererwechsel innerhalb der PKV mitzunehmen. Die gesetzlichen Kassen sollen mehr Selbstständigkeit bei Tarifoptionen und Leistungsangeboten bekommen, um den immer individuelleren Bedürfnissen ihrer Versicherten entgegenzukommen.
279	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, das gemeinsame Sorgerecht unverheirateter Eltern zum Regelfall zu machen. Dies kann natürlich auf Antrag im Blick auf das Kindeswohl überprüft werden. Hierfür spricht die erkennbare Praxis bei der Beantragung des gemeinsamen Sorgerechts nach der Sorgerechtsreform, mit der auf Initiative der Freien Demokraten die gemeinsame Verantwortung von nicht verheirateten Eltern für ihre Kinder bereits gestärkt wurde: Das gemeinsame Sorgerecht wird seitdem auf Antrag gewährt, wenn keine Kindeswohlgefährdung besteht.
280	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen einen besseren Rahmen für Patchwork- und Regenbogenfamilien mit mehreren sozialen Elternteilen. Mehreltern-Familien sind Realität und müssen auch bei der rechtlichen Elternschaft abgebildet werden. Wird das Kind mit Hilfe einer Samenspende aus einer Samenbank im Rahmen der Reproduktionsmedizin gezeugt, so soll die eingetragene Lebenspartnerin der Mutter von Geburt an auch rechtlich zweite Mutter sein können. Eine automatische Mutterschaft lehnen wir dagegen dann ab, wenn ein biologischer Vater vorhanden ist, der Verantwortung übernehmen will.

281	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten halten Homo- und Transphobie für genauso wenig akzeptabel wie Rassismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger sollen Toleranz und Akzeptanz gestärkt werden. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld ist dazu mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Um rechtliche Diskriminierungen wegen geschlechtlicher oder sexueller Identität zu beseitigen, wollen wir zum Beispiel das überholte Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer abschaffen und das Transsexuellengesetz endlich so erneuern, dass die Personenstands- und Namensänderung ohne diskriminierende Hürden erfolgt. Die Krankenkassen müssen einheitlich die Kosten für alle geschlechtsangleichenden Behandlungen bei Transsexualität übernehmen.
288	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern einen Neuanfang in der Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose. Denn eine große Zahl von Personen ist seit sehr langer Zeit langzeitarbeitslos und wird von den klassischen Mitteln der Arbeitsförderung nicht mehr erreicht. Wir wollen dazu die bereits vorhandenen finanziellen Mittel in der Grundsicherung für Arbeitslose zusammenfassen, um das Prinzip „Training on the Job“ für Langzeiterwerbslose fruchtbar zu machen und statt Arbeitslosigkeit besser sozialversicherungspflichtige Arbeit für die Betroffenen zu unterstützen. Konkret sollen die finanziellen Leistungen von Bund und Kommunen (Arbeitslosengeld II, Kosten der Unterkunft und Heizung, Krankenversicherungsbeitrag) mit einem produktivitätsgerechten Lohn des Arbeitgebers kombiniert werden. Für den bisher Arbeitslosen bedeutet das einen Job und mehr Einkommen als zuvor. Der Arbeitgeber kann auch Arbeitssuchende mit geminderter Produktivität einstellen. Die bisher zur Verfügung stehenden Mittel zur Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen werden weiterhin zur begleitenden Förderung berufsspezifischer Kompetenzen und für Maßnahmen der psychosozialen Betreuung verwendet. Wir wissen, dass dieses Konzept Grenzen hat und eine gezielte und präzise Auswahl der Betroffenen voraussetzt. Die Fehler früherer Modelle von Lohnkostenzuschüssen müssen vermieden werden. Wir sehen diesen Weg aber als Möglichkeit eines Einstiegs auf dem ersten Arbeitsmarkt für diejenigen Arbeitslosen, die weder mit Qualifizierungsmaßnahmen und Fallmanagement noch mit Arbeitsanreizen des Bürgergeldes in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden können.

289	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen ein ganzheitliches Diversity Management in der Arbeitswelt voranbringen, das auch die heute vielfach unbeachteten Dimensionen Religion und sexuelle Orientierung berücksichtigt. Diversity Management ist ein unternehmerisches Konzept, das auf eine Kultur der Wertschätzung und des Respekts vor der Unterschiedlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzt. Es bekämpft systematisch offene Diskriminierung und macht unbewusste Hemmnisse bewusst. So schafft es Selbstbestimmung und gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung, Religion oder Weltanschauung. Dieser Ansatz ist für uns eine sinnvolle Alternative zu Quoten und anderen Formen bürokratischer Antidiskriminierungspolitik. Zugleich zeigen Studien, dass vielfältige Teams in einem offenen Arbeitsumfeld und einer offenen Unternehmenskultur eine wichtige Säule für wirtschaftlichen Erfolg bilden. Daher wollen wir ein ganzheitliches Diversity Management fördern. Der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb sollen die Strukturen der Frauen- und Behindertenbeauftragten in einen breiteren Ansatz von ganzheitlichem Diversity Management umgestaltet werden. Zur Förderung des Konzeptes in der Privatwirtschaft und gerade auch für den Mittelstand wollen wir Best-Practice-Dialoge initiieren und unterstützen. Zudem wollen wir das Thema „Vielfalt in der Arbeitswelt“ in der beruflichen Bildung verankern.</p>
294	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der Artenvielfalt sichern. Dabei setzen wir bevorzugt auf freiwillige Maßnahmen und den eigentumsfreundlichen Vertragsnaturschutz. In diesem Sinne planen wir, die Bundesprogramme „Biologische Vielfalt“ und „Wiedervernetzung“, die in unserer Regierungszeit aufgelegt wurden, weiter auszubauen, um Lebensräume zu erhalten und miteinander zu verbinden. Das Jagdrecht soll weiterhin Vertrauen in die Sachkunde und das selbstbestimmte Handeln von Jägerinnen und Jägern setzen sowie das Recht am Grundeigentum achten. Neben den berechtigten Interessen einer naturnahen Waldbewirtschaftung und der dafür notwendigen Regulierung der Wildbestände wollen wir auch zum Schutz gesunder Populationen räuberische und invasive Arten kontrollieren. Eine Ausweitung der sachlichen Verbote im Bundesjagdgesetz lehnen wir daher strikt ab. Wir wollen eine Fischerei, welche die Bestände erhält und den Tierschutz sichert. Dazu soll die Grundscheppnetz-Fischerei beschränkt werden. Allgemeine Angelverbote für die Freizeitfischerei in der Ausschließlichen Wirtschaftszone in Nord- und Ostsee oder dortigen Natura 2000-Gebieten indes halten wir für unverhältnismäßig. Da das Grundnahrungsmittel Fisch durch die Überfischung der Meere gefährdet ist, sollen die Rahmenbedingungen für die Aquakultur entbürokratisiert werden.</p>

296	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ein. Wünschenswerte Verbesserungen bei der Nutztierhaltung wollen wir durch eine gezielte Agrarinvestitionsförderung erreichen. Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen hingegen überfordern vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe und beschleunigen somit den Strukturwandel. Beim Schutz von Heimtieren gilt für uns der Grundsatz „Lenken statt Verbieten“. In diesem Sinne wollen wir die Sachkunde von Heimtierhaltenden verbessern. Modelle wie Positiv- und Negativlisten, welche die Haltung bestimmter Arten untersagen, lehnen wir entschieden ab. Denn sie führen lediglich zu einer Kriminalisierung von Tierhaltenden und zu einem grauen Markt, der einen wirksamen Tierschutz letztlich nur erschwert.
298	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fördern landwirtschaftliche Unternehmerinnen und Unternehmer, die selbstbestimmt und sachkundig ihrer Arbeit nachgehen können. Daher setzen wir uns für ein praktikables und bewegliches Düngerecht ein. Der Grundsatz einer bedarfs- und standortgerechten Nährstoffversorgung der landwirtschaftlichen Kulturen bleibt für uns auch in Zukunft der Maßstab der Düngung. Landwirtinnen und Landwirte müssen in der Lage bleiben, nach Entzug und Bilanz zu düngen. Die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln wollen wir ohne Abstriche vorantreiben. Denn eine ausreichende Verfügbarkeit von verschiedenen Mitteln für den Pflanzenschutz und den Vorratsschutz ist im Sinne einer verlässlichen Versorgung mit Nahrungsmitteln unverzichtbar. Bei öffentlichen Diskussionen über bestimmte Wirkstoffe zählen für uns nicht Stimmungen, sondern nachvollziehbare Fakten und nicht zuletzt die Stellungnahmen des Bundesinstitutes für Risikobewertung. Mit neuen Forschungsrichtungen der Grünen Biotechnologie wie dem „Genome Editing“ wollen wir offen und transparent umgehen. Wir sehen vor allem Chancen in der Erforschung und Anwendung von Gentechnik. Daher lehnen wir pauschalisierende Verbote auch auf diesem Gebiet ab und fordern stattdessen eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung neuer Technologien. Große Chancen sehen wir zudem in digitalen Innovationen für die Landwirtschaft: Wenn sich beispielsweise über Sensoren der Nährstoffgehalt im Boden messen lässt und mittels Drohnen eine punktgenaue Düngung und Schädlingsbekämpfung möglich wird, können Landwirtinnen und Landwirte den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln nämlich viel spezifischer steuern.



302	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die Palliativmedizin und das Hospizwesen weiter ausbauen, um den Menschen individuelle Möglichkeiten anzubieten, am Ende des Lebens einen selbstbestimmten Weg zu gehen. Dabei sollte neben der Neueinrichtung von Hospizen vor allem die Palliativversorgung in Kliniken, Alten- und Pflegeheimen sowie im häuslichen Umfeld erweitert werden. Die meisten Menschen möchten zu Hause sterben. Daher bedarf es einer flächendeckenden Förderung einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern. Diese SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und einem Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.
304	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen das System der Betriebsräte reformieren. Betriebsräte sollen der Mitgestaltung der Arbeitssituation im Betrieb sowie dem partnerschaftlichen Interessenausgleich unter den Mitarbeitenden und zwischen den Mitarbeitenden und der Geschäftsleitung dienen. Mit einem so verstandenen Auftrag sind sie ein positiver Faktor für die Stabilität des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Wir wollen die Einrichtung von Betriebsräten nicht durch eine Anhebung von Schwellenwerten bei der Betriebsgröße erschweren. Der Mehrheit der Mitarbeitenden darf jedoch nicht durch kleine Minderheiten oder von außen ein Betriebsrat aufgenötigt werden. Wir wollen das Quorum zur Einrichtung eines Betriebsrats auf 25 Prozent der Mitarbeitenden festlegen. Bei der Wahl von Betriebsräten muss es mehr Demokratie geben: Online-Wahlen, Listenwahl mit Personenanteil, Einführung von Kumulieren und Panaschieren. Die Kosten der Betriebsräte in kleinen und mittleren Unternehmen müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Die Dauer von Mitbestimmungsverfahren soll durch Fristen geregelt werden. Die Aktualität der Mitbestimmungsgegenstände muss überprüft werden – etwa mit Blick auf die technologische Weiterentwicklung in der Arbeitswelt. Wir wollen die Ausgrenzung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich des Flugverkehrs sowie in manchen Betrieben für soziale Dienstleistungen aus der betrieblichen Mitbestimmung beenden.
305	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern, in allen Disziplinen die Altersmedizin (Geriatric) zu stärken sowie Forschung und Lehre in diesem Bereich auszubauen. Denn unsere Gesellschaft befindet sich in einem demographischen Wandel. Die Menschen werden älter und müssen im Alter in unserem Gesundheitssystem besonders unterstützt werden. Dies gilt insbesondere für Menschen mit Demenz oder mehreren chronischen Erkrankungen. Die interdisziplinäre Versorgung dieser Patientinnen und Patienten erfordert ein enges Zusammenspiel aller in Heilberufen Tätigen.
306	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die Gesundheitsvorsorge und Prävention nach wissenschaftlicher Evaluation stärken. Dabei wollen wir unter anderem in die Impfberatung zur Förderung der Impfquoten intensivieren. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss Zugang zu Präventions- und Impfprogrammen haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Versorgung der Menschen mit Impfstoffen und anderen wichtigen Arzneimitteln sichergestellt wird.

309	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen neu ordnen. Denn sie stellt eine besondere Herausforderung für unser Gesundheitssystem dar. Nicht nur bezüglich der Organisation der gesundheitlichen Versorgung. Auch die Kosten müssen fair verteilt und durch Effizienzgewinne im Rahmen gehalten werden. Dabei kommt der Erhebung und Weitergabe medizinischer Daten ein besonderer Stellenwert zu. Um eine einheitliche Datenbasis über das Bundesgebiet sowohl länder- als auch verwaltungs- und versorgungsübergreifend zu erhalten, fordern wir, dass medizinische Daten von Flüchtlingen bereits bei Ankunft standardisiert erhoben und dokumentiert werden. Zudem führen die momentanen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu einer Erhöhung von Komplikationsraten. Dies steigert die Behandlungskosten unnötig. Es ist daher sinnvoll und kosteneffizient, den Leistungsumfang des AsylbLG nach medizinischen Gesichtspunkten neu zu definieren und sinnvoll zu erweitern. Zudem sind die Kosten der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen weder der Gemeinschaft der gesetzlich Versicherten noch den Ländern und Kommunen zuzuordnen. Da es sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, müssen diese Kosten bis zur Integration des Flüchtlings in den Arbeitsmarkt vom Bund getragen werden.
311	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für Chancengleichheit von Frauen und Männern ein. Wir wollen, dass jeder Mann und jede Frau passende Rahmenbedingungen vorfindet, um das eigene Potential voll zu entfalten und das Leben nach eigener Vorstellung zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Eltern frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung, auch in Betrieben, fördern. Einseitige Modelle wie die Steuerklasse V wollen wir abschaffen.

323	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	<p>Wir Freie Demokraten wollen die inhabergeführten Apotheken in Deutschland stärken. Denn sie stellen sicher, dass die Menschen wohnortnah und rund um die Uhr mit lebenswichtigen Arzneimitteln versorgt werden. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) zum grenzüberschreitenden Versandhandel stellt die inhabergeführten Apotheken jedoch vor neue Herausforderungen. Demnach dürfen ausländische Apotheken Preisnachlässe und Boni gewähren, wenn sie verschreibungspflichtige Medikamente nach Deutschland versenden. Jede Bürgerin und jeder Bürger sollte aber die Wahlfreiheit haben, selbst zwischen dem Kauf in einer inhabergeführten Apotheke mit Beratung oder bei einer Versandapotheke zu entscheiden. Statt diesem Urteil mit einem rechtlich höchst fragwürdigen und marktwirtschaftlich unsinnigen Verbot des Versandhandels zu begegnen, wollen wir Wettbewerbsnachteile für inländische Apotheken beseitigen und die inhabergeführte Apotheke dauerhaft stärken: Deshalb fordern wir eine Rechtsangleichung für inländische Apotheken gemäß dem Urteil des EuGH. Denn es kann nicht sein, dass im Zuge der Entscheidung des EuGH ausländische Versandhändler die Apotheken in Deutschland ausbooten können, weil letztere einerseits vom Preiswettbewerb rechtlich ausgeschlossen sind, andererseits aber auch der Marktmacht ausländischer Versandapotheken nichts entgegensetzen können. Das Bundesgesundheitsministerium sollte daher Wege prüfen, etwa über die bestehenden Rahmenverträge mit den Krankenkassen, einen aggressiven Preiswettbewerb der ausländischen Anbieter einzuschränken. Immerhin haben diese das Rabattverbot im Arzneimittelgesetz freiwillig akzeptiert und wollen im System der gesetzlichen Krankenversicherung abrechnen. Des Weiteren wollen wir einen Sicherstellungszuschlag für Apotheken in abgelegenen Standorten einführen, um die wohnortnahe Versorgung der Menschen zu erhalten. Außerdem sollen Apothekerinnen und Apotheker endlich für ihre hochwertigen Beratungsleistungen honoriert werden. So soll beispielsweise das in einer älter werdenden Gesellschaft immer wichtiger werdende qualitätsgesicherte Medikamentenmanagement in Rücksprache mit den behandelnden Ärztinnen und Ärzten, koordiniert durch Apothekerinnen und Apotheker erfolgen. Hier können auch digitale Anwendungen, wie zum Beispiel elektronische Rezepte, vieles erleichtern. Darüber hinaus sollen Apotheken neue Aufgaben übernehmen dürfen, wie zum Beispiel Gripeschutzimpfungen anzubieten und durchzuführen. Diese sind in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beziehungsweise der privaten Krankenversicherung (PKV) aufzunehmen. Außerdem wollen wir die bislang geltende Produktbegrenzung für Apotheken aufheben. Das Verbot des Fremd- und Mehrfachbesitzes von Apotheken ist aufzuheben. Patientinnen und Patienten sollen die Möglichkeit bekommen, sich bei entsprechender Verordnung für Medikamente zu entscheiden, die bisher aufgrund der Preisregulierung nicht auf den deutschen Markt kommen. Dazu wollen wir im Arzneimittelgesetz die Übertragung des GKV-Erstattungsbetrages als Höchstpreis für Privatversicherte und Selbstzahler aufheben.</p>
-----	---	--

325	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten begrüßen, dass das kulturelle Leben in Deutschland heute durch seine Freiheit, Weltoffenheit und Respekt charakterisiert ist. Wir sind uns der historischen Wurzeln bewusst und pflegen und bewahren das kulturelle Erbe. Grundlage für eine freiheitliche Kultur ist ein lebendiger gesellschaftlicher Diskurs ohne Restriktionen und Denkverbote. Die kulturellen und künstlerischen Aktivitäten zwischen Tradition und Innovation werden in unserem Land von ganz unterschiedlichen Akteuren und Institutionen gestaltet: Der öffentliche Bereich mit seinen zahlreichen Museen, Theatern und anderen Kultureinrichtungen, die private Kultur- und Kreativwirtschaft sowie der sogenannte Dritte Sektor mit den zahlreichen privaten Stiftungen, Mäzenen und dem bunten Vereinsleben. Wir bekennen uns dazu, gemeinsam die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland zu sichern. Dazu wollen wir für alle drei Sektoren die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit und Entfaltung schaffen, um so auch ein breites, attraktives und umfassend zugängliches Kulturangebot für alle Menschen in unserem Land zu gewährleisten. Schließlich bieten Kunst und Kultur für jeden Menschen aber auch für die Gesellschaft als Ganzes wichtige Chancen zur Reflexion, Entwicklung und Integration. Wir Freie Demokraten bekennen uns weiterhin zum Staatsziel Kultur.
326	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten erkennen, dass das aktive Kulturleben in Deutschland zuallererst auf den hier tätigen Künstlerinnen und Künstlern basiert. Daher wollen wir die etablierten Instrumente zur sozialen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern, wie die Künstlersozialkasse, fortlaufend weiterentwickeln und zukunftssicher machen. Gleichzeitig wollen wir die vorhandenen Instrumente der Gründerförderung auf die speziellen Bedürfnisse der Kultur- und Kreativwirtschaft anpassen und damit für diese öffnen.
327	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten stellen fest, dass nicht erst seit gestern Digitalisierung und Globalisierung das Urheberrecht mit neuen Herausforderungen konfrontieren. Für uns gilt der Grundsatz, dass ein Urheber oder eine Urheberin das Recht hat zu entscheiden, wie das von ihm oder ihr geschaffene Werk genutzt, verbreitet und verwertet wird. Wir begrüßen daher einen Wettbewerb der Verwertungsgesellschaften und setzen uns für eine weitere Modernisierung des Urheberrechts ein. Die Anerkennung des individuellen Urheberrechts muss auch in Zukunft die Grundlage einer leistungsfähigen Kulturgesellschaft bleiben.
328	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten lehnen jeden unnötigen staatlichen Eingriff in das Eigentumsrecht ab. Daher fordern wir eine Rücknahme jener Teile des Kulturgutschutzgesetzes, die nicht die Raubkunst betreffen. Wir sprechen uns mit Nachdruck für eine freie Fluktuation von Kunstwerken und eine größtmögliche internationale Mobilität von Künstlerinnen und Künstlern aus. Für den Ankauf durch die öffentliche Hand ist ein Ankaufsfonds einzurichten. Die Restitution geraubter Kunstwerke werden wir durch die Unterstützung der hierfür zuständigen Einrichtungen weiter vorantreiben.

329	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten sind uns bewusst, dass es in Zeiten einer drohenden Re-Nationalisierung Europas gilt, die Freiheit der öffentlichen Kulturbetriebe zu schützen. Bestehende Staatsbetriebe wie die öffentlichen Museen und Theater wollen wir daher organisatorisch und rechtlich weiter verselbständigen. Führungspositionen sind von unabhängigen Gremien unter Einbeziehung der Belegschaften der Betriebe zu besetzen. Die künstlerische Freiheit in unserem Land ist in Gefahr, wenn Direktorinnen und Direktoren von Museen und Theatern von Kulturministerinnen und -ministern ein- und abgesetzt werden können und die Kulturverwaltung Einfluss auf das Tagesgeschäft von Kulturbetrieben nehmen kann. Die Mitbestimmung in künstlerischen Betrieben und der Einfluss von unabhängigen Kontrollgremien werden wir nachhaltig stärken.
330	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten sprechen uns für die Fortsetzung des kulturellen Engagements des Bundes in Berlin als Bundeshauptstadt sowie in den vom Bund geförderten Einrichtungen in den Bundesländern aus. Wir präferieren dabei eine transparente und nachvollziehbare Projekt- und Zuschussförderung und lehnen hingegen die unmittelbare Übernahme weiterer einzelner Einrichtungen hier und in anderen Bundesländern ab.
331	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung der kulturellen Bildung ein. Das kulturelle (Vermittlungs-)Angebot darf sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche beschränken, sondern gilt für Menschen aller Altersgruppen und mit ganz unterschiedlichen Lebenshintergründen. Wir streben die Festschreibung eines Anteils von zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich geförderter Kulturorganisationen für kulturelle Bildung an. So kann gewährleistet werden, dass das Kulturleben in Deutschland seine gesellschaftliche Relevanz behält.
332	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen auf künstlerischen Nachwuchs. Denn die nachwachsenden Künstlergenerationen sind der wichtige Garant für die Zukunft eines breiten, vielfältigen und anspruchsvollen Kulturlebens. Die bestehenden Nachwuchswettbewerbe auf Bundesebene wollen wir erhalten und stärker systematisieren. Förderlücken werden wir identifizieren und schließen. Bei den Wettbewerben setzen wir auf tragfähige Kooperationen mit professionellen Partnern der Zivilgesellschaft.
333	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Auswärtigen Kulturpolitik. Das vielfältige und offene Kulturleben in Deutschland ist ein besonderes Aushängeschild der Bundesrepublik. Kunst und Kultur gebührt daher zu Recht ein besonderer Stellenwert in der deutschen Außenpolitik. Neben Repräsentationsfunktionen übernehmen sie wichtige Aufgaben im internationalen Dialog. Die Arbeit von Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen wollen wir deswegen weiter fördern. Eine wichtige Rolle hierbei spielt die Deutsche Welle. Gleichzeitig unterstützen wir die Idee der Entwicklung eines gemeinsamen Europäischen Kulturinstituts.

334	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wissen, dass die Aufarbeitung und Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR eine kontinuierliche Aufgabe bleibt. Die Gedenkstätten wollen wir mit ausreichenden Mitteln ausstatten und durch innovative Vermittlungskonzepte die nachfolgenden Generationen erreichen. Wir wollen das Stasi-Unterlagen-Archiv zu einem modernen, nutzerfreundlichen Archiv in den Strukturen des Bundesarchivs sowie das Amt des Bundesbeauftragten, insbesondere in seiner Bedeutung für die Opfer der SED-Diktatur, weiterentwickeln.
343	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten treten für eine generelle Überarbeitung der Gesundheitsgesetzgebung mit dem Ziel einer Verschlankung, Vereinfachung und besseren Verständlichkeit der Regelungen ein. Denn durch vielfältige Erweiterungen und Veränderungen ist das Sozialgesetzbuch V (gesetzliche Krankenversicherung) in der jetzigen Form überreguliert und undurchschaubar geworden. Dadurch sind alle Akteure im Gesundheitswesen verunsichert. Dies wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten aus. Da der Bedarf für Gesundheitsleistungen regional unter anderem durch demographische, soziale und strukturelle Faktoren unterschiedlich ist, muss diesen Unterschieden vor Ort durch die Vertragsgestaltung Rechnung getragen werden. Nur so kann bundesweit eine bedarfsgerechte Versorgung sichergestellt werden.
344	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine sinnvolle Verknüpfung und Verzahnung der verschiedenen Sozialgesetzbücher ein. Gerade in einer älter werdenden Gesellschaft müssen die Leistungen für Gesundheit und Pflege, aber auch für Menschen mit Behinderungen im Falle einer Erkrankung oder bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit besser miteinander verzahnt werden.
345	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen der Zunahme multiresistenter Erreger (MRE/MRSA) in Deutschland entgegenwirken. Denn sie stellt für die Menschen hierzulande eine Bedrohung dar. Deshalb fordern wir den verantwortungsvolleren Umgang mit Antibiotika in Tierhaltung und medizinischer Versorgung. Neben der Hygiene bedarf es mehr infektionsmedizinischer Kompetenz im Umgang von Antiinfektiva. Hierzu wären die infektiologischen Disziplinen wie die klinische Infektiologie zu stärken. Darüber hinaus muss die Bekämpfung multiresistenter Erreger in allen Bereichen wie Praxis, Klinik, Pflege und Alltag konsequenter umgesetzt werden.
349	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten wollen die gesellschaftlichen Kräfte des Sports zur Entfaltung bringen und gestalterische Freiräume öffnen. Sport sollte mit so wenig Bürokratie wie möglich belastet werden. Denn übertriebene staatliche Gängelung hemmt die Entwicklung. Der Sport spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider. Keimzelle bleibt der Sportverein, aber wir wollen auch individuelle Aktivitäten und gewerbliche Angebote fördern.

354	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Förderung des Sports als Schlüssel zu Integration und Inklusion ein. Dabei wollen wir Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichen Anlagen (Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund) bei Sport und Spiel zueinander finden lassen. So fördern wir die herausragende Arbeit der Sportvereine und der Fachverbände mit ihren Mitgliedsorganisationen. Sie wird wesentlich getragen von ehrenamtlichem Engagement, das wir von bürokratischen Fesseln befreien wollen.
358	Selbstbestimmt in allen Lebenslagen	Wir Freie Demokraten fordern die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland und deren ausdrückliche Erwähnung im Bundesteilhabegesetz. Für uns sind Behinderungen auch Teil der individuellen Vielfalt, die unsere Gesellschaft ausmacht. Zentral ist für uns dabei, die Wahlfreiheit für die individuelle Gestaltung des eigenen Lebens verbunden mit größtmöglicher Selbstorganisation. Wir fordern ein Wunsch- und Wahlrecht auf Leistungen zur Teilhabe, zum Beispiel freie Wahl von Wohnort und Wohnform kostenneutral innerhalb eines vorgegebenen Budgets. Die ambulante Leistungserbringung soll Vorrang gegenüber allen Formen stationärer Betreuung haben. Wir treten für eine echte Teilhabe- und Wahlmöglichkeit im Arbeitsleben ein, statt einer ausschließlichen Reduzierung auf die Werkstatt und wollen den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt verbessern. Damit jeder selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das Persönliche Budget einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Bei Sozialleistungen sollen Einkommen und Vermögen in Zukunft nur noch teilweise herangezogen werden. Leistungen, die die Nachteile einer Behinderung ausgleichen (Nachteilsausgleich), sollen einkommensunabhängig gewährt werden. Leistungen zum Lebensunterhalt hingegen werden, wie bei jedem anderen Leistungsempfänger auch, nach Bedürftigkeit gezahlt. Menschen mit Behinderung haben unabhängig von der Wohnform Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung. Dies muss auch für die Pflegeversicherung gelten.
131	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten bedauern die Brexit-Entscheidung der britischen Bürgerinnen und Bürger, wollen aber nun pragmatisch mit der Situation umgehen. Denn wir respektieren diese Entscheidung. Es gilt jetzt, in einem partnerschaftlichen Verfahren die Bedingungen des Austritts mit London zu verhandeln. Dabei wollen wir auch die Interessen Schottlands und Nordirlands angemessen berücksichtigen. Sollten sie sich dazu entschließen, aus dem Vereinigten Königreich auszuschneiden, so sollten ihnen, genauso wie auch Großbritannien, die Türen der EU wieder offen stehen. Es ist wichtig, Großbritannien als einen starken Partner der EU zu erhalten, aber nicht um jeden Preis: Ein „Rosinenpicken“ oder die Aufgabe grundlegender Prinzipien des Binnenmarktes kommt für uns nicht in Frage. Besonders wichtig ist, dass die EU und Großbritannien vor Frühjahr 2019 Klarheit über ihr zukünftiges Verhältnis schaffen, damit die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament auf neuer Grundlage durchgeführt werden können.

132	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern die russische Regierung auf, die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden. Diese verletzen nicht nur das Gewaltverbot nach Art. 2 Ziffer 4 der Charta der Vereinten Nationen, sondern auch die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Zudem beobachten wir die zunehmende Unterdrückung der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland mit großer Sorge und treten dafür ein, diese Menschenrechtsverletzungen klar zu benennen und zu verurteilen. Für uns gelten die Prinzipien der europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat: Die souveräne Gleichheit der Staaten, die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen, die friedliche Beilegung von Konflikten sowie die freie Bündniswahl, Demokratie und Achtung der Menschenrechte. Für uns Freie Demokraten sind diese Prinzipien nicht verhandelbar. Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden. Im Falle einer erneuten militärischen Eskalation müssen die Sanktionen gegen Russland weiter verschärft werden. Zugleich müssen wir Gesprächskanäle offen halten. Ob auf politischer Ebene, wie in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat oder durch zivilgesellschaftliche Kontakte: Dialog schafft Vertrauen, Vertrauen schafft Sicherheit.
133	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir wollen, dass die EU-Kommission die Energie-Außenpolitik der Mitglieder der Europäischen Union koordiniert. Denn Energie ist inzwischen eine politische Waffe, oftmals in der Hand autoritärer Regime. Um das zu ändern, wollen wir Europas Energiequellen diversifizieren und die Energiepolitik auf europäischer Ebene integrieren. Wir wollen, dass die Kommission die Energie-Außenpolitik sowie die Vernetzung von Transportkapazitäten der Mitgliedsstaaten stärker koordiniert. Unser Ziel ist, die Abhängigkeit der EU-Mitgliedsstaaten gegenüber den großen energieexportierenden Staaten zu verringern.
134	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer europäischen Armee. Dazu streben wir schrittweise eine engere Verzahnung und den Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen Mitgliedsländer an. Die Aufstellung europäischer, multinationaler Verbände wie die Deutsch-Französische Brigade oder das 1. Deutsch-Niederländische Korps muss dazu weiter vorangetrieben werden. Es gilt, Befehlsstrukturen, Ausbildung und Einsatzverfahren anzugleichen und gemeinsam zu entwickeln. Ein gemeinsames Hauptquartier könnte aus den Kommandostellen der fünf bereits bestehenden supranationalen Korps hervorgehen. Nur gemeinsam kann Europa auch in Zukunft Sicherheit für seine Bürgerinnen und Bürger garantieren und gleichzeitig die Ausgaben für Verteidigung senken.



135	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen eine echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Europa. Wir stehen zum Ziel, dass Europa gemeinsam Verantwortung für Frieden, Freiheit und Sicherheit trägt und wollen die GASP der EU stärken. Nur wenn wir in Fragen globaler Abkommen geeint auftreten, wird die europäische Stimme Gewicht erlangen. Der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sollte dabei eine Schlüsselposition als „EU-Außenministerin“ zukommen. Nur wenn es uns gelingt, auch in den strittigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort zu geben, wird man uns als Friedensmacht ernst nehmen. Deswegen setzen wir uns für einen konsequenten Ausbau der gemeinsamen Fähigkeiten ein, auch abseits der Europäischen Verträge. Vielmehr sollen auch einzelne EU-Staaten zusammenarbeiten, wenn es ihre Fähigkeiten und Sicherheit erhöht.
136	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen eine Verbesserung der nationalen und europäischen Strategie zur Datensicherheit (Cyber Security). Die fortschreitende Digitalisierung erhöht zunehmend die Bedeutung des Cyberraums für globale Kommunikation, wirtschaftliche Innovation und strategische Infrastruktureinrichtungen. Ebenso steigt die Relevanz des Cyberraums für Nachrichtendienste und ausländische Streitkräfte sowie Wirtschaftsspionage und organisierte Kriminalität. Allein die deutsche Bundesregierung registriert pro Tag rund 20 hochspezialisierte Cyberangriffe auf die Netze des Bundes. Die Zahl der Cyberangriffe auf große deutsche Unternehmen liegt noch viel höher, wie die rund vier Millionen automatisierten Angriffe pro Tag auf die Infrastruktur der Deutschen Telekom verdeutlichen. Deshalb braucht es sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene eine abgestimmte Strategie, um diesen neuen Bedrohungen zu begegnen. Nationale Lösungen können aber langfristig alleine nicht bestehen. Auch im Cyberraum lohnt es sich, die europäischen Fähigkeiten zu bündeln.
136a	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die digitale Infrastruktur auf den neuesten Stand der Technik bringen und effektiv schützen. Denn gerade bei der systematischen Nutzung höchstpersönlicher Daten ist es staatliche Aufgabe von oberster Priorität, dass die Sicherheit der Server-Systeme stets auf dem absolut neuesten Stand der Technik sein muss. Deshalb ist es für uns ausgeschlossen, dass sensible Daten durch diejenigen, welche die technische Infrastruktur bereitstellen, außerhalb der physischen Zugriffsmöglichkeit und der Rechtsprechung des deutschen Staates auf Servern im Ausland gespeichert werden, soweit diese nicht ein gleiches Datenschutzniveau wie Deutschland aufweisen. Die entsprechende Infrastruktur ist daher durch Unternehmen in Deutschland in Kooperation mit den für die Sicherheit der Kommunikationsstruktur zuständigen staatlichen Stellen zu schaffen. Die Weiterentwicklung von Verschlüsselungstechnologien, der Sicherheit von Speichersystemen und von qualifizierten Zugriffs- und Berechtigungslogiken muss hierzu stärker vorangetrieben werden. Gesetzliche Beschränkungen oder Verbote kryptographischer Sicherungssysteme lehnen wir genauso wie den Einsatz von Backdoors und die staatliche Beteiligung an digitalen Grau- und Schwarzmärkten ab.

137	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen ein No-Spy-Abkommen zwischen der Europäischen Union. Dadurch verpflichten sich alle Mitglieder der Europäischen Union, sich nicht gegenseitig auszuspionieren. Denn gegenseitige Spionage unter europäischen Partnern widerspricht der EU-Grundrechtscharta, den Regeln des Binnenmarktes und vor allem einem vertrauensvollen Umgang miteinander.
139	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen eine bessere internationale Kooperation zur Terrorismusbekämpfung. Der internationale Terrorismus macht nicht vor Ländergrenzen halt und ist das Problem der gesamten Staatengemeinschaft. Daher ist es auch nicht nur Aufgabe weniger Länder, dieser Bedrohung entgegenzutreten. Die internationale Gemeinschaft muss hier zusammenstehen. Der für die Terrorabwehr notwendige Datenaustausch muss deshalb organisiert werden. Außerdem sind die europäischen Gremien wie Europol und das Amt des Anti-Terror-Koordinators der Union aufzuwerten. Wichtig ist, dass ein Austausch nicht zur anlasslosen und verdachtsunabhängigen Überwachung aller EU-Bürgerinnen und EU-Bürger missbraucht wird. Es geht darum, die Rechte der Menschen zu schützen und nicht selbst anzugreifen.
140	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen keine Waffenlieferungen in Krisengebiete. Denn Rüstungsexporte in Konfliktregionen können bereits instabile Regionen noch weiter destabilisieren. Die Unsicherheit und Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Gebieten wird hierdurch nachhaltig erhöht und die Chancen auf Friedens- und Konfliktlösungen können ebenfalls behindert werden. Es sollte deshalb auch für die Zukunft Grundpfeiler deutscher Außenpolitik sein, Rüstungsexporte in Konfliktregionen auszuschließen.
141	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Stärkung der Friedenssicherung der Vereinten Nationen (UNO) ein. Die UNO ist der Grundpfeiler einer liberalen und rechtsstaatlichen Weltordnung. Neben dem finanziellen Beitrag muss das deutsche Engagement von Truppen, Polizeikräften und Experten für die Friedenseinsätze der UNO – von zivilen politischen Missionen bis militärischen Stabilisierungseinsätzen, wie zum Beispiel der gegenwärtige Bundeswehreininsatz im Syrienkonflikt – ausgebaut werden, um Bedrohungen des Friedens und der Menschenrechte glaubhaft entgegenzutreten und weltweit in Krisensituationen mehr globale Verantwortung zu übernehmen. Die Konfliktprävention, die Konfliktnachsorge und der Wiederaufbau nach Abschluss der Kampfhandlungen stehen im Fokus. Eine liberale Friedens- und Sicherheitspolitik bedeutet allerdings auch, notfalls für die Friedenssicherung und Friedensdurchsetzung im Rahmen eines UNO-Mandates in Bürgerkriegen und bei schwersten Menschenrechtsverletzungen Einsatzkräfte zu entsenden. Wir Freie Demokraten unterstützen deshalb den anhaltenden Reformprozess zur Verbesserung und Stärkung der Friedenssicherung der UNO, um den bedrohlichen Herausforderungen des Friedens und den heutigen multidimensionalen Friedensmissionen zu begegnen. Bei humanitären Katastrophen beziehungsweise wenn ein Staat massiv die fundamentalen Menschenrechte verletzt, hat die Weltgemeinschaft die Pflicht, den Menschen vor Ort zur Hilfe zu eilen (Responsibility to Protect). Dies geht aber auch mit einer Pflicht zum anschließenden Wiederaufbau und Peacekeeping der Region einher (Responsibility to Rebuild). Wir sehen dabei auch Deutschland und die Bundeswehr in der

		Pflicht, ihre weltweite Verantwortung stärker wahrzunehmen.
143	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Chancen des Freihandels nutzen. Wachsende Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab. Der Alltag ist vielfältig geworden: Die Pasta aus Italien, die Jeans aus der Türkei und das Handy aus Korea oder China. All das ist Normalität und eine Bereicherung für unser Leben. Der Welthandel ist der größte Motor für Wohlstand und schafft die Grundlagen für Beschäftigung und Einkommen. Grenzüberschreitender Handel kann das Potenzial für inklusiven und nachhaltigen Wohlstand am ehesten entfalten, wenn rechtsverbindliche Regelung für globale Wertschöpfungsketten bestehen. Wir Freie Demokraten setzen uns daher für eine Stärkung der multilateralen, rechtebasierten Handelsbeziehungen ein. Wir wollen dazu die Welthandelsorganisation (WTO) als zentralen Ort zur Schaffung eines gerechten globalen Welthandelssystems stärken. Viele Menschen haben Angst, dass Freihandel den hierzulande hohen Verbraucher- und Arbeitsschutz gefährdet. Wenn wir aber Handelshemmnisse abbauen und gleichzeitig unsere hohen Standards bei Menschenrechten, Lebensmittel- und Umweltsicherheit als Rechtsgrundlage nehmen, haben wir die einmalige Chance, der Globalisierung gerechte Regeln zu geben. Freihandelsabkommen können den rechtlichen Rahmen festlegen, um diese hohen Nachhaltigkeitsstandards zur Grundlage unseres Handels zu machen. Deutschland ist die exportstärkste und gleichzeitig aber auch exportabhängigste Volkswirtschaft weltweit und braucht den auf Rechtsgrundlagen beruhenden freien Handel. Die Angst vor Freihandel muss daher Optimismus und der Hoffnung auf Fortschritt und Frieden weichen.
145	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Schlüssel für die Verteilung von Flüchtlingen in Europa durchsetzen. Um die Flüchtlingskrise zu meistern, braucht es die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Deswegen fordern wir, die Dublin-III-Verordnung durch einen fairen Verteilungsschlüssel zu ersetzen. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Zur Berechnung der Quoten sind Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich. Bei der individuellen Entscheidung müssen auch Kriterien wie familiäre Bindung oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Der Fonds soll wiederum Aufnahme- und Grenzstaaten außerhalb der EU bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise finanziell unterstützen.
146b	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen. Dafür muss die Grenzagentur FRONTEX zur effizienten Grenzpolizei mit exekutiven Befugnissen für den Schutz von Küsten und Landlinien fortentwickelt werden. Sie braucht zentrale Führung, genügend schlagkräftiges Einsatzpersonal und modernste Überwachungs- und Reaktionsmittel. Wie alle EU-Akteure ist FRONTEX an die Europäische Charta der Grundfreiheiten gebunden, denn innere Sicherheit in Europa darf nie auf Kosten der Menschenrechte erzielt werden.

147	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine europäisch abgestimmte, effektive und wirksame Entwicklungszusammenarbeit ein, die auf Qualität der eingesetzten Mittel setzt statt auf deren Quantität. Dabei legen wir Wert auf eine bessere Differenzierung bei der Auswahl der Partnerländer. Es muss verstärkt auf die Kriterien Bedarf, Leistungsfähigkeit, Entwicklungsbereitschaft und Effizienz der Maßnahmen geachtet werden. Nötig sind neue Kooperationen zur Integration der deutschen und lokalen Privatwirtschaft und Entwicklungspartnerschaften mit neuen Gebern. Wir fordern kohärentere Ansätze innerhalb der Bundesregierung, insbesondere zwischen Wirtschafts-, Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik sowie in Abstimmung mit der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Zusätzlich ist eine abgestimmte Außen-, Sicherheits-, Handels-, und Entwicklungspolitik nötig, die verstärkt auf Krisenprävention und Konfliktbewältigung als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen setzt.
148	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern eine werteorientierte Entwicklungspolitik, mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft. So fördern wir die Entwicklung von Freiheit, Demokratie und Nachhaltigkeit weltweit – zu Nutzen von Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern. Wesentliche Grundlagen dafür sind die UN-Nachhaltigkeitsagenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen.
148a	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Chancen von Schwellen- und Entwicklungsländern für den globalen Handel besser nutzen. Die von uns Liberalen begonnene erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft ist ein wichtiges Instrument, um weltweit Entwicklung zu fördern. Nötig dafür ist eine bessere und konsequentere Wirtschafts-, Handels- und Entwicklungspolitik, die Chancen für Unternehmen in den Entwicklungsländern, aber auch für deutsche Unternehmen bietet. Wir fordern neue globale Partnerschaften und Projekte mit der deutschen und lokalen Privatwirtschaft, insbesondere für mehr Beschäftigung. Nur eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung schafft nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Menschen in den betroffenen Regionen.
150	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern die Gleichberechtigung von Frauen und den Schutz von Kindern weltweit. Die Menschenrechte von Frauen werden überproportional oft verletzt. Sie sind häufig Opfer häuslicher Gewalt oder werden unter dem Vorwand der Tradition von Bildung ferngehalten, von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen, zwangsverheiratet oder genitalverstümmelt. In Krisengebieten werden weiterhin Vergewaltigungen von Frauen als Mittel der Kriegsführung eingesetzt. Wir treten deshalb für die weltweite Ächtung von Menschenhandel, Kinderarbeit, Zwangsprostitution und den Einsatz von Kindersoldatinnen und -soldaten ein.

156	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen, dass die Staaten der östlichen Partnerschaft, die eine Mitgliedschaft in der EU anstreben, auch weiterhin die Chance haben, sich durch konsequente, rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Reformen eine Beitrittsperspektive zu erarbeiten. Der Prozess der EU-Osterweiterung hat bewiesen, dass die EU zu Freiheit, Wohlstand und Demokratie beiträgt und beide Seiten von der Erweiterung profitieren können. Voraussetzung ist aber, dass die Kopenhagener Beitrittskriterien uneingeschränkt und ohne Rabatte umgesetzt werden und die EU auch aufnahmefähig ist.
157	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen mit der Türkei auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Denn eine von Präsident Erdogan zunehmend autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine Vollmitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für die Mitgliedschaft in der EU sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien. Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat erfüllt die Türkei zur Zeit eindeutig nicht. Die Türkei ist und bleibt aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner, so wie umgekehrt auch die Türkei auf die Kooperation mit der EU angewiesen bleibt. Wie sich in mittlerer und ferner Zukunft die gegenseitigen Beziehungen der EU und der Türkei entwickeln können, bleibt offen. Umso mehr, als die EU sich selbst in einem Veränderungsprozess hin zu Modellen mit unterschiedlichen Integrationstiefen befindet, die in der Zukunft neue Formen der Einbindung in gemeinsame europäische Strukturen bieten könnten.
158	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für Maßnahmen gegen EU-Staaten ein, die dauerhaft Grund- und Menschenrechte verletzen. Wir beobachten die innenpolitischen Entwicklungen in einigen EU-Staaten mit Sorge. Wer die verfassungsmäßige Gewaltenteilung in Frage stellt, greift den Rechtsstaat in seinem Fundament an. Wer die politische Kontrolle der Medien verschärft, zeigt, dass er von Meinungs- und Pressefreiheit wenig hält. Die EU ist auf gemeinsame Werte wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Demokratie gestützt, die gemäß Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union für jedes Mitglied verbindlich sind. Mittelfristig setzen wir uns für eine Reform der Rechtsstaatskontrolle ein, um bei dauerhaften Verletzungen unserer Werte auch unterhalb der Schwelle des Stimmentzugs wirksame Sanktionen verhängen zu können. Denn nur wenn wir selbst von der Wirkungskraft unserer Werte überzeugt sind und ihnen bei Gegenwind Geltung verschaffen, stärken wir Europa als Wertegemeinschaft.

160	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten möchten, dass die europäische Integration durch ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ vereinfacht wird. Auch nach dem Brexit mit zukünftig 27 Mitgliedstaaten bleibt die europäische Integration angesichts der Vielfalt und Unterschiedlichkeiten der Mitgliedsstaaten ein schwieriger Prozess. Deshalb möchten wir differenzierte Möglichkeiten für unterschiedliche Tiefen und Geschwindigkeiten bei der weiteren Integration schaffen. Mitgliedstaaten, die an der Weiterentwicklung der EU nicht oder nur langsamer teilnehmen wollen, sollen die anderen nicht aufhalten. Wenn weitere Schritte der europäischen Integration nicht von allen Mitgliedstaaten mitgetragen werden, wollen wir mehr Gebrauch von den Möglichkeiten der „Verstärkten Zusammenarbeit“ machen, um die Integration mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten voranzutreiben. Wir sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungsprozess fortgesetzt werden muss, hin zu einer dezentral und bundesstaatlich verfassten Europäischen Union. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits.
235	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Denn viele Menschen verstehen nicht mehr, was die EU macht und fragen sich, warum sich die EU in einige Angelegenheiten einschaltet und in andere nicht. Dadurch verliert die EU an Vertrauen und Zustimmung. Das wollen wir ändern, indem wir die europäischen Institutionen weiter demokratisieren. Das europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlamentssitzen. Die EU-Kommission kann auf maximal 20 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen. Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten Kammer entwickeln. Dort kann jeder Mitgliedsstaat seine Position öffentlich vortragen. Der Rat sollte in Zukunft auch Veto bei Vorschlägen der Kommission einlegen können. Mit diesen Reformen schaffen wir Transparenz und Effizienz, die wichtigsten Bausteine für eine gelungene Integration.
236	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen mehr europäische Synergien für die Rüstungsentwicklung und -beschaffung. Rüstungsentwicklung und -beschaffung ist nicht nur politisch hochbrisant, sondern auch extrem kostspielig. Um Geld zu sparen und die europäische Partnerschaft zu vertiefen, soll es auch für die Rüstungsindustrie einen funktionierenden Binnenmarkt mit einheitlichen Beschaffungsregeln geben. Arbeiten die Mitgliedsländer zusammen, muss Geld nicht durch jedes Land einzeln ausgegeben werden, sondern es reicht die einmalige und zentrale Investition. Verwenden die europäischen Armeen die gleiche Ausrüstung, können in folgenden Schritten die gemeinsame Ausbildung und militärische Integration weiter vorangetrieben werden.

237	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern eine verstärkte Kooperation mit den östlichen Nachbarn der EU. Die Ukraine, Moldau und Georgien haben im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen angenommen. Dieser Weg der vertieften Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn muss weiter ausgebaut werden. Daher sollte die EU ihre Politik strategisch anpassen und verstärkt mit den Partnern sicherheitspolitisch arbeiten, die sich für die europäische Ausrichtung entschieden haben. Wir wollen die Demokratie und die wirtschaftliche Transformation in diesen Ländern fordern und fördern.
239	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Menschenrechtsarbeit in Europa stärken. Das Ziel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist es, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu fördern. Wir wollen die Menschenrechtsarbeit der OSZE und die Stellung des OSZE-Büros stärken. Dies gilt auch für den Europarat sowie insbesondere den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dessen personelle und finanzielle Mittel aufgestockt werden müssen, damit er seiner zentralen Rolle als Grundrechtsgericht für den gesamten Kontinent besser gerecht werden kann. Nur so kann der Menschenrechtsschutz in allen Mitgliedsstaaten und für über 800 Millionen Menschen gewährleistet werden.
240	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für die weltweite Anerkennung des Internationalen Strafgerichtshofs ein. Bis heute sind viele Staaten in der Welt entweder nicht willens oder nicht in der Lage, schwerste Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land strafrechtlich zu verfolgen. China, Indien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan, Russland, die Türkei und die USA entziehen sich der Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs. Als Freie Demokraten unterstützen wir mit Nachdruck seine Arbeit und Stärkung. Nur durch ihn können auch einzelne Amtsträger konsequent zur Verantwortung gezogen werden und rechtsstaatliche Prinzipien weltweit zur Anwendung kommen.
241	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Religion, Hautfarbe, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder einem sonstigen Status. Die Unterdrückung oder Angriffe auf anderer Menschen und Bevölkerungsgruppen sind stets Angriffe auf die Freiheit der ganzen Gesellschaft. So treten wir unter anderem entschlossen der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in der Außen- und Entwicklungspolitik entgegen und setzen uns dafür ein, LGBTI*-Projekte weltweit zu fördern und bei Strafverschärfungen gegen LGBTI die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen.
245	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Mit Nordkorea steht ein weiterer Staat an der Schwelle zur Nuklearmacht und die Bedeutung von Atomwaffen nimmt in der globalen Sicherheitspolitik wieder zu. Gleichzeitig stagnieren oder zerfallen die internationalen Verträge zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Wir brauchen einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Deutschland sollte hier im Interesse der Weltgemeinschaft vorangehen.

246	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten bekennen uns zur NATO und fordern einen Ausbau der Kooperation mit der EU. Denn die NATO ist das erfolgreichste Sicherheitsbündnis aller Zeiten. Neben der Weiterentwicklung einer handlungsfähigen Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik bleibt die NATO weiterhin die Garantin unserer Sicherheit. Deshalb sollte sie ausgebaut und die Kooperation mit der EU verstärkt werden. Im Bereich der digitalen Sicherheit sollten die europäischen Staaten sich zudem um den Auf- und Ausbau des privaten Sektors bemühen. Auf diese Weise lässt sich die Fähigkeitslücke zu den USA schließen und Europa wird zu einem starken Bündnispartner. Als solcher müssen wir uns unserer Verantwortung stärker bewusst werden und diese auch aktiv wahrnehmen. Dies schließt eine stärkere Beteiligung an der Finanzierung der NATO, aber auch an Einsätzen und Missionen mit ein.
248	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Für uns Freie Demokraten ist und bleibt die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. Das Parlamentsbeteiligungsgesetz hat sich zur Schaffung von Rechtssicherheit bei bewaffneten Einsätzen der Bundeswehr im Ausland grundsätzlich bewährt. Parlamentarische Entscheidungen zu Einsätzen der Bundeswehr müssen aber effizienter werden. Gerade in einer immer enger werdenden Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU muss Deutschland handlungsfähig bleiben. Wir Freie Demokraten wollen deshalb den Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags unter Berücksichtigung der Vorgaben durch das Bundesverfassungsgericht so weiterentwickeln, dass verstärkt gemeinsame EU-Einsätze ermöglicht werden. Das Parlament sollte jährlich detailliert vorab informiert werden, in welchen multinationalen Einsätzen von Deutschland Mitwirkung erwartet werden könnte und welche spezifischen Fähigkeiten dazu bereitgestellt werden müssten. Eine permanente Prozessberichterstattung über die Einsätze soll das Parlament in einem quasi „Standby“-Informationsmodus halten. Bei eintretenden Lagen, die eine sofortige Entscheidung erfordern, wäre so die parlamentarische Meinungsfindung und Debatte deutlich beschleunigt. Ausnahmen sind nur zum Schutz der Soldatinnen und Soldaten im Einsatz zulässig.
249	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen an der Aussetzung der Wehrpflicht festhalten. Die globale sicherheitspolitische Lage hat sich seit dem Kalten Krieg nachhaltig und dauerhaft verändert. Bedrohungen wie der internationale Terrorismus stellen uns vor neue Herausforderungen. Bündnisverpflichtungen und weltweite Auslandseinsätze sind die heutigen Einsatzszenarien. Deutschland braucht deshalb gut ausgebildete und voll einsatzbereite, moderne Streitkräfte. Eine Wehrpflichtarmee, die einen wesentlichen Teil der Berufs- und Zeitsoldaten im Inland bindet, kann diese Anforderungen nicht erfüllen. Zudem konnte bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht die vom Grundgesetz geforderte Wehrgerechtigkeit über Jahre hinweg nicht gewährleistet werden. Die Wehrpflicht ist eine Einschränkung persönlicher Freiheit ohne stichhaltige Begründung.



250	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Bundeswehr stärken. Wir setzen uns dafür ein, dass die wichtige Arbeit der Bundeswehr Anerkennung in der Öffentlichkeit erfährt. Die Wertschätzung des anspruchsvollen und gefährlichen Dienstes unserer Soldatinnen und Soldaten ist gerade für eine Armee im Einsatz von überragender Bedeutung. Die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung wollen wir unter anderem durch den Erhalt einer entsprechenden Repräsentanz und durch Aufklärungsarbeit erreichen.
251	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine moderne Bundeswehr mit einsatzorientierten Strukturen ein. Der Modernisierungsprozess der Bundeswehr muss weiter vorangetrieben und den neuen Anforderungen angepasst werden. Dabei wollen wir auch die Attraktivität des militärischen Dienstes steigern. Denn die Bundeswehr steht im Wettbewerb mit anderen Arbeitgebern um die besten Bewerberinnen und Bewerber. Um den Personalbedarf weiterhin zu decken und junge Menschen für den anspruchsvollen Dienst zu gewinnen, muss die Attraktivität des Dienstes kontinuierlich verbessert werden. Entscheidende Faktoren sind dabei moderne und ausreichende Ausrüstung, Arbeitszeitbelastung, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit, die Versorgung im Falle der Verwundung und nicht zuletzt die Vereinbarkeit von Familie und Dienst.
253	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten sprechen uns für die schnelle Beschaffung und den Einsatz von bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr aus. Diese sollen die Fähigkeiten der Luftwaffe ergänzen und einzelne Elemente ersetzen. Bei der ersten Beschaffung soll auf bewährte und am Markt verfügbare Systeme zurückgegriffen werden und zusammen mit den Verbündeten gearbeitet werden. Zugleich befürworten wir im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) die Entwicklung einer europäischen Drohne. Zeitgleich muss der gesetzliche Rahmen für die technische Zulassung und die Zulassung für den europäischen Luftraum erarbeitet werden.
254	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten lehnen einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inland strikt ab. Die grundsätzliche Trennung der Zuständigkeiten von Bundeswehr und Polizei soll erhalten bleiben. Es ist und bleibt die oberste Aufgabe der Bundeswehr, die Sicherheit Deutschlands nach außen zu gewährleisten. Die bereits jetzt mögliche Übernahme von Aufgaben der Bundeswehr im Inneren bei besonderen Lagen, zum Beispiel bei Naturkatastrophen, soll Bestand haben. Die Bundeswehr darf aber nicht als Hilfspolizei oder zur Entlastung von Länderhaushalten, die die nötigen Personalausgaben für Polizeikräfte verweigern, missbraucht werden. Die derzeitigen gesetzlichen Grundlagen halten wir für ausreichend.
257	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten stehen für eine deutsche Außenpolitik des friedlichen Dialogs und fairen Ausgleichs. Unsere bedachte Verhandlungsdiplomatie hat uns international zu respektierten Partnern gemacht und ermöglicht es uns, in die ganze Welt freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Gleichzeitig wächst Deutschlands internationale Verantwortung, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen: Wenn es zum Schutz unserer eigenen Sicherheit, der Sicherheit unserer Partner oder zur Wahrung von Menschenrechten und Frieden in der Welt zwingend notwendig ist, muss auch der Einsatz militärischer Mittel als „Ultima Ratio“ in Betracht kommen.

258	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern eine Strategie der erneuerten Partnerschaft mit den USA. Die Transatlantische Partnerschaft ist eines der großen friedentiftenden Elemente in Europa. Gerade in unsicheren Zeiten ist diese Partnerschaft wichtiger denn je. Allerdings haben sich die transatlantischen Beziehungen in den letzten Jahren durch einen fehlenden Diskurs über unsere gemeinsamen Werte und vor allem über strategische Interessen nicht weiterentwickelt. Ein abgestimmtes Handeln der USA und Europas ist kaum noch zu erkennen. Deswegen muss es auf politischer Ebene zu regelmäßigen Treffen auf Ministerebene kommen. Aber wir wollen auch auf anderer Ebene von den Impulsen der Vereinigten Staaten profitieren: Auf akademischer Ebene sollten neben dem universitären Austausch auch Schüleraustauschprogramme, die seit Jahren rückläufig sind, mit einem deutsch-amerikanischen Jugendwerk institutionell gestärkt werden. Außerdem muss der Fachkräfteaustausch durch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen erleichtert werden. All diese Maßnahmen schaffen Vertrauen bei gleichzeitigem konkretem Nutzen für die Menschen in beiden Ländern.
259	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern eine außenpolitische Asien-Strategie, die auf Rechtsstaatlichkeit und friedliche Reformen setzt. Asien gehört zu den dynamischsten Regionen der Welt. Die rasante Entwicklung, wirtschaftlich wie politisch, hat auch weitreichende Auswirkungen auf Europa und Deutschland. Um diese enormen Potenziale der Region zu nutzen, bedarf es in Asien rechtsstaatlicher Strukturen, einer starken Mittelschicht und der Wahrung des Friedens. Regionale Konflikte wie der Konflikt im Südchinesischen Meer und das Atomwaffenprogramm Nordkoreas stellen eine große Gefahr für uns alle dar. Wir wollen die Länder der Region daher auffordern, internationale Urteile und Abkommen zu respektieren und umzusetzen. Gleichzeitig treten wir für eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Entwicklung einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaftsweise ein, um der enormen Umweltverschmutzung in Asien Einhalt zu gebieten.
301	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wollen die Flüchtlingsfrage in enger Kooperation mit europäischen Nachbarregionen lösen. Wenn Staaten eine besondere Verantwortung bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, wie etwa der Libanon oder Jordanien, wollen wir sie bei der Schaffung von Sonderwirtschaftszonen unterstützen, um die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. Dort sollen Investitionen aus der EU vereinfacht und Handelshemmnisse für die Ausfuhr in die EU beseitigt werden. Außerdem wollen wir mehr Anreize für reguläre Migration aus den betroffenen Regionen schaffen. Deutschland und die EU müssen die Anzahl an Arbeitsmarkt- und Ausbildungsvisa erhöhen. Zudem muss bereits in den betroffenen Staaten über Wege regulärer Migration aufgeklärt und dafür geworben werden.
339	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten halten das Menschenrecht auf Asyl für nicht verhandelbar. Effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit müssen weiterentwickelt werden. Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszonen, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden. Fluchtursachen wie gewaltsame Konflikte, Armut, Hunger, Unsicherheit und fehlende Rechtsstaatlichkeit müssen aber auch vor Ort bekämpft werden. Oberste Priorität hat hier ein Waffenstillstand in Syrien. Um Menschen die lebensgefährliche Reise über das Mittelmeer

		mittels Schleppern zu ersparen, möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Ein Visum aus humanitären Gründen sollte nach Schweizer Vorbild ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass der Antragsteller oder die Antragstellerin unmittelbar, ernsthaft und konkret an Leib und Leben gefährdet ist.
353	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten fordern einen Fokus auf Meerespolitik als Zukunftsaufgabe. Meere und Ozeane spielen als Quelle für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Energie, als Transportweg oder Erholungsgebiet eine wichtige Rolle bei wachsender Weltbevölkerung. Die maritime Wirtschaft hat enormes Potential in Sektoren wie Wellen-, Tide- und Offshore-Windenergie, Aquakultur, blauer Biotechnologie, Meeresbergbau und maritimem Tourismus. Dennoch wissen wir mehr über Mond und Mars als über die Tiefsee der Erde. Wir unterstützen daher den Ausbau der Meeresforschung und stehen für eine nachhaltige Meerespolitik, die wirtschaftliche Nutzung, Umweltschutz und Sicherheit in Einklang bringt. Die Konsequenzen des Klimawandels wie auch Überfischung, Plastikmüll, Meeresverschmutzung und Piraterie stellen eine Gefahr für den größten Lebensraum der Erde dar. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Deutschland international eine Vorreiterrolle einnimmt – sowohl im Bereich von Innovation und Forschung als auch bei der ökonomischen und ökologischen Entwicklung der Meere.
355	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Null-Toleranz-Politik bei Doping und für sauberen Sport in Deutschland und der Welt ein. Denn Doping ist Betrug an den sauberen Athletinnen und Athleten, den Zuschauerinnen und Zuschauern, den Veranstaltern und den Sponsoren und muss daher nachhaltig bekämpft werden. Deshalb unterstützen wir die Arbeit der Anti-Doping-Agenturen (NADA national und WADA international). Wir wollen auf diesem Feld die Forschung verstärken und mit technologischen Innovationen intelligentere und effizientere Kontrollen ermöglichen. Die Kontrollen der Athleten müssen aber stets auf rechtsstaatlicher Grundlage erfolgen und die Persönlichkeitsrechte achten.
356	Freiheit und Menschenrechte weltweit	Wir Freie Demokraten wenden uns bei Sportveranstaltungen gegen jede Form von Gewalt. Veranstalter und Sicherheitsbehörden sind aufgefordert alles zu tun, um Gefährdungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie Zuschauerinnen und Zuschauern zu verhindern. Das rechtfertigt aber nicht, Bürgerrechte unangemessen einzuschränken. Deshalb wollen wir die Speicherung von Daten bei Ermittlungsverfahren und die Aufnahme in eine Gewalttäterdatei hohen rechtlichen Hürden unterwerfen. Zudem lehnen wir eine Beteiligung der Sportvereine an den Kosten der Polizeieinsätze aus Gleichheitsgrundsätzen ab. Der Profisport leistet mit seinen Steuern und Abgaben bereits einen hohen Beitrag, kleinere Vereine wären völlig überfordert.

161	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen die Glaubwürdigkeit der im europäischen Recht verankerten Nichtbeistandsklausel stärken. Diese besagt, dass weder die Europäische Union noch einzelne Mitglieder für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates haften müssen. Sie soll hierdurch sicherstellen, dass die Mitgliedsstaaten die Folgen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen und somit Haushaltsdisziplin wahren. Wer den Staaten Geld leiht, soll deren eigene Bonität zur Grundlage dafür machen, wie hoch die Zinserwartung ist und nicht fremde Bonität. Denn nur so kann der Zins als ökonomische Schuldenbremse wirken. Allerdings hat die Große Koalition mit ihrer Zustimmung zum dritten Hilfspaket für Griechenland die Glaubwürdigkeit der Nichtbeistandsklausel erheblich in Frage gestellt. Denn sie hat Finanzhilfen gebilligt, obwohl die Schuldentragfähigkeit Griechenlands nicht gesichert war. Wir wollen, dass die Vermischung von Verantwortung durch gemeinschaftliche Haftung ausgeschlossen bleibt. Deshalb darf der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht als ständiger Nothelfer missbraucht werden, sondern ESM-Finanzhilfen dürfen nur strikt nach den dafür vorgesehenen Regeln vergeben werden. Um nicht dauerhaft falsche Anreize zu setzen, wollen wir zudem, dass die Ausleihkapazität des ESM kontinuierlich wieder zurückgefahren wird. ESM-Hilfen sollen auch nicht dauerhaft durch weitere Maßnahmen der Europäischen Zentralbank ergänzt oder ersetzt werden. Eine Staatsfinanzierung durch die Notenpresse lehnen wir strikt ab. Zudem wollen wir eine Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen, damit bei fehlender Schuldentragfähigkeit eine geordnete Schuldenumstrukturierung als Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine möglich wird. Denn nur so kann die Gefahr gebannt werden, dass die Währungsunion zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird.</p>
162	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete Staatsinsolvenzen in der Eurozone schaffen. Dadurch können Mitglieder der Währungsunion ihre Schulden in einem regelgeleiteten Verfahren restrukturieren, wenn sie politisch und ökonomisch nicht mehr in der Lage sind, ihre Schuldentragfähigkeit wiederherzustellen. Die Gläubiger erhalten anders als bei einem ungeordneten Verfahren Planungssicherheit und Fehlanreize auf den Finanzmärkten werden reduziert. Denn mit einem Insolvenzverfahren wird der Ausfall eines Staates als Schuldner zum realistischen Szenario, was das Risikobewusstsein der Gläubiger erhöht. Ein wirksamer Insolvenzmechanismus setzt voraus, dass ein politisch unabhängiges Gremium für die Überwachung des Verfahrens zuständig ist. Verbindliche Regeln sollen allen Beteiligten Sicherheit darüber bieten, wann das Verfahren beginnt und dass es zügig beendet werden kann. Damit einzelne Gläubiger die Umschuldungsverhandlungen nicht blockieren können, sind die Umschuldungsklauseln in den europäischen Staatsanleihen entsprechend anzupassen. Zudem muss das Verfahren zwingend mit einem klaren makroökonomischen Reformprogramm verbunden sein. Finanzhilfen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) sollen zeitlich begrenzt und nur gegen strikte Auflagen gewährt werden. Hier gilt ganz klar das Prinzip: Solidarität gegen Solidität. Eine automatische Verlängerung der Laufzeiten von Staatsschulden zu Beginn des Verfahrens könnte außerdem dazu beitragen, den Finanzierungsbedarf zu senken.</p>

164	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die europäischen Verträge so anpassen, dass Mitgliedsstaaten nach einem geregelten Verfahren aus dem Euro-Währungsgebiet austreten können, ohne ihre EU-Mitgliedschaft zu verlieren. Denn wenn ein Staat dauerhaft überfordert ist, seine Wettbewerbsfähigkeit und Schulden tragfähigkeit innerhalb der Währungsunion wiederherzustellen, kann der Austritt aus dem Euro sinnvoll und notwendig sein. Mit der Rückkehr zu einer eigenen Währung und der Möglichkeit, diese abzuwerten, kann dieser Staat seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Staaten scheuen diesen Weg aber, weil er bislang rechtlich an den Austritt aus der Europäischen Union gekoppelt ist. Diese Koppelung wollen wir beenden.
165	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen Bankenregulierung beenden. Denn Staatsanleihen gelten noch immer als risikolos, sodass Banken dafür kein Eigenkapital zurücklegen müssen. Zudem gibt es für Staatsanleihen keine Großkreditgrenze wie sie für Unternehmenskredite gilt. So darf eine Bank einem einzelnen Unternehmen maximal einen Kredit in Höhe von 25 Prozent ihrer anrechenbaren Eigenmittel gewähren. Für einige Banken des Euroraums ist es daher noch immer lukrativ, in großem Umfang Anleihen des eigenen Staates zu halten. Dies führt zu sogenannten Klumpenrisiken, weil der Ausfall eines Staates als Schuldner Banken dann schnell in ihrer Existenz gefährden kann. Deshalb fordern wir für Staatsanleihen eine risikoadäquate Eigenkapitalunterlegung sowie Großkreditgrenzen. Die Großkreditgrenzen sollen für Anleihen gemäß der Bonität eines Staates zwischen 25 und 100 Prozent der Eigenmittel variieren und mit einer zehnjährigen Übergangsphase eingeführt werden. Dadurch werden Bankenrisiken begrenzt, weil Banken Verluste besser kompensieren können und weniger Klumpenrisiken entstehen. Zudem werden so Anreize für billige Kredite für Staaten abgebaut.
166	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Pläne der EU-Kommission für eine gemeinsame europäische Einlagensicherung stoppen. Denn für eine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken fehlen schlicht die Voraussetzungen: Viele europäische Banken sind noch nicht ausreichend saniert und weisen in ihren Bilanzen noch hohe Risiken auf. Sie würden durch eine gemeinsame Einlagensicherung nur ihre Probleme abwälzen. Leidtragende wären damit letztlich die Sparerinnen und Sparer in Deutschland. Bevor die Banken Europas nicht stabilisiert sind und sämtliche EU-Mitgliedstaaten die bereits verabschiedeten Vorschriften zur nationalen Einlagensicherung erfüllen, ist eine gemeinsame europäische Einlagensicherung ein vermeidbares Risiko für die Sparerinnen und Sparer in Deutschland.

167	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass beim europäischen Bankenabwicklungsmechanismus die sogenannten „Bail-in“-Regeln und die damit vorgesehene Haftungsreihenfolge konsequent angewandt werden. Das bedeutet, dass im Insolvenzfall zunächst die Aktionäre und Gläubiger einer Bank in Haftung genommen werden. Erst dann können Mittel des gemeinsamen Abwicklungsfonds herangezogen werden, in den die europäischen Banken einzahlen. Staatliche Rekapitalisierungen darf es allenfalls nur in absoluten Ausnahmefällen und als fiskalisch neutrale Kredite geben, wenn die bisherigen Mittel nicht ausreichen und die Finanzstabilität gefährdet ist. Denn nur durch eine strikte Umsetzung gewinnt der europäischen Bankenabwicklungsmechanismus an Glaubwürdigkeit und sendet das notwendige Signal an Banken und ihre Gläubiger, dass sie nicht ständig auf Staatskosten gerettet werden.
168a	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen Bankenaufsicht und Geldpolitik in Europa strikt trennen. Die Entwicklung seit 2009 zeigt, dass dies notwendig ist. Denn wenn beide Aufgaben von derselben Institution verantwortet werden, wie aktuell von der Europäischen Zentralbank (EZB), besteht die Gefahr von Interessenkonflikten. So gewährt die EZB im Rahmen ihrer Geldpolitik den europäischen Banken einerseits Kredite und wird zu deren Gläubigerin. Andererseits übt sie seit 2014 die Aufsicht über die wichtigsten Kreditinstitute des Euro-Raums aus. Dieser Interessenkonflikt könnte dazu führen, dass aufsichtsrechtliche Konsequenzen für Banken milder ausfallen oder später folgen als notwendig. Oder dass bestimmte geldpolitische Maßnahmen unterbleiben, um Großbanken nicht zu gefährden. Deshalb wollen wir beide Aufgaben institutionell trennen.
168c	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten treten dafür ein, die Deutsche Bundesbank im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) zu stärken. Denn wir halten die aktuellen Abstimmungsregelungen für unangemessen: Obwohl Deutschland etwa ein Viertel des Haftungsrisikos der EZB trägt, zählt die Stimme der Bundesbank nur genauso viel wie etwa die von Malta oder Zypern. Bei jeder fünften Sitzung hat die Bundesbank wegen eines Rotationsprinzips gar kein Stimmrecht. Das ist eine Folge der EZB-Statuten und seit dem Beitritt Litauens der Fall. Das soll sich ändern. Deshalb fordern wir eine Stimmgewichtung, die Aufhebung des Rotationsprinzips für die fünf größten Zentralbanken und ein Vetorecht für große Zentralbanken bei außergewöhnlichen Entscheidungen wie zum Beispiel Staatsanleihekäufen.
169	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Durchsetzung automatischer Sanktionen zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union. Denn die bisher bestehenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen funktionieren nicht. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass EU-Mitglieder laufend gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoßen, ohne dass es zu finanziellen Sanktionen kommt. Damit der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht bloß Absichtserklärung bleibt, brauchen wir neue Regeln, die die EU-Mitgliedsstaaten spürbar zu mehr Haushaltsdisziplin bewegen. Zentral ist für uns dabei, dass die Sanktionen bei einem abgeschlossenen Defizitverfahren automatisch vollzogen werden. Denn wenn Sanktionen ständig aus politischen Gründen ausgesetzt werden, sind sie unglaubwürdig. Zudem sollte die Blockierung von Unterstützungsgeldern durch die EU-Kommission als Sanktionsmaßnahme möglich sein.

171	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen eine Europäische Union (EU), die solide wirtschaftet – ohne Schulden und ohne zusätzliche eigene Steuern. Denn auch die EU ist zu Sparsamkeit und einer effizienten Mittelverwendung angehalten. Deshalb halten wir strikt am Verschuldungsverbot der EU fest. Den überwiegenden Teil der Haushaltsmittel erhält die EU von den Beiträgen der Mitgliedsstaaten gemäß ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft. Vorschläge, dass die EU Rechte erhalten soll, um eigene Steuern zu erheben, lehnen wir ab. Schließlich besteht darin auch immer die Gefahr, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger ständig weiter belastet werden. Viel sinnvoller ist es für uns, sämtliche EU-Ausgaben auf Sinn und Angemessenheit zu überprüfen.</p>
172	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen Bund und Länder in die Lage versetzen, frühzeitig und nachhaltig möglichen Verstößen gegen die Schuldenbremse entgegenzuwirken. Die Schuldenbremse regelt, dass der Bund seit 2016 und die Länder ab 2020 grundsätzlich ausgeglichene Haushalte aufweisen müssen. Abgesehen von wenigen Ausnahmen ist für die Länder dann keine Neuverschuldung mehr zulässig, für den Bund ist sie auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr begrenzt. Dafür wollen wir eine größere Steuerautonomie bei den Ländern und Hebesatzrechte für die Länder auf die jeweiligen Anteile an den Bundessteuern einführen. Letztere wären dann das Instrument, um Einnahmeausfälle auszugleichen und einen Verstoß gegen die Schuldenbremse zu vermeiden.</p> <p>Darüber hinaus wollen wir wirksame Klagemöglichkeiten einführen, etwa durch eine aufschiebende Wirkung der Klageerhebung bei gerügten Verstößen gegen die Schuldenbremse.</p>
173	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine Altschulden abbaut, statt sich auf der „schwarzen Null“ auszuruhen. Denn sollte eines Tages das Zinsniveau wieder ansteigen, dann bricht uns der hohe Schuldenberg möglicherweise finanziell das Genick. Schließlich waren es vor allem die niedrigen Zinsen und Rekordsteuereinnahmen, die in den letzten Jahren einen ausgeglichenen Haushalt ermöglicht haben. Besondere Sparanstrengungen der Bundesregierung blieben dagegen aus. Der Schuldenberg ist nach wie vor hoch. Mit 71,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes lag Deutschlands Schuldenstandquote 2015 über der 60-Prozent-Marke nach den Maastricht-Kriterien, die die wirtschaftliche Stabilität des Euroraumes sicherstellen sollen.</p> <p>Deutschland muss daher mit gutem Beispiel vorangehen und seine Schulden zügig abbauen. Ein nachhaltiger Schuldenabbau ist zudem eine Frage der Generationengerechtigkeit. Schließlich kann sich das Zinsniveau mittelfristig wieder ändern. Steigende Zinszahlungen reduzieren zusammen mit vielen weiteren Zahlungsverpflichtungen des Staates dann immer mehr den haushaltspolitischen Ausgabenspielraum – und damit auch die Zukunftschancen unserer Kinder und Enkel.</p>

174	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen grundlegend neu ordnen. Dadurch wollen wir die finanzielle Eigenständigkeit der Bundesländer und der Kommunen sowie den föderalen Wettbewerb stärken. Denn eine starke Eigenverantwortung ist Voraussetzung für solide öffentliche Finanzen. Heute führen aber geteilte finanzielle Zuständigkeiten, Mischfinanzierungen und Gemeinschaftssteuern oft zu Intransparenz und fehlenden Verantwortlichkeiten. Deshalb wollen wir diese Strukturen so weit wie möglich abbauen. Gleichzeitig wollen wir die Steuerautonomie der Länder und Kommunen erhöhen. Sie sollen eigene Hebesatzrechte auf die zuvor gesenkte Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer erhalten. Denn dies fördert den transparenten Wettbewerb zwischen den staatlichen Ebenen und schafft mehr Planungssicherheit. Damit sich wirtschaftliche Anstrengungen der einzelnen Bundesländer auch lohnen und nicht bestraft werden, wollen wir den Länderfinanzausgleich entsprechend reformieren.
175	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen ein echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern. Dies bedeutet, dass Bund und Länder den Kommunen nur dann zusätzliche Aufgaben übertragen dürfen, wenn die Finanzierung durch den Gesetzgeber gewährleistet ist. Es muss gelten: Wer neue Aufgaben schafft, muss diese auch bezahlen. Denn eine strukturelle Ursache für die dramatische Finanzlage vieler Städte und Gemeinden liegt darin, dass Bund und Länder neue Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne ausreichend finanzielle Mittel für die Aufgabenerfüllung bereitzustellen. Dies hat sich zum Beispiel bei der Unterbringung der Flüchtlinge gezeigt. Selbst wenn Mittel des Bundes für die Kommunen vorgesehen sind, verbleiben diese häufig auf der Ebene der Länder und werden nicht weitergeleitet. Daher wollen wir ein echtes Konnexitätsprinzip, das es dem Bund zugleich ermöglicht, den Kommunen direkt Geld für neue Aufgaben schnell und ohne Umweg über die Länder bereitzustellen.
177	Politik, die rechnen kann	Wir wollen, dass jede staatliche Ebene – Kommune, Bundesland, Bund – für ihre eigenen Schulden haftet. Deshalb wollen wir die Eigenverantwortung im deutschen Föderalismus stärken und eine Insolvenzordnung für Gebietskörperschaften nach dem Vorbild der Schweiz schaffen. Denn heute stehen die Gebietskörperschaften in einer Haushaltsnotlage als „Ultima Ratio“ füreinander ein. Dadurch ergibt sich faktisch eine Haftungsgemeinschaft. Diejenigen, die gut wirtschaften, müssen die Risiken derjenigen mittragen, die schlecht wirtschaften. Das wiederum setzt die disziplinierende Wirkung des Kapitalmarktes, beispielsweise durch Zinsaufschläge, außer Kraft. Wir wollen aber Anreize für solides Haushalten schaffen und klare Regeln für den Fall einer Überschuldung. Die Beispiele der Schweiz und Kanada zeigen, dass die Eigenverantwortung für die Schulden der Kantone und Provinzen zu solideren öffentlichen Finanzen führt. Eine Insolvenzordnung regelt im Fall der Überschuldung die Umstrukturierung der Schulden, ermöglicht eine geordnete Gläubigerbeteiligung und sichert die Handlungsfähigkeit der Kommune, des Landes oder des Bundes bei der Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen.



178	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Neugliederung des Bundesgebietes ein. Das bedeutet, dass einige Bundesländer, Kreise und Kommunen zusammengelegt werden sollen. Denn viele Strukturen in unserem Staat sind historisch gewachsen. Doch nicht alles, was Tradition ist, macht heute noch Sinn. So sind viele der als kompliziert oder reformbedürftig empfundenen Regelungen in unserem Staat auch eine Folge des 16-Länder-Föderalismus. Wenn dagegen staatliche Strukturen zusammengelegt werden, hebt das Synergien und macht den Staat handlungsfähiger. Beispielsweise können Reformen schneller umgesetzt, Mittel effizienter verwendet und Aufgaben professioneller durchgeführt werden. Wir wollen diese Potenziale nutzen und über Volks- und Bürgerentscheide sicherstellen, dass dies von den betroffenen Menschen auch akzeptiert wird.
180	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen eine Belastungsgrenze für Steuern und Sozialabgaben im Grundgesetz festschreiben. Denn wir wollen, dass den Bürgerinnen und Bürgern genügend von ihrem Einkommen bleibt, damit sie sich ihre Wünsche erfüllen und eine eigene Altersvorsorge leisten können. Nur moderate Steuer- und Beitragssätze schaffen diese notwendigen Freiräume. Die Realität sieht jedoch anders aus: Laut OECD werden Beschäftigte in Deutschland weit überdurchschnittlich mit Steuern und Sozialabgaben belastet: Bei einem alleinstehenden Durchschnittsverdiener entfielen darauf rund 50 Prozent der Arbeitskosten, also seines Bruttoverdienstes und der Sozialabgaben durch den Arbeitgeber. Das wollen wir ändern und eine Höchstgrenze für die Steuer- und Abgabenbelastung festschreiben, die der Staat nicht überschreiten darf. Die Höhe dieser Grenze sollte so gering wie möglich sein, um Leistungsgerechtigkeit zu erhalten und Wachstumspotentiale freizusetzen. Jedoch so hoch wie nötig, um einen schlanken, aber handlungsfähigen Staat zu finanzieren.
181	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer. Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Deshalb wollen wir den Tarif „nach rechts verschieben“, sodass der jeweils nächste Steuersatz erst bei einem höheren Einkommensbetrag steigt. Den sogenannten Mittelstandsbauch wollen wir abflachen und so einen leistungsgerechteren Tarif gestalten. Die Kinderfreibeträge wollen wir weiter anheben und damit Familien entlasten. Den Werbungskostenpauschbetrag wollen wir erhöhen und dadurch auch die Steuererklärung weiter vereinfachen.

182	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen den Einkommenssteuertarif so ändern, dass der Staat nicht länger von heimlichen Steuererhöhungen profitiert. Nach Berechnungen des ifo Instituts hat der Staat seit 2010 ein zusätzliches Steueraufkommen in Höhe von 70 Milliarden Euro über die sogenannte Kalte Progression erhalten. Im gleichen Zeitraum ist für eine vierköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von 50.000 Euro die jährliche Steuerbelastung um mehr als 3.000 Euro gestiegen. Wenn eine regelmäßige Korrektur des Einkommensteuertarifs unterbleibt, werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch in den kommenden Jahren erhebliche Mehrbelastungen zu tragen haben. Bis zum Jahr 2030 erhöhen sich die jährlichen Mehreinnahmen auf 65 Milliarden Euro. Wir wollen einen dauerhaften Einstieg in eine regelmäßige Anpassung des Steuertarifs an die Inflation und die Einkommensentwicklung – der Tarif wird also „auf Räder gestellt“. Wenn die Bürgerinnen und Bürger durch Fleiß und Anstrengung ihr Einkommen verbessern, dann sollen sie in erster Linie davon profitieren.
184	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag abschaffen. Der Solidaritätszuschlag war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Seine Einführung im Jahr 1991 war von der Politik mit der Finanzierung der Deutschen Einheit gerechtfertigt worden. Bereits seit dem Jahr 2011 übersteigen die Soli-Einnahmen die jährlichen Ausgaben aus dem Solidarpakt. Ende 2019 läuft der Solidarpakt aus. Dann ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu rechtfertigen. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der politischen Glaubwürdigkeit. Wir wollen den Solidaritätszuschlag innerhalb der nächsten Legislaturperiode abschaffen.
185	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Sparen und Vermögensaufbau lohnen. Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen ist gut: für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, ihre Familien und für die Gesellschaft. Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. Anstrengung muss sich lohnen. Sollte das Bundesverfassungsgericht den jetzt gefundenen Kompromiss bei der Erbschaftsteuer verwerfen, streben wir eine verfassungskonforme und zugleich ökonomisch vertretbare Neuregelung der Erbschaftsteuer an. Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer wollen wir dabei nicht erhöhen. Wir wollen langfristig den Übergang zu einem einfachen System mit einem einheitlichen Steuersatz (Flat Tax). Heute sind die Regeln bei der Erbschaftsteuer sehr kompliziert. Das sorgt auch für Rechtsunsicherheit, weil immer eine Verfassungswidrigkeit im Raum steht. Auch bei einer Flat Tax wollen wir sicherstellen, dass Unternehmen die Erbschaftsteuer immer aus den Erträgen bezahlen können. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns. Bei Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern wollen wir, dass zukünftig keine Erbschaftsteuer anfällt.
185a	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten setzen uns für die Abschaffung der Abgeltungsteuer ein. Ursprünglich war die Einführung der Abgeltungsteuer richtig, um den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts für eine rechtssichere Zinsbesteuerung zu entsprechen. Mit Einführung und dem Funktionieren eines umfassenden automatischen Informationsaustauschs über Kapitaleinkünfte zwischen den Staaten ab 2018 entfällt allerdings die Rechtfertigung für eine

		<p>Sonderbehandlung. Wir wollen deshalb zukünftig auf ein faires Besteuerungskonzept für Kapitaleinkünfte übergehen, das die private Alters- und Vermögensvorsorge stärkt. Dazu wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen. Für ausgeschüttete Unternehmensgewinne (Dividenden) wollen wir ein Teileinkünfteverfahren schaffen, das die steuerliche Vorbelastung der Gewinne auf der Unternehmensebene angemessen berücksichtigt. Für Zinsen wollen wir den Sparerfreibetrag von heute 801 Euro für Singles auf 1.200 Euro und für Ehegatten von 1.602 Euro auf 2.400 Euro erhöhen. Eine Spekulationsfrist von einem Jahr für Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wollen wir wiedereinführen. Heute müssen beispielsweise Kursgewinne beim Verkauf von Aktien immer versteuert werden, unabhängig davon, wie lange die Aktie gehalten wurde. Wir wollen die langfristige Kapitalanlage in Unternehmen attraktiv machen, damit viele Menschen bei ihren Sparsbemühungen und bei ihrer Altersvorsorge an den Wachstumsgewinnen teilhaben können.</p>
186	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen eine technologieoffene steuerliche Forschungsförderung einführen. Dadurch sollen die Unternehmen in Deutschland einen bestimmten Prozentsatz ihrer Personalaufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Steuergutschrift (Forschungsprämie) erhalten. Forschung und Innovationen werden also indirekt über das Steuersystem gefördert. Denn die Stärke unserer Wirtschaft liegt in der Innovationskraft der Unternehmen, in Spitzentechnologien, -produkten und -dienstleistungen. Und das umso mehr im digitalen Zeitalter. Daher sind FuE-Investitionen entscheidend für die künftige Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze und Wohlstand. Bestehende Förderinstrumente, wie die Projektförderung mit direkten Mitteln, reichen hier nicht aus. Sie ist vor allem für kleine und mittlere Unternehmen wegen der vielen Auflagen und übermäßigen Bürokratie zu unattraktiv. Die steuerliche Forschungsförderung ist dagegen unbürokratisch, da Projektanträge und Genehmigungsverfahren entfallen. Zudem können die Unternehmen gleichermaßen davon profitieren, unabhängig von der Branche oder Art und Inhalt der Innovationsideen. Viele andere OECD- und EU-Mitgliedsstaaten verfügen bereits über dieses Instrument. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung empfiehlt seit Jahren, die steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Das wollen wir tun, damit deutsche Unternehmen nicht länger einen Standortnachteil haben. Wir wollen, dass Forschungsprämie mit der Steuerschuld verrechnet oder – im Verlustfall – als negative Einkommensteuer ausgezahlt wird. Diese Liquiditätsspritze hilft besonders Start-ups und Unternehmen in Erneuerungs- oder Krisensituationen.</p>

187	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Abschreibungsbedingungen verbessern. Für uns setzt ein faires Steuersystem die notwendigen Impulse für Innovation, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Deutschland. Wir wollen deshalb die degressive AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter wiedereinführen, auch um den technologischen Wandel zu beschleunigen. Für digitale Anlagegüter wie Hard- und Software wollen wir einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von höchstens drei Jahren, um die kurzen technologischen Zyklen dieser Güter fair abzubilden und die Investitionen in die Digitalisierung zu stärken. Die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir ebenfalls erhöhen. Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wohnungsbau sind nicht attraktiv. Hier wollen wir die Bedingungen verbessern und die lineare Abschreibung von zwei Prozent auf drei Prozent erhöhen.
190	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Unternehmen – auch und gerade große internationale Unternehmen selbstverständlich ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Heute ist es so, dass gerade internationale Konzerne das internationale Steuerrecht zu aggressiver Steuerplanung ausnutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl auf internationaler Ebene der G20-Gruppe als auch auf Ebene der Europäischen Union Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen, den Standort Deutschland aber nicht gefährden.
196	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro einführen. Denn die Steuertreiberei der Bundesländer macht es Familien aus der Mittelschicht fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben. Der Freibetrag soll einmalig für den Erwerb eine Wohnimmobilie durch eine natürliche Person gelten. Wenn zum Beispiel eine Familie endlich in ihrem eigenen Haus leben möchte, soll sie bis zu einem Kaufpreis von 500.000 Euro keine Grunderwerbsteuer zahlen. Erst ab dann wird die Steuer fällig. Dies ist notwendig, weil seit 2006 die Grunderwerbsteuerlast deutlich gestiegen ist, was vielen den Erwerb der eigenen Immobilie erschwert. Denn einige Bundesländer haben seitdem ihren Grunderwerbsteuersatz fast verdoppelt: von dreieinhalb auf sechseinhalb Prozent. Bei einem Kaufpreis von 300.000 Euro beispielsweise fallen dort dann fast 20.000 Euro zusätzlich für die Grunderwerbsteuer an. Mit dem vorgeschlagenen Freibetrag würde die Grunderwerbsteuer in diesem Fall auf null sinken, also gar nicht anfallen. Dadurch wollen wir es den Menschen erleichtern, ihren Traum vom eigenem Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und zugleich für das Alter vorzusorgen. Denn wer im Alter keine Miete zahlt, hat mehr Freiräume.

197b	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten treten für eine vernünftige, international abgestimmte Politik auf Basis des Klimaschutzabkommens von Paris ein und lehnen nationale Alleingänge ab. Wir wollen den Emissionshandel als globales Klimaschutzinstrument weiterentwickeln und dafür internationale Kooperationspartner gewinnen. Das wird uns nur gelingen, wenn wir uns langfristig realistische Ziele setzen und auf unnötige Markteingriffe verzichten. Technisch gibt es viele Wege das Klima zu schützen. Aus unserer Sicht sind alle gesellschaftlich akzeptierten Technologien und Energieträger gleichermaßen geeignet, die sich marktwirtschaftlich behaupten können und eine sichere Energieversorgung gewährleisten. Daher lehnen wir auch auf Ebene der Europäischen Union technische Auflagen zur Treibhausgasminderung ab und treten für einen Verzicht auf Subventionen für Vermeidungstechnologien ein.
201	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen, in dessen Zentrum die Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben. Der EU-Emissionshandel als marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument zur kosteneffizienten Vermeidung von Emissionen muss gestärkt aus der bevorstehenden Reform hervorgehen und auf weitere Sektoren ausgedehnt werden.
261	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Wohnimmobilienkreditrichtlinie der Europäischen Union so umsetzen, dass einzelne Verbrauchergruppen beim Neu- oder Umbau von Wohneigentum nicht unnötig benachteiligt werden. Denn die EU-Richtlinie sieht vor, dass der Wert eines Neu- oder Umbaus bei einer Prüfung der Kreditwürdigkeit ein entscheidendes Kriterium sein kann, statt allein auf das Einkommen des Schuldners zu schauen. Die deutsche Umsetzung klammert diese Möglichkeit aber aus. Gerade junge Familien vor einer Elternzeit oder Rentnerinnen und Rentner ziehen so den Kürzeren, wenn allein ihr Einkommen zur Berechnung herangezogen wird und sie deswegen keine Finanzierung mehr erhalten. Deshalb wollen wir die restriktiven Gesetzesvorschriften der Großen Koalition auf eine 1:1 Umsetzung der EU-Richtlinie zurückführen.
282	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass die zukünftigen Generationen entlastet werden. Deshalb wollen wir die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen anhand von Nachhaltigkeitsindikatoren stärken, parlamentarisch effektiv verankern und durch eine Generationenbilanzierung ergänzen. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für nachfolgende Generationen den Lasten gegenübergestellt: etwa Ausgaben für Bildung, Infrastruktur und soziale Sicherheit auf der Haben-Seite und Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionslasten und Verpflichtungen aus Generationenverträgen auf der Soll-Seite. Dies schafft Transparenz, vor allem, weil auch die impliziten Schulden erfasst werden, also zukünftige Zahlungsverpflichtungen durch zugesagte staatliche Leistungen. Die Generationenbilanzierung trägt somit zu einer nachhaltigen Finanzplanung bei und soll deshalb bei der Gesetzesfolgeabschätzung genutzt werden.

283	Politik, die rechnen kann	<p>Die Freien Demokraten setzen sich für einen Zusammenschluss aller gewerblichen Berufsgenossenschaften der gesetzlichen Unfallversicherung ein. Die gesetzliche Unfallversicherung im gewerblichen Bereich hat in den letzten 150 Jahren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten außergewöhnlich gut versorgt, durch die Ablösung der Unternehmerhaftpflicht Rechtsstreitigkeiten im Betrieb vermieden und so den Betriebsfrieden gesichert. Schon in den letzten Jahren haben sich die verschiedenen Berufsgenossenschaften immer weiter zusammengeschlossen. Die neun verschiedenen Berufsgenossenschaften bringen in einer immer komplexeren Arbeitswelt mit neuen Berufsfeldern nur unnötige Abgrenzungsschwierigkeiten. Die Zusammenlegung soll die grundsätzliche Beitragsgerechtigkeit nach Risiko beibehalten, indem der Tarif nach Gefahrneigung der Berufe differenziert. So bleiben die notwendigen Präventionsanreize erhalten. Durch eine einheitliche Verwaltung werden Effizienzreserven gehoben und so die Arbeitskosten entlastet.</p>
284	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen eine „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungssysteme im Grundgesetz verankern. Denn Leistungen von gesamtgesellschaftlichem Interesse dürfen nicht weiter zu hohen Beiträgen für die Beitragszahlenden führen. Eine „Schuldenbremse 2.0“ soll festschreiben, dass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt und nicht mehr aus den Sozialversicherungskassen finanziert werden. Dies ist notwendig, um die nachhaltige Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu sichern. Denn diese werden durch viele versicherungsfremde Leistungen belastet. Dazu zählen Leistungen an nicht versicherte Personen, nicht durch Beiträge gedeckte Leistungen an Versicherte oder auch Leistungen, die nicht dem Zweck der jeweiligen Sozialversicherung entsprechen.</p> <p>Zugleich wollen wir verhindern, dass die bisherige Schuldenbremse durch einen Griff in die Sozialkassen umgangen wird, indem zusätzliche soziale Leistungen dort versteckt werden. Dabei streben wir keine generelle Kürzung der Leistungen an, sondern fordern deren korrekte Zuordnung: Allgemeine sozialpolitische Aufgaben sollen direkt dem Bundeshaushalt zugeordnet werden. Bestimmte versicherungsfremde Leistungen können auch weiter von den Sozialversicherungsträgern ausgezahlt werden, zum Beispiel um Bürokratie zu vermeiden. Im Gegenzug muss der Bund ihnen aber die Kosten hierfür vollständig aus Bundesmitteln erstatten.</p>
292	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Europäische Zentralbank (EZB) ihre künstliche Niedrigzinspolitik beendet. Deshalb wollen wir die Rolle der Bundesbank im EZB-Rat stärken. Denn es kann nicht sein, dass die höchstens kurzfristig wirksame Maßnahme zur Konjunkturbelebung zum dauerhaften Sanierungsmodell undisziplinierter Finanzminister in ganz Europa wird. Leidtragende sind die Sparerrinnen und Sparer und die private Altersvorsorge.</p>

299	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten wollen die räumlichen Entwicklungsmöglichkeiten der Landwirtschaft in Deutschland für die Zukunft sichern. Deshalb muss der Verlust landwirtschaftlicher Nutzfläche gestoppt werden. Damit Ausgleichsmaßnahmen künftig flächenschonender umgesetzt werden, wollen wir im Bundesnaturschutzgesetz die Möglichkeit des finanziellen Ausgleichs der Realkompensation gleichstellen und die Beratungen zwischen Bund und Ländern über eine bundeseinheitliche Kompensationsverordnung wieder in Gang bringen. Zur Lenkung des siedlungsbedingten Flächenverbrauchs wollen wir auf Grundlage der Erfahrungen aus dem „Planspiel Flächenhandel“ ein Modell zu handelbaren Flächenverbrauchszertifikaten entwickeln. Das Baurecht soll Landwirtinnen und Landwirten auch in Zukunft Chancen zur betrieblichen Entwicklung ermöglichen. Die baurechtliche Privilegierung der Landwirtschaft im Außenbereich wollen wir erhalten. Möglichkeiten, sogenannte „mitgezogene Nutzungen“ wie Hofläden oder agrartouristische Angebote unbürokratischer zu ermöglichen, werden wir nutzen. Baurechtliche Obergrenzen oder kommunale Genehmigungsvorbehalte für die Nutztierhaltung lehnen wir ab.</p>
314	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten sind für Energieeffizienz, die sich rechnet und die den Klimaschutz voranbringt. Heute werden Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit immer neuen Vorschriften und Vorgaben belastet. Eine vernünftige Klimapolitik soll Anreize zur Treibhausgasminderung setzen und nicht die Energienutzung reglementieren. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen selbst entscheiden dürfen, ob sich Energieeinsparung lohnt. Der Staat kann die Energieeffizienz mit Informationen fördern und staatliche Investitionshemmnisse beseitigen. Für eine effiziente Nutzung von Energie nehmen wir aber den Markt in die Pflicht. Daher bauen wir grundsätzlich auf finanzielle Anreize statt Ordnungsrecht wie beispielsweise im Stromsektor durch den EU-Emissionshandel. Wir lehnen daher absolute Energieverbrauchsobergrenzen und festgeschriebene Produktionseinschränkungen ebenso ab wie Vorgaben des Staates über den Einsatz von Gerätetechnik nach der besten verfügbaren Energiespartetechnologie.</p>
314a	Politik, die rechnen kann	<p>Wir Freie Demokraten setzen uns für einen vielfältigen Energiemix ein und stehen neuen Technologien dabei offen gegenüber. Erneuerbare Energien sind für uns ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist das Ziel des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG), die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. Viele Bestandsanlagen und Neubauprojekte können an geeigneten Standorten heute ohne Subventionen wirtschaftlich betrieben werden. Auch für die erneuerbaren Energieträger müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Denn nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Deshalb sollen künftig nicht Gesetze und durch die Politik festgelegte Ausbauziele darüber entscheiden, mit welchem Energieträger und welcher Technologie zur Energieversorgung beigetragen wird. Anstelle weit in eine ungewisse Zukunft geplanter Ausbauziele für erneuerbare Energieträger soll das Auswahlverfahren des Marktes die Leitplanken der Investitionen in Netz und Kraftwerkskapazitäten setzen. Das Tempo beim Zubau der erneuerbaren</p>

		Energien muss mit dem Ausbaustand der Übertragungs- und Verteilnetze in einem zusammenwachsenden europäischen Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken zusammenpassen. Deshalb wollen wir das Dauersubventionssystem des EEG mit Einspeisevorrang und -vergütung beenden. Anlagen mit Förderzusage genießen Bestandschutz.
314b	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen mit dem EU-Emissionshandel als zentralem Steuerungsinstrument im Klimaschutz die Innovationskraft der Märkte nutzen. Bis heute hat die deutsche Energiewende mehr als 150 Milliarden Euro gekostet, ohne dass es zu einer wirklichen Reduzierung der Emissionen gekommen wäre. Eine Unzahl von Klimaschutzzielen und -instrumenten für unterschiedliche Lebensbereiche und Branchen verteuern den Klimaschutz unnötig und blockieren die Mittel für alternative Optionen der Treibhausgasreduzierung. Bessere Impulsgeber für klimafreundliche Innovationen sind langfristig verlässliche Emissionsziele und unternehmerische Flexibilität beim Handel mit den Emissionszertifikaten. Deshalb wollen wir den EU-Emissionshandel durch eine Ausweitung auf weitere Sektoren stärken und damit fit für zukünftige Kooperationen mit anderen internationalen Emissionshandelssystemen machen. Gleichzeitig lehnen wir Eingriffe in die Preisbildung am Markt für Emissionszertifikate wie etwa Mindestpreise ab. Mit den Erlösen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate sollen keine Subventionstöpfe gefüllt werden.
314c	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in der Energiepolitik unterstützen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen stößt bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oftmals eine drastische Einschränkung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie massive Eingriffe in die Natur und das Landschaftsbild verbunden sind. Deshalb sind die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung solcher Anlagen so zu ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanlagen und der damit verbundenen stärkeren Belastungen auch der Abstand zur nächsten Wohnbebauung, Brutstätten etc. entsprechend steigt. Die besondere baurechtliche Privilegierung von Windkraftanlagen im Außenbereich soll entfallen.
315	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten erkennen die Potentiale der energiewirtschaftlichen Sektorkopplung bei der Reduzierung der energiebedingten Treibhausgasemissionen an, lehnen jedoch die planwirtschaftliche Umsetzung dieses Prozesses durch die Bundesregierung ab. Denn wir sehen in staatlicher Investitionslenkung und Mobilitätsplanung keine geeignete Klimaschutzstrategie. Wir bauen auf die Anreize des verbesserten EU-Emissionshandels für eine effiziente Kopplung der Energiesektoren. Hierzu bedarf es weder neuer Subventionen noch zusätzlicher Vorschriften.
315a	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Stromverbraucherinnen und -verbraucher entlasten und deshalb die Stromsteuer abschaffen. Heute macht die Stromsteuer einen erheblichen Anteil des Strompreises aus. Die Stromsteuer sollte das Klima schützen und die Rente finanzieren. Beides hat sich als Illusion erwiesen. Stromeinsparungen durch hohe Strompreise bewirken unter den Bedingungen des europäischen Emissionshandels keine Treibhausgasminderungen. Für eine nachhaltige Finanzierung der Rente ist eine vernünftige Rentenreform nötig, kein



		Stopfen der Finanzierungslöcher durch die Stromsteuer.
317	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen Versorgungssicherheit im Wettbewerb erreichen und sind gegen staatliche Interventionen zur Bereitstellung ausreichender Kraftwerkskapazitäten. Wir wollen keine staatlich bestimmte Kapazitäts- und Klimareserve, mit der lediglich die Symptome der verfehlten Energiewende kuriert werden. Wir treten dafür ein, dass die erneuerbaren Energieträger zukünftig Systemverantwortung übernehmen und selbst für die Sicherheit ihres Stromangebots sorgen. In offenen Leistungsmärkten sollen alle Stromanbieter die dem Verbraucher zugesagte Leistung unter allen Bedingungen durch Versorgungsgarantien absichern müssen. So wird marktwirtschaftlich effizient die erforderliche Leistung bereitgestellt. Durch eine Handelbarkeit der Versorgungsgarantien wollen wir auch kleinen Anbietern die Gewährleistung der Versorgungsgarantie ermöglichen. Ein planwirtschaftlicher Kapazitätsmarkt erübrigt sich dadurch.
318	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass Energiepolitik nicht zur Verbotspolitik wird. Heute werden den Menschen die Ziele der Energiepolitik mit immer neuen Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben aufgezwungen. Wir wollen marktwirtschaftliche Anreize und keine Verzichts- und Verbotsideologie mit staatlicher Gängelung. Übermütige und nutzlose Alleingänge, wie den Klimaschutzplan 2050, der ökologisch nichts bringt, aber das Leben der Menschen verteuert und Arbeitsplätze gefährdet, lehnen wir ab. Mit solchen planwirtschaftlichen Vorgaben nehmen wir uns die notwendige Offenheit für technischen und wissenschaftlichen Fortschritt. Zudem sind gemeinsame europäische Klimaziele festgelegt. Das heißt, dass jede Tonne in Deutschland zusätzlich gespartes CO2 in anderen europäischen Ländern wie beispielsweise Frankreich oder Polen zusätzlich ausgestoßen wird. Alleingänge Deutschlands in der Klimapolitik sind also ökologisch wirkungslos. Daher müssen die Klimaziele Deutschlands wieder an die gemeinsamen europäischen Ziele angeglichen werden.
318a	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten sind für einen wirtschaftlich tragfähigen Netzausbau, der die Interessen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergienutzung und dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich die Belastung der Stromnetze erheblich erhöht. Wird jetzt nicht gehandelt, steigen die Kosten der Energiewende noch weiter. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, müssen die Ursachen für die steigende Netzbelastung beseitigt werden. Im Sinne des Verursacherprinzips fordern wir für alle Energieerzeuger mehr Verantwortung für die Netzstabilität. Das jetzige System der Netzfinanzierung muss reformiert werden, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich entlastet werden. Auch beim Netzausbau sind die Belastungen auf das unvermeidbare Maß zu reduzieren.
318b	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Strommarkt mit marktwirtschaftlichen Prinzipien statt staatlichem Zwang vorantreiben. Intelligente Stromzähler sind Voraussetzung für lastabhängige Stromtarife, die Angebot und Nachfrage besser steuern helfen und zugleich Kosteneinsparungen bei den Kundinnen und Kunden ermöglichen. Wir wollen ein Wahlrecht für alle privaten Stromverbraucherinnen und -verbraucher sowie einen Rechtsanspruch gegenüber dem Netzbetreiber auf ein intelligentes Messgerät. Dabei sind

		hohe Datenschutzstandards strikt zu beachten.
319	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass der Staat bei Steuernachforderungen keine überhöhten Zinsen von den Steuerbürgern fordern kann. Heute müssen die Steuerbürger auf Steuernachzahlungen einen Zinssatz von 6 Prozent pro Jahr zahlen und zwar auch dann, wenn Prüfungszeiträume ohne Zutun des Steuerpflichtigen unangemessen lange dauern. Der Steuerbürger selbst hat während dieses Zeitraums keine Möglichkeit, den Geldbetrag zu einem entsprechenden Zinssatz anzulegen, um die Nachzahlungszinsen zu erwirtschaften. Damit steht zu befürchten, dass Steuerbürger den Rechtsweg gegen Steuerforderungen nicht beschreiten, weil sie übermäßig hohe Nachzahlungen durch die Zinsbelastung fürchten. Das ist aus Rechtsstaatsgesichtspunkten nicht zu akzeptieren. Steuernachzahlungen sollen kein Geschäft für den Staat sein. Wir wollen deshalb den Zinssatz dem Marktniveau anpassen.
320	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass die Bürger wieder einen fairen Anteil an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen haben. Seit über zehn Jahren ist die Steuer- und Abgabenquote kontinuierlich angewachsen. Zwischen Bürger und Staat öffnet sich eine gewaltige Schere: Das Lohnniveau stieg von 2005 bis 2015 gerade mal um 23 Prozent. Das Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden erhöhte sich dagegen im gleichen Zeitraum um fast 50 Prozent. Mit hohen Steuern in Zeiten niedriger Zinsen treibt die Politik einen Keil zwischen Bürger und Staat. Das führt insbesondere zur Enteignung der Mittelschicht und der kleineren Einkommen. Deshalb wollen wir ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik. Von Wachstums- und Wohlstandsgewinnen darf nicht allein der Staat profitieren. Wir wollen die Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen und deshalb die übermäßige Umverteilung von Privat zu Staat beenden. Dabei halten wir ein Entlastungsvolumen von mindestens 30 Mrd. Euro für eine angemessene Zielgröße – gerade vor dem Hintergrund des von der Steuerschätzung vorhergesagten zusätzlichen Steueraufkommens von mehr als 110 Mrd. Euro bis zum Ende der Wahlperiode 2021. Wir wollen dabei eine seriöse Steuer- und Haushaltspolitik verantworten und deshalb die Umsetzung unserer steuerlichen Forderungen an das tatsächliche Eintreffen der durch die Steuerschätzung prognostizierten Steuermehreinnahmen knüpfen. Die Einführung neuer Steuern – wie etwa der Vermögensteuer oder Finanztransaktionsteuer – lehnen wir ab.
340	Politik, die rechnen kann	Wir Freien Demokraten halten an einer Unternehmenssteuerreform als langfristigem Ziel fest. Beste steuerliche Rahmenbedingungen für Unternehmen sind wichtig, wenn Deutschland sich im globalen Wettbewerb der Standorte behaupten will. Schwerpunkte wollen wir bei der Steuervereinfachung, der Rechtsform- und Finanzierungsneutralität und der Beseitigung von Nachteilen für den Mittelstand setzen. Als wichtige Punkte in einem rechtsform- und finanzierungsneutralem Unternehmenssteuerrecht sehen wir die Möglichkeit einer transparenten Besteuerung von personenbezogenen GmbHs mit der Einkommensteuer, eine einfache und mittelstandstaugliche Regelung zur Tarifiermäßigung für nicht entnommene Gewinne und eine Regelung, wonach Umwandlungsvorgänge ohne steuerliche Belastung durch Einkommen- oder Grunderwerbsteuer durchgeführt werden können.

341	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen ein Unternehmenssteuerrecht, das unternehmerische Entscheidungen in Hinblick auf Rechtsform, Finanzierung oder Organisation nicht behindert. Als wichtige Punkte in einem rechtsform- und finanzierungsneutralen Unternehmenssteuerrecht sehen wir die Möglichkeit einer transparenten Besteuerung von personenbezogenen GmbHs mit der Einkommensteuer, eine einfache und mittelstandstaugliche Regelung zur Tarifiermäßigung für nicht entnommene Gewinne und eine Regelung, wonach Umwandlungsvorgänge ohne steuerliche Belastung durch Einkommen- oder Grunderwerbsteuer durchgeführt werden können.
342	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenserfolg und -kapital vorantreiben. Denn wir sehen darin viele Vorteile: Wenn Beschäftigte etwa durch Gewinnbeteiligung oder Aktien am Wachstum ihres Unternehmens teilhaben, fördert dies ihre Motivation, Identifikation und unternehmerisches Handeln. Zudem können so mehr Menschen unmittelbar an den wirtschaftlichen Chancen der Globalisierung teilhaben. Arbeitgeber wiederum können dadurch qualifizierte Fachkräfte gewinnen oder auch ihre Kapitalausstattung verbessern. Darüber hinaus können Mitarbeiterbeteiligungen die Nachfolge bei einer Betriebsübergabe erleichtern. Gerade für die Arbeitswelt der Zukunft sollten diese Chancen für eine partnerschaftliche Unternehmenskultur nicht ungenutzt bleiben. Deshalb setzen wir uns für bessere Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung ein. So wollen wir zum Beispiel bürokratische Hürden abbauen und die Entwicklung alternativer Modelle unterstützen, insbesondere für Betriebsnachfolgen und Start-Ups. Den Steuerfreibetrag für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung wollen wir erhöhen. Für uns ist klar, dass es für Mitarbeiterbeteiligungen keine Standardlösungen gibt. Sie müssen daher freiwillig von Beschäftigten und Arbeitgebern vereinbart werden. Einen gesetzlichen oder tariflichen Zwang darf es nicht geben. Zudem halten wir die Harmonisierung internationaler Standards für sinnvoll, um grenzüberschreitende Beteiligungen zu vereinfachen oder erst zu ermöglichen.
346	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten sehen mit Sorge, dass wichtige Schlüsselbranchen in Deutschland durch verschlechterte politische Rahmenbedingungen sowie im europäischen Maßstab überbordende Auflagen und Beschränkungen belastet werden. Als Ergebnis einer falschen Energiepolitik verliert Deutschland vor allem Unternehmen und Beschäftigte im Bereich der energieintensiven Industrien. Davon sind insbesondere die Chemie-, Stahl-, Metall-, Textil-, Bau- und Rohstoffindustrie betroffen. Wir wollen uns für bessere Investitionsbedingungen am Standort Deutschland einsetzen, damit die Investitionstätigkeit der Industrie nicht weiter zurückgeht, die zunehmend neue Anlagen und Standorte im Ausland errichtet. Wir wollen diesen wichtigen Branchen auch zukünftig wettbewerbsfähige Produktionsbedingungen in Deutschland ermöglichen, weil damit über eine Million hochqualifizierte, überdurchschnittlich vergütete Arbeitsplätze verbunden sind. Deutschland ist Industriestandort und Deutschland muss Industriestandort bleiben.

347	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten fordern, dass das Luftverkehrskonzept des Bundes weiter entwickelt wird, damit deutsche Flughäfen und Fluggesellschaften international wettbewerbsfähig bleiben und am Wachstum des Marktes voll partizipieren können. Alle Flughäfen müssen ihre Kosten subventionsfrei erwirtschaften können. Wir verstehen den Luftverkehr und die Luftverkehrswirtschaft als strategische Partner für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Die Exportstärke unserer Wirtschaft hängt auch mit der Leistungsfähigkeit der deutschen Luftverkehrswirtschaft zusammen. Direkte Verbindungen in die wachstumsstarken Metropolregionen in Asien und nach Amerika sichern unserem Land einen schnellen Zugang zu den internationalen Märkten und steigern die Attraktivität Deutschlands für ausländische Direktinvestitionen. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr der Fall. Deshalb treten wir für eine Abschaffung der Luftverkehrssteuer ein und fordern für Ausnahmesituationen eine Flexibilisierung der betrieblichen Beschränkungen an deutschen Flughäfen. Weitere Kapazitätsbeschränkungen lehnen wir ab.
348	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine wettbewerbsfähige eigenverantwortliche Finanzwirtschaft in Deutschland ein. Der Zugang zu Finanz- und Versicherungsdienstleistungen aller Art, insbesondere günstigen Finanzierungsbedingungen, ist existenziell für die deutsche Wirtschaft. Vor allem den Finanzplatz Frankfurt mit dem Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB), der Bankenaufsicht im Euroraum (Single Supervisory Mechanism), dem Sitz der Deutschen Bundesbank, der größten deutschen öffentlichen und privaten Banken sowie hunderten Niederlassungen ausländischer Kreditinstitute, gilt es zu stärken. Elementarer Bestandteil des Finanzplatzes muss weiterhin die Deutsche Börse mit Sitz in Frankfurt sein. Wir lehnen nationale Alleingänge ab, die die deutsche Finanzwirtschaft einseitig belasten und internationale Wettbewerber begünstigen, wie zum Beispiel eine Finanztransaktionssteuer. Handelspraktiken, bei denen die Marktteilnehmer ungleiche Wettbewerbschancen haben, lehnen wir ab.
350	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten sehen in der Tourismus- und Übernachtungswirtschaft einen wichtigen Pfeiler der deutschen Wirtschaft, der viele Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Gerade im ländlichen Raum spielen Tourismus und Gastronomie wirtschaftlich eine große Rolle. Flexibilität ist nicht nur aufgrund von Saisongeschäften lebenswichtig für die einzelnen Betriebe. Weitere Regulierungen und Eingriffe bei Beschäftigungsformen, Arbeitszeit und Tarifpolitik sowie eine überbordende Bürokratie behindern die Entwicklung der Branche massiv. Wir wollen für die Tourismus- und Übernachtungswirtschaft größtmögliche Flexibilität, um der Branche eine sichere Zukunftsperspektive zu geben. Dazu gehört die Möglichkeit die Arbeitszeit von einer täglichen auf eine wöchentliche Höchstarbeitszeit umzustellen, um die Arbeitszeiten individueller und flexibler aufzuteilen.
351	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Freiberuflerinnen und Freiberuflern in der Investitionsphase den Aufbau von Eigenkapital erleichtern. Dazu wollen wir den sogenannten. Investitionsabzugsbetrag nach § 7g des Einkommensteuergesetzes ausweiten – sowohl hinsichtlich des Kreises der Berechtigten als auch der Höhe des Betrags.

352	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen verbessern. Deshalb fordern wir zum Beispiel, dass landeseigene Förderbanken ihr „Direktkreditangebot“ für kleine und mittelständische Unternehmen im Bereich der Investitions- und Betriebsmittelfinanzierung erweitern.
361	Politik, die rechnen kann	Wir Freie Demokraten wollen, dass der Bund seine direkten und indirekten Aktienbeteiligungen an der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Post AG vollständig verkauft. Denn diese ehemaligen Staatsbetriebe sind heute international tätige Unternehmen, die als Global Player dem Wettbewerb standhalten können. Sie müssen und sollen in dieser Form nicht mehr staatlich kontrolliert werden. Vielmehr lässt sich mit den Erlösen aus der Privatisierung die notwendige Infrastruktur für die Gigabitgesellschaft stärken, damit Deutschland endlich den technologischen Anschluss an andere europäische Länder findet. Deshalb wollen wir den Erlös aus dem Verkauf der Beteiligungen vollständig in den Ausbau des Glasfasernetzes investieren.
362	Politik, die rechnen kann	Wir Freien Demokraten wollen die Verbreitung digitaler Geschäftsmodelle in der gesamten Wirtschaft fördern. Gerade mittelständische Unternehmen, die immer noch die meisten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Deutschland stellen, benötigen solche Geschäftsmodelle, um auch künftig erfolgreich zu sein. Deshalb wollen wir bundesweit regionale Plattformen unterstützen, welche digitale Startups und mittelständische IT-Unternehmen einerseits und digitale Anwender aus Industrie und Wirtschaft andererseits zusammenbringen. Gemeinsam mit der Wissenschaft kann diesen Unternehmen auf solch einer Plattform die Transformation hin zu digitalen Geschäftsmodellen und digitalen Umsätzen gelingen.
48	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen den Menschen den Umgang mit Behörden erleichtern und diese konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Das heißt, dass zum Beispiel Gründerinnen und Gründer nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen, um alles Notwendige für eine Unternehmensgründung zu veranlassen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles nötige erledigt werden kann – am besten online. So müssen alle Daten nur einmal erfasst werden und vormals unterschiedliche Anmeldevorgänge bei unterschiedlichen Stellen werden synchronisiert.
202	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger und Betriebe durch zu viel Regulierung abbauen. Dazu schlagen wir eine zeitliche Begrenzung von Gesetzen sowie das „one in, two out“-Prinzip vor. Neue Regelungen sollen nur dann verabschiedet werden, wenn zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden. Außerdem sollen neue Regelungen ein Ablaufdatum erhalten, damit überprüft werden kann, ob sie sich bewähren. Wir sind der Ansicht, dass die Belastungen aus Gesetzen und Verordnungen in Deutschland bereits viel zu hoch sind und deutlich reduziert werden müssen. Dazu wäre das „one in, two out“-Prinzip ein wirksamer Beitrag.

203	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung der Sommerzeit. Im Gegensatz zum ursprünglichen Zweck spart die Zeitumstellung keine Energie ein. Die Kosten für die Umstellung sind hoch und Studien zeigen, dass die Anpassung zu Schlafstörungen, Krankheiten und mehr Verkehrsunfällen führt. Daher fordern wir die Abschaffung dieser unnützen Regelung.
205	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern, dass Unternehmen Informationen, die sie an Behörden weitergeben, nur einmal übermitteln müssen, wenn sie das wollen. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen nehmen Formulare und Verwaltung einen unnötig hohen Teil ihrer kostbaren Zeit ein. Verschärft wird dieser Zeit-Killer noch, wenn die gleichen Informationen von unterschiedlichen Stellen verlangt werden. Daher fordern wir mehr Transparenz bei den Behörden untereinander: Wenn Unternehmen Informationen einmal weitergegeben haben, sollen die Behörden in ihrem Auftrag auch für die Weitergabe an weitere relevante Stellen sorgen („Once-Only“-Prinzip). Für die Weitergabe sensibler Daten muss es natürlich angemessene Regelungen geben, welche Informationen zu welchem Zweck weitergegeben werden darf.
206	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern freies WLAN in öffentlichen Räumen und dem öffentlichen Nahverkehr. Dafür wollen wir die Gesetzgebung auf allen Ebenen dahingehend ändern, dass bei Urheberrechtsverletzungen der Nutzer keine Ansprüche gegen die Betreiber geltend machen kann – auch nicht auf Unterlassung (Störerhaftung). Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, den Missbrauch durch Nutzer in freiem WLAN schneller und konsequenter zu verfolgen, damit dieses nicht faktisch zum rechtsfreien Raum wird. Deutschland hinkt im Ausbau eines WLAN Angebotes in öffentlichen Räumen und dem Nahverkehr deutlich hinterher: Während in Südkorea durchschnittlich 37 Zugänge auf 10.000 Einwohner kommen, sind es in Deutschland gerade einmal 1,87. Wir wollen eine digitale Infrastruktur schaffen, die unserer Zeit angemessen ist. Um die digitale Revolution zu verwirklichen, setzen wir uns daher für den Ausbau von frei zugänglichem WLAN an öffentlichen Plätzen, in öffentlichen Gebäuden und dem Personennahverkehr ein.
207	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern die Einführung eines Digitalministeriums. Digitalisierung ist eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart. Das macht sie zu einer komplexen Querschnittsaufgabe. Während es in anderen Ländern wie Israel schon ein Ministerium für Digitalisierung gibt, das für den nötigen Anschub in diesem Thema sorgt und die nötigen Kompetenzen schlagkräftig bündelt, wird die Digitalisierung in Deutschland an den unterschiedlichsten Stellen behandelt. Statt Fortschritt und Innovation führt das zu Stillstand und Kompetenzgerangel. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fäden an einer Stelle zusammenlaufen und ein neues Bundesministerium die Verantwortung dieser umfassenden Aufgabe übernimmt.
208a	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern eine Lockerung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland der flächendeckende Mindestlohn eingeführt. Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern dabei bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der damit verbundene Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des

		Arbeitsalltags. So werden zum Beispiel Home-Office Lösungen gesetzlich erschwert.
209	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten setzen uns für den weiteren Ausbau digitaler Gesundheitsdienstleistungen und für verbesserte Rahmenbedingungen für eine sichere Digitalisierung des Gesundheitssystems ein, die sich an den Bürgerinnen und Bürgern als dessen Nutzerinnen und Nutzer orientiert. Denn digitale Dienstleistungen sorgen für ein effizienteres, schnelleres und sichereres Gesundheitssystem. Sogenannte E-Health Systeme, bei denen relevante Daten gesammelt und nutzbar gemacht werden, bieten eine Vielzahl von Möglichkeiten, um Verbesserungen im Gesundheitswesen einzuführen. Diese Systeme ermöglichen bei einer dezentralen Speicherung beim und in der Verfügungsgewalt des jeweiligen Bürgers und der jeweiligen Bürgerin den schnellen Zugriff im Notfall, soweit dies auch von den Patientinnen und Patienten gepflegt und gewünscht wird. Sie bestimmen über ihre Daten und wer wann wie lange und für welchen Zweck darauf zugreifen darf. Daher ist auch jeder Zugriff zu dokumentieren, damit Missbrauchsversuche zügig geahndet werden können. Die Digitalisierung verbindet dabei das Ziel des Bürokratieabbaus mit der Entschlackung von Diagnostik-, Dokumentations- und Abstimmungsprozessen. Dabei setzen wir uns für die technischen Möglichkeiten des freiwilligen, direkten und sicheren Datenaustauschs zwischen den Beteiligten im Gesundheitswesen bei Sicherung des höchstmöglichen Niveaus an Datenschutz und -sicherheit ein.
210	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten setzen uns für die persönliche Datenhoheit der Patientinnen und Patienten in einem digitalen Gesundheitssystem ein. Eine digitale Vernetzung im Gesundheitssystem bietet viele Chancen zur Vereinfachung und zur besseren Patientenbetreuung. Zum Dienst am Menschen gehört auch der Schutz seiner Daten. Der Staat muss die Hoheit des Einzelnen über seine Daten stets gewährleisten. Jeder Patient und jede Patientin muss in der Lage sein, selbst bestimmen zu können, wer Zugriff auf die eigenen Daten bekommt und wer nicht.
214	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Bürokratieabbau in der Landwirtschaft ein. Landwirtschaft ist geprägt von Einzelverordnungen und Meldepflichten sowohl nationaler als auch europäischer Behörden. Wir wollen Bürokratie abbauen, vereinheitlichen und praxisnäher gestalten. Verordnungen müssen sich an der Berufspraxis der Landwirtschaft ausrichten, so wie den regionalen Bedingungen. Ein behördlicher Ansprechpartner muss reichen, wenn die Behörden gut untereinander kommunizieren („one face to the customer“-Prinzip). Die Verwaltung sollte als Partner, nicht als Gegner der Landwirtschaft agieren. Nur so lassen sich Freiräume für die Beschäftigten in der Landwirtschaft schaffen und sie können sich wieder mehr auf die Ergebnisse ihrer Arbeit konzentrieren.

216	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen internationale Wettbewerbsverzerrungen in der Landwirtschaft abbauen. Agrarsubventionen machen mit 35 Prozent noch immer den größten Ausgabenposten in der Europäischen Union aus. Während zwar in ehemaligen Entwicklungsländern die Nachfrage steigt, erschweren dort Importzölle den Ausbau des weltweiten Handels. Mit solchen Einschnitten in den freien Markt werden die weltweiten Preise künstlich hochgehalten. Wir wollen diese Markthemmnisse abbauen und setzen uns daher für geringere Agrarsubventionen innerhalb der EU sowie für Handelsabkommen mit Drittstaaten mit dem Ziel ein, Importzölle zu senken.
217	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen eine Reform des Planungsrechts. Zahlreiche Großprojekte der letzten Jahre haben gezeigt, dass das deutsche Planungsrecht reformbedürftig ist. Bürgerentscheide und Informationen zu Beginn des Verfahrens schaffen Transparenz und Legitimation. Anschließend Schritte des Verfahrens können dann beschleunigt ablaufen. Bei Projekten von überregionaler Bedeutung soll das Parlament einbezogen werden und gegebenenfalls Planfeststellung durch Gesetz betreiben. Das stellt Transparenz und demokratische Legitimation sicher, ohne wichtige Projekte unangemessen zu verzögern.
218	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten fordern eine Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnungsbauförderung. Vor allem in deutschen Großstädten fehlen tausende Wohnungen, der Bedarf wächst von Jahr zu Jahr. Um diesen Engpass zu bekämpfen, stellt der Bund jährlich rund 500 Millionen Euro zur Verfügung. Anstatt damit die dringend benötigten Wohnungen zu bauen, versinken diese Gelder aber zum Teil in den Kassen der Länder und Städte. Wir fordern daher eine Zweckbindung der Bundesmittel: Geld, das zur Errichtung von Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird, muss auch dafür eingesetzt werden.
260	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen die Überregulierung beim Neubau und der Sanierung von Wohnraum abbauen. Denn zwischen 2000 und 2014 sind die Bauwerkskosten um mehr als 45 Prozent gestiegen, die Lebenshaltungskosten aber nur um 27 Prozent. Ein wesentlicher Grund dafür sind die unzähligen staatlichen Bau- und Umweltauflagen, wie beispielsweise die Energieeinsparverordnung (EnEV). Hier stehen die Kosten für energetische Modernisierungen in keinem Verhältnis zu den dadurch erzielbaren ökologischen Effekten und Betriebskostensparnissen. Wir fordern eine Abkehr von dieser Symbolpolitik. Bestehende Standards wollen wir auf Sinnhaftigkeit prüfen und zurückfahren.
262	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen die Vermietung für private Vermieterinnen und Vermieter vereinfachen, die nicht hauptberuflich vermieten. Denn nebenberuflich Vermietende stellen etwa zwei Drittel aller Mietwohnungen in Deutschland und tragen damit wesentlich zur Wohnraumversorgung bei. Private Vermieterinnen und Vermieter, die nur zwei bis drei Wohnungen zur Verfügung stellen, wollen in der Regel auch keine unverhältnismäßig hohen Renditen erzielen. Anders als gewerbliche Vermieter können sie jedoch die vielen technischen und rechtlichen Anforderungen oft nicht erfüllen, weshalb die Gefahr besteht, dass sie sich aus dem Mietwohnungsmarkt zurückziehen. Um dies zu verhindern, wollen wir Gesetze und Verordnungen zur Vermietung dahingehend prüfen, welche Anforderungen dadurch an privat Vermietende gestellt werden.



295	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielfältigen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Die Bundeswaldinventur, welche Waldbestände und deren Zustand in Deutschland erfasst, zeigt: der deutsche Wald wird naturnah bewirtschaftet. Daher verdienen Kommunal- und Privatwaldbesitzer eine Politik, die es ihnen einfach macht. Deshalb wollen wir im Sinne eines Gemeinwohlausgleichs die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz fortführen und zur Stärkung des Kleinprivatwaldes forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse stärken. Die Nutzung des klimafreundlichen Rohstoffes Holz wollen wir durch ein gezieltes Innovations- und Forschungsprogramm voranbringen. Mit Blick auf eine verlässliche Versorgung mit dem Rohstoff Holz gehört das Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, fünf Prozent der deutschen Waldfläche aus der forstwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und sich selbst zu überlassen, auf den Prüfstand. Denn Artenschutz und eine nachhaltige Waldbewirtschaftung in Verbindung mit Alt- und Totholzkonzepten sowie weiteren Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes schließen sich keineswegs aus.
297	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen, dass die positiven Entwicklungen in der Landwirtschaft genutzt werden, damit Landwirtinnen und Landwirte beim fortgesetzten Subventionsabbau ihre Erlöse am Markt zukunftsicher erzielen können. Das Greening als Kopplung der Direktzahlungen an öffentliche Leistungen werden wir mit Blick auf Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten. Den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft wollen wir die Einrichtung einer steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklage ermöglichen, damit sie eigenverantwortlich und selbstbestimmt für die branchentypischen Krisen der „Werkbank unter freiem Himmel“ vorsorgen können. Somit werden sie unabhängiger von teuren öffentlichen Liquiditäts- und Rettungsprogrammen. Die jüngsten Preiskrisen der Branche haben zudem gezeigt, dass wir wieder für einen fairen Wettbewerb und eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten Wertschöpfungskette des Lebensmittelhandels sorgen müssen. Dazu wollen wir die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken.
335	Ein unkomplizierter Staat	Wir Freie Demokraten wollen einen auskömmlich finanzierten öffentlichen Rundfunk, der seinem Auftrag nachkommen kann. Die Gebührenzahler sollen aber keine Doppelstrukturen finanzieren, wie sie bei 60 eigenständigen Hörfunkprogrammen unvermeidbar und bei sich ähnelnden Sendungen im Fernsehen offenkundig sind. Deshalb wollen wir eine grundlegende Modernisierung des öffentlichen Rundfunks vorantreiben, die sich in der Struktur und dem Angebot an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, die es bezahlen. Dazu gehört auch, dass eigenproduzierte Inhalte unbefristet in den Mediatheken vorgehalten werden. Um die Reformierung der Sendeanstalten zu beschleunigen und die Gebührenzahler in Zukunft zu entlasten, wollen wir das Gebühren-Aufkommen in den nächsten 5 Jahren halbieren.

359	Ein unkomplizierter Staat	<p>Wir Freie Demokraten wollen Deutschland zu einem Top-Standort für die Produktion von Computer- und Videospiele machen. Denn Computer- und Videospiele sind mediales Abbild des digitalen Zeitalters, Kulturgut und Innovationstreiber. Nahezu alle Menschen spielen irgendwann in ihrem Leben Spiele, heute und in Zukunft sind dies zunehmend digitale Spiele. Neben Spaß und Freizeitbeschäftigung stellen viele dieser Computerspiele auch Wissensvermittlung, Teamfähigkeiten oder den Sportgedanken in den Vordergrund. Gaming-Technologie findet heute beispielsweise als „Serious Games“ Eingang in der Aus- und Weiterbildung. Sie motivieren Lernende durch Spieltrieb und entwickeln den Ehrgeiz, Aufgaben erfolgreich zu meistern. Viele Unternehmen schaffen heute Zugang zu Wissen, beispielsweise über IT-Sicherheit oder Compliance, durch spielerische Geschichten. Deutschland ist bereits heute einer der größten Absatzmärkte für diese Spiele. Als Produktionsstandort spielt Deutschland jedoch nur eine untergeordnete Rolle und verschläft die weitere Entwicklung dieser Medienrevolution. Deshalb wollen wir durch die Einführung einer steuerlichen Förderung von Forschung und Entwicklung, einem Venture-Capital-Gesetz und verbesserten Möglichkeiten zum Crowdfunding sowie durch die Öffnung bestehender Förderprogramme des Bundes (wie beispielsweise ZIM17 und EXIST18) für die Computer- und Videospieleindustrie die Rahmenbedingungen für diese Wachstumsbranche verbessern. Zudem wollen wir auch die Anerkennung des eSports als Sport in allen relevanten Dimensionen.</p>
-----	---------------------------	---